

# Sand im Getriebe 50

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

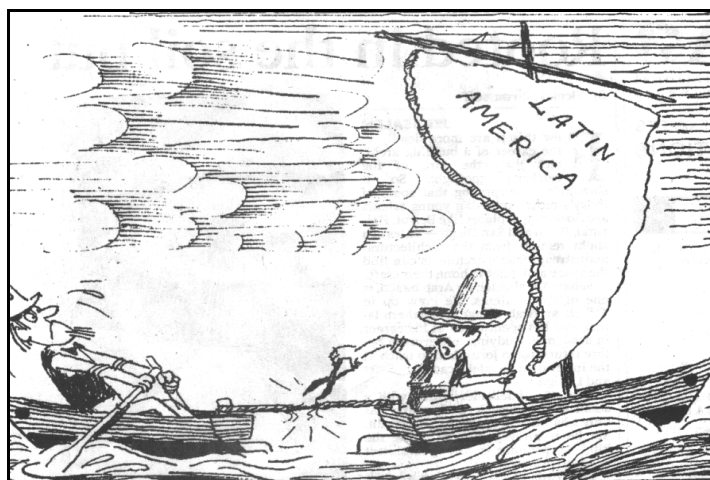
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) html-Version unter [www.attac.at/sig.html](http://www.attac.at/sig.html) mail an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Weltsozialforen 2006

### Aufbruch - nicht nur in Lateinamerika

Die Weltgeschichte scheint sich zu beschleunigen: globale Machtverschiebungen zu Ungunsten der Hypermacht; Massenproteste und - als Konsequenz daraus - linke Wahlerfolge in ihrem Hinterhof; beginnende ökonomische Strukturveränderungen durch Wiederaneignung des Kommandos über die Ressourcen (Land und Öl); Aufstand selbst in den Winkeln der Weltpolitik (Nepal). Die Opfer der Globalisierung verlieren ihre Geduld.



Die polyzentrischen Weltsozialforen dieses Jahres in Bamako, Caracas und Karatchi ziehen Bilanz und stellen fest, dass sich spätestens in den letzten 5 Jahren, wenn nicht schon seit dem bewaffneten Aufstand der Zapatisten in Mexiko 1994, ein „**neues kollektives Bewusstsein**“ (Bamako-Erklärung SiG49) der Verdammten dieser Erde herauszubilden scheint.

**Noam Chomsky** sieht diesen Prozess überaus optimistisch: Bei den Weltsozialforen „handelt es sich um machtvoll, historisch beispiellose Massenbewegungen - **im Grunde ist es die erste echte Internationale.**

*Immer war vonseiten der Linken ja von 'Internationalen' die Rede, nur, dass es sie nie gab. Aber das hier ist der Beginn einer Internationalen.*“

Das WSF in Caracas war, nach **Alessandro Pelizzari**, „ein Resonanzkörper der Kämpfe in Lateinamerika“. Hier wurden folgerichtig auch die Widersprüche dieser Kämpfe artikuliert und bewertet.

Weltsozialforum		
Soziale Bewegungen	Aufruf von Caracas (2. Teil)	3
Tariq Ali	WSF in Karachi	5
Gaétan Morel	Weltsozialforum in Bamako	6
Zarina Geloo	„Afrozentrisches“ Forum ein Erfolg	7
Walden Bello, Mary L. Malig	WSF in Caracas: Ein neuer Ansporn für die globale Zivilgesellschaft	8
Alessandro Pelizzari	Das WSF in Caracas: Ein Resonanzkörper der Kämpfe in Lateinamerika	9
Emir Sader	Weltsozialforum: Nur Lippenbekenntnis?	11
Uli Brand	Das WSF als Raum!?	12
Lateinamerika		
Evo Morales	Kampf um die zweite Unabhängigkeit	16
Maurice Lemoine	Donnerschlag in La Paz	20
Evo Morales	Rede im März 2004	21
D. Härlin, L. Stubbe	Interview mit E.Lander über Venezuelas Veränderungen	22
Edgardo Lander	Venezuela: Vorbildfunktion für ganz Lateinamerika	27
Hugo Chavez	»Mar del Plata ist das Grab der ALCA«	28
Norman Chomsky	Die Integration Lateinamerikas	30
Kerstin Sack	Internationaler Ökonomenkongress in Havanna	32
Emir Sader	Präsident Lula in die Enge getrieben	33
Schmalz/ Passadakis	Lateinamerika: Hinterhof mit zwei Hausmeistern? -	35
Denise Mendez	Die Strategie der EU in Lateinamerika	36
alternativas.at	Alternativengipfel Europa - Lateinamerika - Karibik	38
Attac France	Erklärung zum CPE	39
	Filmfestival Normale	40

**Emir Sader** aus Brasilien hatte zuvor noch die Gefahr gesehen, dass der Prozess der Weltsozialforen in die "Marginalität in Bezug zu den großen Kämpfen" abdrifte und auf dem „Niveau der Lippenbekenntnisse über den Widerstand“ bleibe, wenn er nicht „aus der Phase des Widerstands zur Phase der konkreten Teilnahme am Aufbau einer anderen möglichen Welt“ übergehe.

**Walden Bello** und Mary Lou Malig stellen nach dem WSF fest: „Caracas war ein deutlich politisiertes Forum.. und brachte frischen Wind in einen Prozess, der die Orientierung zu verlieren droht“

Skeptischer sieht **Uli Brand** die von einigen angestrebten „strategischen Allianzen“ von Bewegungen und progressiven Regierungen: „Das Problem liegt darin, dass in der am Staat orientierten „post-neoliberalen Agenda“, die wichtig genug ist, andere Erfahrungen ausgeblendet werden...(Das WSF) durch Staatsnähe stärken zu wollen, wird es schwächen, denn zu viele Kräfte finden sich nicht dabei wieder.“

**Edgardo Lander** beschreibt die vielfältigen Veränderungen an der Basis der Gesellschaft Venezuelas und sieht darin eine Vorbildfunktion für ganz Lateinamerika.

Zwei Reden von Protagonisten der revolutionären Prozesse können die Orientierung erleichtern.

**Hugo Chavez** wirbt für ein neues historisches Projekt, für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Er betont in seiner „Grabrede“ auf die US-dominierte gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) in Mar del Plata: „Ich schließe aus ganzem Herzen mit dem Ausspruch von Martí: »Es schlägt die Zeit der zweiten Unabhängigkeit der Völker Amerikas«. Die Zeit ist gekommen.“

Auch **Evo Morales**, gerade durch den „Donnerschlag in La Paz“ (Maurice Lemoine) zum Präsidenten Boliviens gewählt, spricht in seiner Antrittsrede von einem Kampf um die zweite Unabhängigkeit, zu der die Rückgewinnung der Kontrolle über die Ressourcen des Landes gehört.

**Noam Chomsky** stimmt dem zu: „Was sich hier abspielt, ist etwas völlig Neues in der Geschichte der Hemisphäre. Seit Eroberung durch die Spanier waren die lateinamerikanischen Länder weitgehend voneinander getrennt und auf die Imperialmacht hinorientiert... Nun beginnt zum ersten mal die Integration (Lateinamerikas).“

Man könnte es mit Walden Bellos Worten „De-Globalisierung“ in Aktion nennen.

Die Neoliberalen Europas versuchen inzwischen, die neuen Stimmungen und Entwicklungen im Kontinent Südamerika für eigene Zwecke zu nutzen, unter anderem mit einem Treffen der Staatschefs aus LA und EU

(EU-LAC-Treffen vom 10.-13. Mai in Wien). Dazu organisieren die sozialen Organisationen

Europas und Lateinamerikas einen Alternativengipfel unter der Parole: "**Weniger Freihandel – mehr Kooperation!**"

Die nächste SiG wird darüber berichten.

*Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken [cooditrad@attac.org](mailto:cooditrad@attac.org) und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen.*

*Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)*

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:

– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:

1 Heft: 3 € 2 Hefte: 4,50 €

3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Ein-

gang des Betrags auf das Konto:

Förderverein für Attac in Hamburg e.V.,

Kontonummer: 211 000 000,

BLZ: 43 06 09 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

## Coörditrad ruft zur Mitarbeit auf:

Coörditrad bietet die Möglichkeit, an spannenden und wichtigen internationalen Kampagnen von Attac teilzunehmen. In Europa verstärkt sich die internationale Zusammenarbeit innerhalb von Attac immer mehr. Seit seiner Gründung im Jahr 1999 spielt Coörditrad hierbei eine wichtige Rolle.

Die Freiwilligen entscheiden jeweils selbst, wie viel sie beitragen möchten – je nach zeitlichen Ressourcen, Themenkenntnissen und Erfahrungsniveau. Jeder bestimmt selbst, wie viel Zeit und Engage-

ment sie/er investieren will. Alle TeilnehmerInnen erhalten die Anfragen für Übersetzungen und wählen aus, was sie interessiert.

Coörditrad soll keine Konkurrenz gegenüber professionellen ÜbersetzerInnen sein, sondern in Fällen zum Einsatz kommen, in denen ohne freiwillige Arbeit keine Übersetzung gewährleistet wäre.

Als ÜbersetzerInnen, DolmetscherInnen, GegenleserInnen, KoordinatorInnen oder mit einer Kombination verschiedener

Aufgaben tragen die TeilnehmerInnen dazu bei, dass Attac dem steigenden Bedarf nach Verbreitung von Informationen an ein breites Publikum nachkommen kann.

Alle Sprachen sind erwünscht – denn die Welt ist vielfältig und verschieden, und dies wollen wir auch fördern!

Anmeldeformular

<http://www.coorditrad.attac.org/index.php?cmd=reg>

# Weltsozialforum Caracas: Aufruf zu den Projekten der Sozialen Bewegungen

*Den ersten Teil des Aufrufs mit den vier zentralen Kampagnen haben wir in SiG 49 veröffentlicht.*

*Das 6. Weltsozialforum in Caracas war auch eine Gelegenheit zur Unterstützung verschiedener Netzwerke und Kampagnen, deren Resolutionen wir im Folgenden dokumentieren:*

## **Gegen die gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA)**

### **Die Gesamtamerikanische Sozialallianz ruft auf:**

- zur Wachsamkeit auf dem gesamten Kontinent gegenüber jedem Versuch, die ALCA-Verhandlungen in irgendeiner Form wieder aufleben zu lassen.

- zum Kampf gegen bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen in Zentralamerika, der Andenregion und der Karibik sowie gegen die neue Generation von Verträgen, die von den Vereinigten Staaten vorangetrieben werden. Ein Beispiel hierfür ist die "Allianz für Sicherheit und Wohlstand in Nordamerika", die die integrative Unterordnung unter die USA anstrebt und auch das Gebiet der "Sicherheit" mit einschließt.

- zum Aufbau eines amerikanisch-europäischen Netzwerkes anlässlich des Gipfeltreffens Lateinamerika-EU, das im Mai 2006 in Wien stattfinden wird. Dieses Netzwerk soll sich insbesondere mit Aktionen gegen die Ausbeutung durch transnationale Unternehmen beschäftigen.

Angesichts der neuen politischen Landschaft in Lateinamerika rufen wir zum Entwurf und zur fortschreitenden Konkretisierung von Entwicklungs- und Integrationsalternativen auf. Diese Alternativen sollen ausgehen von den sozialen Bewegungen als den neuen Prioritäten in dieser Epoche.

- Es besteht die Notwendigkeit, eine vollkommene neue Strategie sowie einen Aktionsplan und neue Organisationsformen zu definieren. Dazu beruft die Gesamtamerikanische Sozialallianz ein großes Treffen der sozialen Bewegungen des Kontinents ein. Es wird Ende April in Havanna, Kuba stattfinden.

## **Für die Rechte der indigenen Völker**

Wir, die indigenen Völker und Bewegungen, wollen unsere Integration in das WSF unter Beibehaltung unserer Identität und unserer spezifischen Aktionsformen vertiefen. Wir bestätigen unsere Ablehnung der Freihandelsverträge, um unser Land und Wasser zu verteidigen. Wir rufen zu gemeinsamen Aktionen auf, um eine andere Welt möglich zu machen. Wir solidarisieren uns mit allen Ländern und Völkern, die für ihre Souveränität kämpfen, wie Venezuela, Kuba und Bolivien.

Wir rufen zur Teilnahme am III Gesamtamerikanischen Gipfeltreffen der Indigenen Völker auf, das im Oktober 2006 in Guatemala Stadt stattfinden wird und das auf dem

II Gesamtamerikanischen Gipfeltreffen in Quito einberufen wurde.

## **Für Ernährungssouveränität und eine umfassende Agrarreform**

Land, Wasser, genetische Ressourcen und die Artenvielfalt sind das Erbe der Völker. Wir werden weder deren Privatisierung noch deren Vermarktung zulassen. Wir schützen und fördern die kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Wir fordern die Rückgabe und den Schutz einheimischen Saatgutes. Wir lehnen den Verkauf und den Einsatz von mit Terminator-Technologie hergestelltem Saatgut ab. Die Terminator-Technologie ist unmoralisch und stellt einen Angriff auf die Nahrung der Menschheit dar; gleichzeitig verweigert sie 1,4 Milliarden Bauern und Bäuerinnen auf der Welt ihr Saatgut.

Wir rufen alle organisierten und nichtorganisierten Bauern auf, weltweit am 17. April - dem internationalen Tag der Bauernkämpfe - und am 16. Oktober - dem Welternährungstag - gegen diese Politik aufzustehen. Dieser Aufruf richtet sich auch an alle anderen Netzwerke und Sektoren der Zivilgesellschaft, denn die Bedrohung betrifft die gesamte Menschheit und den ganzen Planeten.

Die Förderung der umfassenden Agrarreform und die Verteidigung des Landes wird die Basis unseres täglichen Kampfes sein.

## **Für die Rechte des palästinensischen Volkes**

Wir unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und für einen souveränen und unabhängigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt sowie für die Rückkehr der Flüchtlinge.

Inspiziert durch den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika unterstützen wir die Kampagnen der palästinensischen Zivilgesellschaft zum Boykott, Investitionsstreik und Sanktionen gegen die zionistischen Kolonisierungsmaßnahmen, die vom Staat Israel betrieben werden.

- Wir fordern das Ende der Besatzung und Kolonisierung allen arabischen Landes sowie die Entfernung der Mauer.

- Wir fordern die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechte des palästinensischen Volkes in ihrer Gesamtheit ein.

- Wir bestehen auf die Anwendung des Rechtes auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und ihr Eigentum (UNO-Res. 194).

Wir unterstützen auch

- den Aufruf von Vertretern der palästinensischen Zivilgesellschaft zu einem weltweiten Kampftag am 15. Mai, dem 59. Jahrestag der Nakba (Katastrophe). Wir laden deshalb alle sozialen Bewegungen ein, für diesen Tag zivile Missionen nach Palästina zu schicken.

- die 4. Auflage der nationalen und internationalen Aktionswoche gegen die Mauer der Apartheid vom 9. bis 16. November.

## **Weltmarsch der Frauen**

Kampagne gegen die Kommerzialisierung des Körpers und gegen die massive Ausbeutung der Frauen.

Wir rufen auf zum ständigen Kampf gegen machistische, rassistische und homophobe Gewalt in all ihren Erscheinungsformen. Wir betrachten den feministischen Kampf für Gleichheit als gemeinsame Aufgabe im Aufbau von unseren Anstrengungen und von Alternativen zu der Politik von Kommerzialisierung und Krieg.

Der 8. März wird ein Tag feministischer Aktionen gegen die Tyrannei von Markt und Krieg (Weltweiter Frauenmarsch und Kampagne "Woman say no to the war").

## **Für ein Recht auf sexuelle Vielfalt (Dialogo Sur/Sur LGBT)**

Wir bekräftigen unseren Respekt vor der sexuellen Vielfalt und der Selbstbestimmung aller Menschen. Wir respektieren das Recht auf freie Entscheidung über Körper und Sexualität. Wir verurteilen jegliche Diskriminierung in Verbindung mit der persönlichen Wahl und rufen zu der Demonstration für die volle Anerkennung der sexuellen Vielfalt am 28. Juni auf.

## **Gesundheit ist nicht käuflich. Weltsozialforum für Gesundheit.**

Wir betrachten das Recht auf Gesundheit als eine zentrale Achse des Weltsozialforums in Afrika im Januar 2007. Dabei berücksichtigen wir die dramatische Situation in Afrika südlich der Sahara.

Wir rufen zur Mobilisierung und Teilnahme an den nationalen und regionalen WSF-Vorbereitungstreffen auf, die rund um das Thema Gesundheit organisiert werden. Diese Treffen kulminieren im II Weltsozialforum für Gesundheit, das im Rahmen des WSF in Nairobi stattfindet.

Wir unterstützen die internationale Mobilisierung in der Woche vom 3. bis zum 7. April 2006 ebenso wie das Humanitäre

Camp, das in Bogotá, Kolumbien, vom 4. bis 7. April stattfinden wird, da der 7. April Weltgesundheitsstag ist.

Wir werden einen internationalen Tribunal der Völker für das Recht auf Gesundheit organisieren und dort die Anwendung des Konzepts des Völkermordes auf die Ungleichheiten, die die neoliberale Politik hervorgebracht hat, einfordern.

Wir schließen uns im Jahr 2006 der Weltweiten Kampagne für das Recht auf Gesundheit und ärztliche Behandlung an. Sie wird von einer von der Bewegung für Völkergesundheit angeführten Koalition zusammen mit dem Weltsozialforum für Gesundheit durchgeführt.

### **Woche der Verteidigung des öffentlichen Unterrichts für alle - November 2006**

Bildung ist ein unveräußerliches öffentliches Recht, das vom Staat zu garantieren und zu finanzieren ist. Bildung ist keine Ware und kann nicht Gegenstand eines Freihandelsvertrags sein. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Bildung ein Recht der Völker bleibt.

Wir bestätigen, dass das nächste Weltbildungsforum im Rahmen des nächsten Weltsozialforums stattfinden wird und rufen auf zu einer Aktionswoche in der dritten Novemberwoche 2006 zur Verteidigung der öffentlichen Schule für alle.

### **Kampagne der Jugend und Studenten gegen die Privatisierung des Unterrichts**

Der V. internationale Studentenkongress ruft dazu auf, die öffentliche und kostenlose Bildung zu verteidigen und gegen die Bestrebungen mobil zu machen, die Bildung in die Verträge zur Liberalisierung des Handels und in die Privatisierungsprozesse aufzunehmen. Am 17. November, dem internationalen Studententag, werden wir Aktionen gegen die Kommerzialisierung der Bildung und gegen den Krieg veranstalten.

### **Recht auf Wohnung. (Kontinentales Bündnis der Kommunalen Organisationen, FCOC)**

Die Organisationen, die für das Recht der Städte und urbane Reformen eintreten, sind sich einig, dass man gegen die Vertreibung von Millionen Männern, Frauen und Kindern aus ihren Wohnungen kämpfen muss, um das soziale Funktionieren des privaten und öffentlichen Eigentums sicherzustellen. Sie kämpfen daher für das Recht aller Menschen auf Wasser, Umweltschutz und alle sozialen Rechte.

Wir rufen alle auf, sich der Kampagne gegen die Zwangsräumung anzuschließen und am 10. Kongress der FCOC teilzunehmen, sowie am Marsch der Völker, der vom 4. bis zum 6. Mai gleichzeitig in Brasilien, Argentinien, Uruguay, in der Dominikanischen Republik und anderen Ländern stattfinden wird.

### **Für das Recht auf Kommunikation**

Kommunikation ist ein Recht und keine Ware. Daher kämpfen wir für die Demokratisierung der Kommunikation. Das ist ein wesentlicher Bestandteil des Kampfs gegen Neoliberalismus und Imperialismus und für den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Dazu ist es notwendig, eigene gemeinschaftliche Medien im Dienst der Zivilgesellschaft zu definieren und zu entwickeln, ferner eine Politik zu fördern, die die Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Kommunikationsmittel sichert, sowie Information und Wissen als öffentliches Gut zu schützen, den Zugang dazu freizuhalten und ihrer Privatisierung Widerstand zu leisten.

### **Kampagne gegen die Privatisierung des Wassers**

Wir erklären das Wasser zu einem Gemeingut und den Zugang dazu zu einem grundlegenden unveräußerlichen Menschenrecht. Wasser ist keine Ware! Daher lehnen wir jede Form seiner Privatisierung ab, auch jene durch öffentlich-private Partnerschaft. Wir fordern, dass das Wasser von jenen Gesetzen des Marktes ausgenommen bleibt, die von der WTO, den NAFTA (Freihandelsverträgen) und anderen Verträgen zur Freiheit von Handel und Investitionen auferlegt sind.

Wir übernehmen es, Komitees zu bilden, die diese Ziele konkretisieren werden, und zwar mittels Ausbildung, Organisation und Mobilisierung der Menschen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene. Zudem engagieren wir uns auch bei den 'Bürgertagen' im März in Mexiko Stadt.

### **Dreiländereck: Kongress der Völker zur Verteidigung des Lebens und der Naturgüter**

Wir rufen auf zum Kongress der Völker zur Verteidigung des Lebens und der Naturgüter, vor allem der Guaraní-Süßwasserreservoir. Wir fordern den Rückzug der US-Truppen aus Paraguay und das Ende der Einmischung der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank IADB in diesem Land. Wir berufen das II Sozialforum des Dreiländerecks für den 21. bis 23. Juni in Ciudad del Este ein.

### **Kampagne gegen den Klimawandel - 11. November 2006**

Wir sehen die Bedrohung durch die globale Erwärmung, den Klimawandel, für die ganze Menschheit. Es muss Druck auf die Unternahmen und Regierungen ausgeübt werden, um die Emission von Kohlendioxid zu reduzieren.

Wir unterstützen die Mobilisierungsaktionen auf der ganzen Welt, die mit den Klimaberatungen der Vereinten Nationen am 11. November 2006 zusammenfallen.

### **Energie ist keine Ware**

Die Energievorräte dürfen nicht als Ware

behandelt werden, sondern als strategische Güter im Eigentum der Völker und nicht der transnationalen Konzerne. Wir werden dafür kämpfen, dass unsere Länder Bedingungen schaffen, die auch zukünftigen Generationen den Zugang zur Energie sichern.

Wir bekräftigen, dass die sich Aktionen der Sozialbewegung in Energiefragen in der nächsten Periode an den Beratungen des 1. Forums der Energiearbeiter Lateinamerikas und der Karibik, das in Caracas im März 2005 abgehalten wurde, sowie des 2. Forums der Energiearbeiter Lateinamerikas und der Karibik, das in Mexico City stattfinden wird, orientieren müssen.

### **Energie und IIRSA**

In Bezug auf die Integration der Energieversorgung und der physischen Infrastruktur kann das Modell nicht nur auf der rein ökonomischen Logik beruhen, die sich nur an Profiten orientiert und indigene Gemeinschaften, Bauern und ihre Familien u.a. vernachlässigt. Für uns muss sich das Modell auf der Logik der sozialen Inklusion gründen, mit Respekt für die Vielfalt, die Umwelt und die Rechte der Arbeiter.

IIRSA - Initiative für die Integration regionaler Infrastruktur in Südamerika - muss sich an den Interessen der Völker ausrichten und nicht neue Ungleichheiten erzeugen. Wir werfen der Initiative einen Mangel an Transparenz und Dialog zwischen Parlamentariern und der Zivilgesellschaft der betroffenen Länder vor. Die aktuellen IIRSA-Vorschläge wollen eine Integration, die die Rolle unserer Länder als Exporteure von Rohstoffen ohne Wertschöpfung fortsetzt und dadurch das Problem der natürlichen Ressourcen von Jahr zu Jahr verschärft.

Was alternative Energien betrifft, so müssen die Prozesse sowohl erneuerbar als auch nachhaltig sein, und sie dürfen nicht die Logik von Agrobusiness, Monokultur und des Großgrundbesitzes verstärken.

### **Kampagne für die Demilitarisierung ganz Amerikas (CADA)**

Die Kampagne für die Demilitarisierung ganz Amerikas fordert den Rückzug der US-Truppen aus Paraguay und Haiti.

### **Kampagne gegen die US-Militärbasen**

Wir verurteilen die Aktionen des CIA, des M16 und der europäischen Geheimpolizei, die Zivilisten illegal verhaften und entführen und sie in geheimen Flügen auf Militärbasen der Vereinigten Staaten in Europa bringen, die heute ein "europäisches Guantanamo" sind.

Wir drücken unsere Solidarität mit den 28 Pakistanern aus, die in Griechenland illegal festgenommen und entführt wurden. Wir werden unsere Freiheit nicht opfern im Namen des "Kriegs gegen den Terror" von Bush, Blair und ihren Verbündeten.

## Für die Freilassung der fünf kubanischen Häftlinge in den USA

Die Regierung der USA mit ihrer Doppelmoral des Kriegs gegen den Terrorismus weigert sich einerseits, Luis Pozada Carriles (der für die Explosion eines kubanischen Zivilflugzeugs verantwortlich ist, bei der 73 Passagiere starben) auszuliefern oder auf ihrem Gebiet vor Gericht zu stellen, andererseits aber hält sie gleichzeitig fünf Kubaner widerrechtlich in Haft, die mutige Kämpfer gegen den Terrorismus sind. Wir fordern, dass sie sofort freigelassen werden und dass Pozada Carriles vor Gericht gestellt wird.

## Tage der Solidarität mit Haiti - 15 und 29 Februar

Wir verlangen den Rückzug der ausländischen Truppen aus Haiti und die Streichung und Reparation der Finanzschuld, die die internationalen Finanzinstitutionen und

andere vorgebliche Gläubiger von diesem Land verlangen. Wir rufen auf, am 15. Februar Aktionen zum Rückzug der Truppen und zur Streichung der Schulden Haitis durchzuführen. Ebenso rufen wir dazu auf, am 29. März (Tag der haitianischen Verfassung) einen Tag der weltweiten Solidarität mit Haiti abzuhalten.

## Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht der letzten Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent

Wir verurteilen entschieden, dass Frankreich, die USA, die Niederlande und England noch immer Kolonien auf dem Kontinent haben, und prangern den falschen Anspruch der Kolonialmacht Frankreich an, diese Kolonisierung als einen positiven Akt darzustellen. Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf für die Selbstbestimmung der Völker von Puerto Rico, Martinique, Guadeloupe, Französisch Guayana, Surinam und San Martín.

Wir fordern, diese Länder in die Liste der zu entkolonialisierenden Länder der UNO aufzunehmen.

## Stopp der Killer-Coca-Cola

Die Versammlung der Sozialbewegungen übernimmt die Kampagne "Stopp der Killer-Coca-Cola", die von Studenten gegen die Ausbeutung der Arbeitnehmer in den USA gegen die Fa. Coca-Cola gestartet wurde, zum Schutz der Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Personen, die der Gewalt durch dieses Unternehmen zum Opfer gefallen sind.

(...) Caracas, 29. Jänner 2006

[http://www.focusweb.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=830&Itemid=28](http://www.focusweb.org/index.php?option=com_content&task=view&id=830&Itemid=28)

Von Manisha MITTAL und Teres STOCKINGER aus dem Spanischen übersetzt

## WSF in Karachi Gespräch mit Tariq Ali

*Tariq Ali ist Romanautor, Historiker, Publizist und politischer Aktivist. Er wurde in Pakistan geboren und lebt seit über vier Jahrzehnten in Großbritannien. Am 24. März sprach er auf der Eröffnungsveranstaltung des Weltsozialforums im pakistanischen Karatschi*

*F: Welche Bedeutung hat das Weltsozialforum (WSF) in Pakistan?*

Wir Pakistaner sind es nicht gewohnt, so viele Stimmen zu hören, insofern ist es eine gute Sache. Doch wenn Sie glauben, dieses Forum wird neue soziale Bewegungen schaffen, dann täuschen Sie sich. Die können nur an der Basis entstehen. Aber das Forum bringt Leute zusammen. Meinungen über den Stand der sozialen Bewegungen werden ausgetauscht, insbesondere über jene in Lateinamerika, die Regierungen übernommen haben und sich in offener Revolte gegen das US-Imperium befinden. Das ist sehr nützlich.

Ich möchte nicht den Enthusiasmus schmälern, aber man sollte nicht zu hohe Erwartungen haben, denn dieses WSF wird nichts phänomenal Neues ergeben. Ich hätte mir eine bessere Vertretung Asiens erhofft. Insbesondere aus China, wo die Bauernbewegung an Boden gewinnt und die Wut der Arbeiterklasse zutage tritt.

*F: Wird das WSF Auswirkungen auf das pakistanische Militär haben?*

Nein. Das Militär hat sich eine Art zivilen Schleier übergeworfen, daher wird es vom WSF nicht weiter gestört.

*F: Kann die Demokratie in Pakistan aus etwas so Undemokratischem wie dem derzeitigen Militärregime entstehen?*

Ich glaube nicht. Pakistan befindet sich in einem traurigen Kreislauf, in dem sich die politischen Führungen mit militärischen Interventionen abwechseln. Militärische Regime beseitigen die politischen Parteien, die ihrerseits ihre Anhänger enttäuscht

haben. Der letzte war der dritte große Putsch. Wie zuvor kamen die Männer in Uniform, sagten, sie würden aufräumen und blieben dann an den Sesseln kleben. Kein guter Kreislauf, denn die Alternative ist noch immer die winzige Elite, die nach wie vor die Massen kontrolliert.

*F: Gibt es aus diesem Sumpf einen Ausweg? Der Kreislauf muß durchbrochen werden, wie es in Lateinamerika, zum Beispiel in Venezuela, geschehen ist.*

*F: 2007 wird in Pakistan gewählt. Was erwarten Sie?*

Sehr wahrscheinlich werden die Wahlen manipuliert. Geschieht es zu offensichtlich, könnte es einen Aufstand geben.

*F: Sie denken also, die Wahlen sollen zur Legitimierung des Militärs dienen?*

Auf jeden Fall. Sie werden nach dem alten Muster mißbraucht. Das Militär bildet eine politische Partei, die pakistanische Muslimliga ist käuflich, und es gibt nicht einmal eine ernsthafte Opposition.

*F: Wer hat Schuld an dem Schlammassel? Die pakistanische Bevölkerung etwa?*

Ich würde nicht dem Volk die Schuld geben. **Die Menschen probieren alles mögliche aus, und ihre Hoffnungen werden immer wieder enttäuscht.** Dieses Muster wiederholt sich seit den 1960ern. Damals hatten wir eine populäre Regierung der Pakistanischen Volkspartei. Die hätte lieber, statt die kleine Industrie des Landes zu zerstören, die Macht der Großgrundbesitzer brechen sollen, wie es zur gleichen Zeit die Kongreß-

partei in Indien tat.

*F: Sind die Nichtregierungsorganisationen, die NGOs, ein Sprachrohr der Menschen an der Basis?*

Wir können nicht verallgemeinern, aber im großen und ganzen haben die NGOs die Menschen von der Politik entfremdet. Die Abkürzung ist irreführend; ich sehe sie eher als WGOs – Western Governmental Organizations, als Organisationen westlicher Regierungen. Das ist kein spezielles pakistanisches Problem. Diese Organisationen betreiben keine reale, sondern virtuelle Politik.

*F: Sehen Sie ein Licht am Ende des Tunnels?*

Eigentlich nicht. Solange wir nicht mit der dynastischen Politik Schluß machen, die auf seiten des Volkes ein Ausdruck der Verzweiflung ist, wird sich nichts ändern.

*F: Sie scheinen pessimistisch zu sein.*

Die Lage ist bedrückend. Ich gehöre zu diesem Land, und was ich sehe, ist abstoßend. Selbst nach so vielen Jahren bekommen die Bürger keine grundlegende Ausbildung, und ich spreche nicht von den an den Rand Gedrängten. Sogar der Mittelklasse verweigert man dieses Recht.

Interview: Zofeen T. Ebrahim (IPS)

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Pomrehn, Junge Welt, 29.3.2006

**Weltsozialforums in Karachi,**  
<http://www.wsf2006karachi.org/index.html>

# Gaétan Morel

## Weltsozialforum in Bamako :

### Welchen Einfluss hat es auf die Gesellschaft Malis?

«Die vereinigten Bürger sind die Akteure des Wandels »

(Losung bei der Eröffnungsdemonstration des Forums (ungefähr 5000 Personen)

Der afrikanische Kontinent ist ein „Opfer“, schreit ein malischer Teilnehmer des Weltsozialforums in Bamako. Dieser Kontinent, der häufig gegen seinen Willen Teil eines globalisierten Systems ist, muss alle zerstörerischen Auswirkungen der von den reichen Ländern propagierten ungleichen und unfairen Regeln der Wirtschaftsordnung auf sich ergehen lassen, ohne jedoch von ihnen Investitionen profitieren zu können. Dieselbe Person betont jedoch auch, dass der **mitleidige Umgang mit Afrika** - Wohltätigkeit und kurzfristige humanitäre Hilfe – aufhören muss, ein Umgang, der damit begründet wird, dass die Menschen nicht in der Lage seien, ein „anderes Afrika“ zu gestalten.

Denn vor Ort ändern sich die Dinge; die **sozialen Kämpfe** werden organisierter. Die Zivilgesellschaft hat sich entschieden, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, nachdem sie sich von der anhaltenden und enttäuschenden Apathie der Regierungen überzeugt hatte, welche nicht einmal das Allernotwendigste für ihre Bevölkerung tun<sup>1</sup>. Ein individuelles Verantwortungsbewusstsein und ein gewecktes Bürgerbewusstsein führten zu dem festen Willen, die sozialen Basisbewegungen in die Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen einzubeziehen. Die Devise der großen politischen Figur **Sankara**, „besser einen Schritt gemeinsam mit dem Volk gehen, als hundert Schritte ohne das Volk“, wird wieder aufgegriffen und Widerstandsgruppen bilden sich, insbesondere auf Initiative der regionalen, kontinentalen und weltweiten Sozialforen: Vereine, Nachbarschaftsgruppen, Vereinigungen von jungen Menschen und Frauen schießen wie Pilze aus dem Boden. Das **Afrikanische Sozialforum**, das seit 2000 jedes Jahr stattfindet, verstärkt diese Dynamik und festigt die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sozialpartnern. Andere große **thematische Konferenzen** (über Baumwolle, Handel hinsichtlich der EU-AKP-Abkommen<sup>2</sup>,...) und der **Aufbau internationaler Netzwerke** zu Themen wie

<sup>1</sup> Die öffentliche Hand kommt nicht einmal ihren grundlegendsten Aufgaben, wie der Abfallentsorgung, nach.

<sup>2</sup> Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, Projekte zu Freihandelsabkommen mit Europa, vorgesehen für 2008.

Demokratie oder Pressefreiheit zeugen vom sozialen Aufbruch.

Beim diesjährigen WSF in Mali spürt man eine starke Entschiedenheit der Afrikaner (hauptsächlich aus Mali), aktiv an den Debatten teilzunehmen, sei es an den Konferenztischen oder im Publikum. Der Austausch ist mannigfaltig. Aber von den 20 000 – offiziell – für das Forum Angemeldeten (darunter ziemlich wenige Bewohner westlicher Länder) sind einige leider vom Inhalt der Ateliers überfordert: im Forum der Frauen erklärt mir eine Frau, dass „die Mehrheit von ihnen nicht einmal weiß, warum sie eigentlich hier sind“: Verschiedene Gründe erklären die **Verständigungsprobleme**: Analphabetismus, Vorherrschen der französischen Sprache während der Konferenzen (obwohl viele, vor allem Dorfbewohner, nur Bambara sprechen), neue Arten, die Schwierigkeiten des Lebens zu begreifen und deren Ursachen zu erkennen. Viele sind auch nur aus reiner Neugierde gekommen und lassen sich von anderen, die besser informiert sind, helfen.

**Die Volksbewegungen sind allerdings kein neues Phänomen**, vor allem nicht in Mali: wie in Nigeria, im Senegal oder in Sambia wurden seit Mitte des letzten Jahrhunderts bereits mehrere Male Streiks organisiert, um gegen massive Entlassungen oder plötzliche Preissteigerungen in bestimmten Bereichen zu kämpfen. Die Einführung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung in mehreren Ländern des Kontinents (was vor allem die Privatisierung der öffentlichen Dienste, des Wasser- und Stromsektors mit sich brachte) und die mit den katastrophalen Gesundheitsleistungen verbundenen Probleme haben seit den 80er Jahren soziale Revolten im südlichen Afrika, in Ghana und in Mali, hervorgerufen. Revolten, die sich 1990 noch intensivierten, in einer Periode, die durch neue verheerende strukturelle Anpassungen bestimmt wurde.

**Migration, Schulden und die Rechte von Frauen** standen dieses Jahr ebenso im Zentrum der Debatten wie die fundamentale Frage der **Nahrungssouveränität**. Während die neuen Großmächte Indien und Brasilien auf der Weltbühne auftauchen, um ihre ihnen eigenen Interessen zu verteidigen (durch eine zunehmend neoliberale Agrarpolitik), und während sie nicht mehr sehr repräsentativ sind für die Hauptziele der G20<sup>3</sup>, ist **Mali die Galionsfigur im Kampf**

<sup>3</sup> Diese beiden Länder haben sich tatsächlich damit begnügt, für sich selbst die Senkung der

**für eine Landwirtschaft**, welche die lokalen Besonderheiten respektiert und die Durchsetzung von Export-Monokulturen ebenso ablehnt wie die teuren und gefährlichen GVO<sup>4</sup> und Pestizide. Für die Wirtschaft Malis hat die Landwirtschaft (mit vor allem kleinen Familienbetrieben) ein großes Gewicht und das Ziel ist in erster Linie, den Nahrungsbedarf der Familien zu decken, und nicht Gewinn durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten zu erzielen. Die Anbautechniken sind traditionell, kaum modern, aber an die Umwelt angepasst. Die Regeln der weltweiten Konkurrenz zwingen jedoch die rentable und lebensfähige Landwirtschaft der Bewohner Malis, nach anderen Mitteln zu suchen, um produktiver zu werden, vor allem die Frauen, die die Rohstoffe weiter verarbeiten. Im Rahmen der internationalen Verhandlungen nach der IWF und die WTO Druck, damit die reichhaltige Baumwolle nicht vor Ort weiterverarbeitet, sondern vielmehr direkt exportiert wird<sup>5</sup>, was häufig das traurige Schicksal von anderen Rohstoffen aus Westafrika ist.

Wiederkehrende Themen in den Diskussionen waren: Gerechte Preise, die eine loyale Konkurrenz respektieren (was eine notwendige Revision der Subventionsvergabe für die Produktion der „reichen“ Länder erfordert), Respekt der Biodiversität und Wertschätzung des lokalen landwirtschaftlichen Wissens.

Auch wenn zwischen Afrika und den Weltsozialforen eine starke Zusammenarbeit entstanden ist, spürt man das Bedürfnis, sich durch **seine eigenen afrikanischen Forderungen** zu behaupten. Die globalisierungskritischen Kämpfe in den anderen Kontinenten stellen eine unentbehrliche Zusammenarbeit auf der Ebene des Erfahrungs-, Ideen- und Kompetenzaustausches dar. Die Foren schaffen eine sehr positive und nötige Energie, um die lokalen Kämpfe zu verstärken, und bis auf einige Einzelfälle von NGOs, beunruhigen die Gefahren der Vereinnahmung, der Unterordnung oder der Bevor-

Agrarsubventionen der Länder des Nordens zu verhandeln, im Gegenzug für eine landwirtschaftliche Öffnung, insbesondere der Zugang zu GVO (gentechnisch veränderten Organismen) und der Ausweitung von Monokulturen.

<sup>4</sup> Die Nutzung von GVO in der afrikanischen Landwirtschaft impliziert den Kauf von sehr teurem Saatgut, das im Besitz der westlichen Länder ist.

<sup>5</sup> Dadurch werden die Bauern den Produktionsrisiken ausgesetzt, ohne sie an den interessanteren Gewinnen aus dem Verkauf der Endprodukte teilhaben zu lassen.

mundung durch unsere Länder nur wenige der lokalen Vereine, die darauf achten, auf Distanz zu bleiben. Aber die Afrikaner haben genug davon, sich helfen zu lassen, und sie wissen, welche Maßnahmen für ihre Zukunft, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, ergriffen werden müssen. Amadou Diakité, Verantwortlicher des Vereins „Yeelen“ denkt, dass Afrika mit seinen Besonderheiten eine Agrarpolitik führen muss, die seinen charakteristischen Problemen entspricht: der Erhalt des malischen „genetischen Guts“ ebenso wie der kulturelle Identität, basierend auf der ländlichen Wirtschaft. *„Die Allmacht des Marktes passt uns nicht“*, sagt er. *„Wir müssen damit aufhören, nur für den Rest der Welt zu produzieren und importierte Endprodukte zu konsumieren!“* Die wirtschaftliche Souveränität bedeutet für ihn jedoch nicht, sich wirtschaftlich gegenüber dem Außenhandel zu verschließen.

Im Übrigen wünschen sich Mali und andere Nachbarländer nicht zu jedem Preis eine grenzenlose Industrialisierung. Die Bevölkerung besitzt ein hervorragendes Können (zum Beispiel in der Herstellung von

Baumwollkleidung), welches besser genutzt werden müsste. *„Mali braucht ein wenig Industrie, aber nicht wie im Westen: Innungen und Genossenschaften mit Priorität für Handarbeit und nicht für Maschinen“*, erläutert er. Sicherlich wäre es Amadous Meinung nach keine schlechte Sache, ihre technischen Produktionskapazitäten ein wenig zu erhöhen: ein Pflug zum Beispiel oder zusätzliches Werkzeug und manchmal ein Traktor für einige größere Betriebe könnten den Bauern helfen, die in Schwierigkeiten stecken. Aber kein Agrobusiness und keine GVO, für sie Synonym der Verarmung.

Das Brodeln in den sozialen Bewegungen vor Ort ist erstaunlich. Dies widerspricht der generell sehr miesmacherischen und oberflächlichen Sichtweise der Medien, die über dieses Ereignis berichtet haben. Man muss jedoch zugeben, dass die **Hindernisse**, an denen sie sich stoßen, zahlreich sind: Zerrissenheit zwischen Tradition und Moderne (z.B. die Praxis der Beschneidung unter dem Gesichtspunkt religiöser Bräuche oder der Menschenrechte betrachten), enormer Mangel an finanziellen Mitteln, „assistierte“

Entwicklung, die häufig unerfreuliche Folgen impliziert (fehlende Autonomie für Projekte, strukturelle Anpassung, ein durch die Länder des Nordens auferlegte Entwicklungskonzept, das den lokalen Besonderheiten nicht gerecht wird, Aufnahme von Krediten bei Geldgebern, welche die Kreditnehmer ruinieren,...), Vettemwirtschaft und Korruption des Staats, politische Vereinnahmung etc.

Die großen Herausforderungen? Dass die politische (häufig nur oberflächliche) Demokratie zu einer Bürgerdemokratie wird; dass Afrika über die Bedingungen seiner zukünftigen „Entwicklung“ selbst entscheiden kann. Kann dies durch Souveränität, oder Integration in den Welthandel oder durch eine Mischung der beiden erreicht werden? Die stärkste Herausforderung liegt sicherlich in der Frage, auf welche Art und Weise Mali seine Jugend unterstützen wird (adäquate Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit), welche die Kraft für eine zukünftige Veränderung ist.

Übersetzung: ehrenamtliche ÜbersetzerInnen [cooriditrad@attac.org](mailto:cooriditrad@attac.org) Annette Heiß

## Zarina Geloo, IPS - Terra Viva Viva Bamako! „Afrozentrishes“ Forum ein Erfolg

Das Weltsozialforum von Bamako (...) richtete seinen Fokus auf ‚afrozentrishes‘ Themen, die in früheren Foren eher zu kurz gekommen waren, sagte der **Koordinator des Forums Mamadou Goita**.

Goita bekräftigte Terra Viva gegenüber, dass während des Bamako-Forems Themen, die sich speziell mit Afrika befassten, einen größeren Platz einnahmen. (...)

*„Die Afrikanisierung der Themen war nicht beabsichtigt, es kam einfach daher, dass wir erstmals eine Mehrheit afrikanischer TeilnehmerInnen beim Weltsozialforum zu verbuchen hatten. Bei früheren Weltsozialforen waren meist weniger als 100 afrikanische NGOs („nicht an Regierungen gebundene Organisationen“) vertreten, da es für die meisten Afrikaner bisher zu kostspielig war, um etwa nach Porto Alegre oder Mumbai zu reisen.“*

Er nannte als Beispiele die Sitzungen zu **Frauenthemen**, die ihr Augenmerk auf die Verstümmelung weiblicher Genitalien, Frühchen und das Analphabetentum von Mädchen richteten. Dem Geschehen in der westlichen Sahara wurde viel Aufmerksamkeit gegeben, wie auch anderen afrikanischen **Konfliktherden**, z. B. der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan.

(...), *„Wir begrüßten über 300 Menschen allein aus ländlichen Gegenden Malis, weitere 8 000 kamen aus den Nachbarstaaten. Sie alle nahmen an dem Forum teil und bereicherten die Diskussionen. Eine so große Teilnahme hatte es noch nie gegeben.“*

Eine weitere Erneuerung war die Einrichtung

eines separaten Diskussionsraumes für Themen, die **Kinder** betreffen, wie zum Beispiel alternative Bildungsmodelle für Kinder aus ländlichen Regionen.

Ein **Jugendforum**, das im Mobido Keita Stadium abgehalten wurde, gab jungen Frauen und Männern die seltene Möglichkeit, sich mit den Dorfältesten und „älteren“ Bürgern auseinander zu setzen, um von Themen, die in ihrem Leben von Belang sind, zu sprechen, darunter Arbeitslosigkeit, Immigration und Bildung.

*„Diese Debatte war etwas bisher einmaliges, da für gewöhnlich das Jugendforum sich selbst überlassen wird und die Jugendlichen nur unter sich diskutieren und debattieren.“*

Unter dem Zeichen der Innovation organisierte das Maliesche Sozialforum auch einen 15km langen „Solidaritätslauf“, um so auf die **Kommerzialisierung des Sports** aufmerksam zu machen, die zur Folge hat, dass Sportlerinnen und Sportler, darunter eben viele aus Afrika, auf den internationalen Märkten gehandelt werden.

*„Eine anderer Umgang mit dem Sport ist möglich, bei dem Menschen nicht wie Gebrauchsgegenstände ge- und verkauft werden. Wir sollten einen Umgang mit Sport pflegen, bei dem Menschen mit Würde behandelt werden und die Freude am Spiel intakt bleibt. Es sollte nicht zu einer bloßen Geschäftelei verkommen,“*sagte Goita.

Obwohl keine genauen Zahlen vorlagen, schätzte Goita aufgrund von Informationen von Polizei und Behörden die **Teilnehmerzahl**

auf ca. 11 000. Es fanden 300 bis 700 Veranstaltungen pro Tag statt – mehr als ursprünglich geplant.

All das bedeutet einen riesigen organisatorischen Aufwand, den die Regierung Malis – eines der ärmsten Länder der Welt – mit einem nicht unwesentlichen Beitrag von 150 Mill. CFA (ca. 229 000 €) unterstützte. (...)Trotz dieser Großzügigkeit gab es doch **ein paar Pannen** (...).

Margaret Da Costa, Anhängerin einer Menschenrechtsgruppe aus Angola, blieb optimistisch. Obwohl ihre Unterkunft nicht den Erwartungen entsprach und sie den meisten Sitzungen nicht folgen konnte (weil nur sehr wenig ins Portugiesische übersetzt wurde), und obwohl sie sich öfters während der Suche nach Tagungsräumen verirrt, sagte sie, es sei „fantastisch“, dass ein so kleines, armes Land wie Mali erfolgreicher Gastgeber einer globalen Veranstaltung sein könne.

*„Die Menschen kommunizieren und bilden Netzwerke, das ist es, worauf es ankommt!“*

[http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=bal\\_Geloo\\_fsm2006j](http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=bal_Geloo_fsm2006j)  
ÜbersetzerIn : Daniel Bochert (Praktikant) , Karin BAASCH

Weitere Infos:  
<http://www.fsmmali.org/?lang=en>

# Walden Bello und Mary Lou Malig\*

## Das 6. WSF in Caracas:

### Ein neuer Ansporn für die globale Zivilgesellschaft

Das 6. Weltsozialforum, das in Caracas, Venezuela, abgehalten wurde, bot den notwendigen Ansporn für die diesjährige Versammlung der globalen Zivilgesellschaft. Das WSF war - sogar durch einige seiner Hauptbegründer - unter Beschuss geraten. Man kritisierte, dass darin lediglich die Diskussionen vorhergehender Foren ohne klare Orientierung und konkretes Ziel wieder aufbereitet würden.

In Caracas jedoch schienen die Diskussionen im Rahmen der Seminare und Workshops dringlicheren Charakters zu sein. Dieses siebentägige Treffen, zu dem 52.000 Teilnehmer zusammenkamen, zeichnete sich durch eine Atmosphäre aus, die sich grundlegend **von jener des eher ruhigen Porto Alegre unterschied**. Im Gegensatz zu Porto Alegre, das in einem der wohlhabenderen Gebiete Brasiliens liegt, ist **Caracas ein typischeres** Beispiel für eine Dritte-Welt-Stadt: Sie ist geprägt durch eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich, einem auffallenden Gegensatz zwischen luxuriösen Großstadteinkaufszentren, in denen die gesellschaftliche Elite und die Mittelklasse wandelt, und den verwahrlosten, aber pulsierenden Armenviertel oder den Ranchos, die rund um die Stadt an den Bergen "emporklettern", aber auch durch ein hocheffizientes unterirdisches Massentransportsystem, darüber hoffnungsvoll verstopften Straßen, sowie durch eine hohe Zahl an Gewaltverbrechen, die so einige Delegierte in Form von Überfällen hautnah miterleben mussten.

**Caracas ist trotz Venezuelas Ölreichtums ein Vertreter der „tiefsten“ Dritte Welt.** Hier wurden wir ständig an die vielfältigen Aspekte der sozialen und ökologischen Probleme erinnert, wegen derer wir hier zusammengekommen waren.

#### Radikales Klima

Aber nicht nur seinem Schauplatz hatte dieses Sozialforum die anregende Atmosphäre zu verdanken. Die Delegierten fanden sich **inmitten eines radikalen Veränderungsprozesses** wieder, der überall Spuren hinterlassen hatte: leidenschaftliche Sympathie der Massen für Präsident Hugo Chavez, giftige Zeitungsberichte über ihn in der Establishment-

Presse, aber auch die allgegenwärtigen Soldaten mit den roten Baskenmützen, Markenzeichen der Chavistenrevolution. Nicht zu übersehen war das Gefühl der Verbundenheit der Venezolaner der gesellschaftlichen Unterklasse mit ihrem Präsidenten, das sich zur Massenproduktion und zum Massenkonsum von Chavez-T-Shirts, Chavez-Uhren und „Chavecito“-Puppen (die, wenn sie gedrückt werden, eine Rede über die „Bolivarianische Revolution“ halten) auswuchs.

So konnten wir auch dem Eindruck nicht widerstehen, dass wir uns in einem Land an der **Frontlinie des Kampfes gegen das US-Imperium** befanden. Poster von George W. Bush mit Hitler-Bart, kommentiert mit den Worten "Bush Asesino" (Bush - Mörder), waren überall zu sehen. Und als Ehrengast wurde **Cindy Sheehan** gefeiert, jene Frau, die die US-amerikanische Friedensbewegung durch ihr allseits bekannt gewordenes Lager wiederbelebte, das sie vergangenen Sommer vor Bushs Ranch in Crawford, Texas, aufgeschlagen hatte. Sheenan, die im Irak einen Sohn verloren hatte und von Chavez zu seiner wöchentlichen Fernsehshow eingeladen wurde, heizte mit der lautstarken Verurteilung Bushs als einen „Terroristen“ die Stimmung auf dem Forum und im gesamten Land an, bevor Sie nach Washington DC flog, um die „Rede zur Lage der Nation“ des amerikanischen Präsidenten vor dem US-Kongress zu behindern.

#### Chavez im Rampenlicht

Und natürlich stand Chavez während der gesamten Woche im Rampenlicht: Er organisierte gemeinsam mit Teilnehmern zahlreiche öffentliche und private Veranstaltungen. Bush bezeichnete er als "Mr. Danger" (Mr. Gefahr), des weiteren erklärte er im Poliedro-Stadium vor einer jubelnden Menge von 15000 Menschen, dass „das Imperium nicht allmächtig“ sei und prophezeite, dass „wir in diesem Jahrhundert das Imperium stürzen werden.“ Immer wieder erinnerte er uns an die langjährige US-amerikanische Geschichte der Eingriffe in lateinamerikanische Angelegenheiten und an die Isolierung Kubas, aber auch an die Rolle, die die USA in dem gescheiterten Putschversuch gegen Chavez im April 2002 spiel-

ten.

Angesichts der Tatsache, dass es unweigerlich von der militanten anti-imperialistischen Gesinnung, die allseits herrschte, erfüllt wurde, war dieses Forum **ein deutlich politisiertes Forum**. Das ärgerte manche Teilnehmer natürlich. Zweifellos hofften die Chavisten, dass ihnen mit der Abhaltung des WSF in Caracas eine Plattform geboten würde, von der aus sie die Wahrheit über den politischen Prozess Venezuelas weltweit kommunizieren, aber auch mehr Verbündete um sich vereinen könnten, um in weiterer Folge Washington außer Gefecht zu setzen, das ihrer Ansicht nach Chavez im Visier hat. So war es auch nicht überraschend, dass die Regierung alles daran setzte, die Veranstaltung zu unterstützen, indem sie alles Nötige bereitstellte: Von Unterstützung bei der Visumbeantragung über kostenlosen Bustransfer vom Flughafen in das Stadtzentrum von Caracas bis hin zu kostenlosen U-Bahn-Tickets für alle, die eine Teilnehmerplakette vorweisen konnten.

Andererseits gab es trotz gewisser Unstimmigkeiten zwischen den Chavez-Anhängern und den Organisatoren des Forums keine Behauptungen, dass die Regierung versucht habe, die Tagesordnung des Forums oder seinen Inhalt zu bestimmen. Keineswegs handelte es sich um eine manipulierte Veranstaltung; wenn es etwas zu bemängeln gibt, dann einzig die Tatsache, dass hier ein hohes Maß an unorganisierter Energie aufeinander prallte.

#### Die Debatte über Alternativen

Die Alternativen zum aktuellen System des globalen Kapitalismus wurden im Rahmen zahlreicher Workshops und Seminaren diskutiert. Chavez stürzte sich ohne zu zögern in die Diskussion und erklärte ohne Umschweife, dass das Alternativsystem, das er in Venezuela errichtete, der "Sozialismus" sei. Dieses Ziel deckte sich nicht genau mit der Haltung vieler Delegierten, die mit dem Sozialismus das in der einstigen Sowjetunion und Osteuropa vorherrschende System assoziierten. Dass Chavez Marx und Rosa Luxemburg fälschlicherweise den Anspruch "Sozialismus oder Tod" in den

Mund legte, machte die Sache nicht besser. Andererseits schien Chavez sein Vorhaben von jenem seines engen Freundes Fidel Castro abgrenzen zu wollen. So behauptete er, dass „der Sozialismus einer der größten Misserfolge des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei und bezeichnete sein Projekt als eine Mischung aus "authentischem Sozialismus", "christlichem Sozialismus" und dem "Sozialismus der lateinamerikanischen Eingeborenen".

Anregender war jedoch Chavez' Erläuterung seiner kurz- und mittelfristigen Programme, etwa der massive landesweite "Intensivkurs" zur Beseitigung des Analphabetismus, der Drang, Gemeinkliniken unter der Leitung kubanischer Ärzte zu errichten, sowie die Landreform. Faszinierend war auch seine Erörterung der ersten Schritte des ALBA-Projekts – die "Bolivarianische Alternative für Gesamtamerika". Im Rahmen seiner Initiative „Petrocarb“ erhalten 13 Länder der Karibik, die venezolanisches Erdöl importieren, einen Rabatt von 40 % des internationalen Marktpreises. Im Rahmen des Projekts "Petrosur" tauscht Bolivien Sojabohnen und Argentinien Rinder gegen venezolanisches Erdöl. Diese Art der Tauschgeschäfte, betont Chavez, reichen "über die kapitalistische Logik hinaus".

#### **Die Anforderungen, die sich Chavez und uns stellen**

Möglicherweise war Chavez' Hauptbeitrag zu dem Forum, es zu hinterfragen, indem er davor warnte, dass dieses nicht einfach ein Ideenforum ohne konkreten Aktionsplan bleiben dürfe. Darüber hin-

aus erklärte er den Teilnehmern, dass sie sich mit der Machtfrage befassen müssten. "Wir benötigen eine Strategie der „Gegenmacht“. Wir, die sozialen und politischen Bewegungen, müssen in der Lage sein, auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene in die Sphären der Macht vorzudringen."

Diese unverblühte Kommunikation erfolgte jedoch in beide Richtungen. Einige von uns forderten Chavez in Sachen Handel heraus, indem sie ihn dazu ermahnten, sich nach der historischen Mar del Plata-Konferenz im November, bei der das Vorhaben der gesamtamerikanischen Freihandelszone tatsächlich zum Scheitern gebracht werden konnte, nicht auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Die WTO, so warnten wir, stelle eine mindestens ebenso große Gefahr dar. Wir erklärten ihm, dass wir trotz allen Respekts für die Vorbehalte, die Venezuela angesichts des bei der Ministerkonferenz in Hongkong erzielten WTO-Abkommens anmeldete, der Ansicht seien, dass noch **mehr getan werden müsste**. So erwarten wir, dass Venezuela uns tatkräftig dabei unterstützt, die Verhandlungen, die während der kommenden Monate auf der Grundlage dieses Abkommens in Genf stattfinden werden, zum Scheitern zu bringen - auf die Gefahr hin, seinen Nachbarn Brasilien, „Co-Architekt“ einer weltweiten Vereinbarung, die für die Wirtschaften der Entwicklungsländer eine ernsthafte Bedrohung darstelle, gegen sich aufzubringen.

#### **Frischer Wind für eine Bewegung**

Es herrschte eine derart berauschende Stimmung, dass diese eine Woche eher kurz erschien. Wir verließen das Forum mit dem Gefühl, dass es noch so viel mehr zu verarbeiten gab, nicht nur, was Venezuela angeht, sondern in Bezug auf ganz **Lateinamerika**, wo eine **gesamtkontinentale Revolution gegen den Neoliberalismus im Gang** ist, deren aktuellster „Wegweiser“ die Wahl Evo Morales', dem radikalen Bauernführer indianischer Abstammung, zum Präsidenten Boliviens ist.

Caracas brachte frischen Wind in einen Prozess, der die Orientierung zu verlieren droht. Dieses Forum verdeutlichte, dass der Preis für künftige Erfolge ein hartnäckiger Einsatz, aber auch eine große Risikobereitschaft sein werden. Chavez und seine Anhänger, ständig **bedroht** durch eine mächtige Allianz zwischen den USA und der lokalen Oligarchie, kämpfen darum, den nötigen **Raum für die Umstrukturierung** Venezuelas und Lateinamerikas zu gewinnen. Und er forderte uns dazu heraus, für jenen Raum zu kämpfen, von dem aus wir die Welt verändert können, und damit den WSF-Wahlspruch „Eine andere Welt ist möglich“ in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Samstag, 4. Februar 2006

\*Walden Bello und Mary Lou Malig sind Mitarbeiter von Focus on the Global South

<http://www.focusweb.org/content/view/82/3/28>

Übersetzerin: Cecile KELLERMAYR

## **Alessandro Pelizzari Das WSF in Caracas: Ein Resonanzkörper der Kämpfe in Lateinamerika**

Es ist nie leicht, ein Weltsozialforum (WSF) in seiner ganzen sozialen und politischen Diversität zu beschreiben. Dies trifft umso mehr auf diesjährige Ausgabe zu. Die „polyzentrische“ Formel, welche das WSF im Jahr 2006 auf drei Kontinente verteilt hat, macht jeden Versuch einer Synthese nahezu unmöglich. Tatsächlich gab und gibt es große Unterschiede zwischen den Erfahrungen, die Anfang Januar während des afrikanischen Forums in Bamako (Mali) gemacht wur-

den, und jenen aus Lateinamerika oder Karachi (Pakistan), wo Ende März die Schlussveranstaltung des diesjährigen WSF stattfinden wird. Ein Bericht über das WSF, selbst wenn er sich auf eine Einschätzung des Ablegers in Caracas (Venezuela) von Ende Januar beschränkt, ist angesichts seiner mehr als 2000 Seminare und Arbeitstreffen, die von rund 2500 Organisationen gestaltet und von mehr als 80000 Delegierten aus der ganzen Welt besucht wurden, gezwungener-

maßen durch die persönliche Lesart des Berichterstatters gefärbt.

Diese Zahlen allein vermitteln indes bereits einen ersten Eindruck: Weit davon entfernt, am Ende seiner Mobilisierungsfähigkeit angelangt zu sein, wie dies die Mehrzahl der uninformierten westlichen Journalisten festzustellen glaubten, hat sich das WSF definitiv zum zentralen Ort der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung entwickelt. Das WSF bietet gleichzeitig einen Raum für die Suche

nach einer gemeinsamen politischen Identität, fungiert als gigantische Volksuniversität und ist ein wichtiges Forum für die Organisation konkreter Aktionen und Kampagnen. Es ist unmöglich, von solch einem Ereignis heimzukehren, ohne den Drang zu fühlen, die hier verströmte **enorme Energie** in die eigene tägliche politische Aktivität einfließen zu lassen.

### Widersprüche

Selbstverständlich wird auch das WSF nach sechs Jahren Existenz nicht von den Widersprüchen verschont, welche die Linke heute durchziehen, und so standen auch in Caracas eine Reihe von Fragen auf der Tagesordnung, welche für die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung von zentraler Bedeutung sind. Diese Fragen stellen sich heute umso drängender, als das vergangene Jahr sowohl durch **Erfolge** der globalisierungskritischen Bewegung (wie zum Beispiel der Schiffbruch des Freihandelsabkommens zwischen Nord- und Südamerika oder des Verfassungsvertrages der EU) wie auch durch **Niederlagen** (wie zum Beispiel der Abschluss der WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong) gekennzeichnet war. Soll das Forum vor diesem Hintergrund in erster Linie ein Ort des **Erfahrungsaustausches** bleiben, **oder** ein vollwertiger politischer **Akteur** werden, der in der Lage ist, sich auf internationaler oder regionaler Ebene in politische Auseinandersetzungen einzumischen und einen Massenwiderstand gegen Neoliberalismus und Imperialismus mit aufzubauen? Worauf stützen sich die gemeinsamen Mobilisierungen und Forderungen; ist das **Ziel** ein **regulierter Kapitalismus** oder die **Erneuerung einer grundlegenden antikapitalistischen Kritik**? Und schließlich, welches Verhältnis soll das WSF zum **politisch-institutionellen Rahmen** pflegen, ohne dessen Infrastruktur das Forum nicht stattfinden kann (was während der vorhergehenden Treffen in Porto Alegre durch die Allgegenwart der Arbeiterpartei des brasilianischen Präsidenten Lula ausreichend deutlich wurde)?

Die Foren von Bamako und Caracas haben jedes auf seine Art erste, aber unterschiedliche Antworten auf diese Fragen gegeben. In **Afrika** war es insbesondere eine Handvoll vor allem westlicher Intellektueller (François Houtard und Ignacio Ramonet unter anderen), welche die Initiative ergriffen, den **Aufruf von Bamako**, zu lancieren, eine Art "politisches Programm der Globalisierungskritiker", dessen Ziel ist, "Alternativen zu fördern,

die im Stande sind, soziale und politische Kräfte zu mobilisieren". Vorgestellt zum 50. Jahrestag von "Bandung", welche die Geburtsstunde der „Internationalen der Armen“ (Nasser) markierte, in der sich die Dritte Welt als politische Kraft auf der internationalen Szene konstituierte, ruft „Bamako“ dazu auf, eine gemeinsame Front der sozialen Bewegungen und der Länder des Südens gegen den Neoliberalismus und den Imperialismus zu bilden.

Im Gegensatz zu diesem Ansatz "von oben", war das Forum von **Caracas** durch eine starke Dynamik "**von unten**", gekennzeichnet. Tatsächlich funktionieren Sozialforen wie überdimensionale Resonanzkörper ihrer gesellschaftlichen Umwelt, und die globalisierungskritische Bewegung konnte in Venezuela nicht anders, als in **die Realität eines Kontinents, der sozial am Siedepunkt ist**, einzutauchen. So fiel der Eröffnungstag des Forums mit der stark mediatisierten Präsidentschaftsinvestitur des bolivianischen Gewerkschafters Evo Morales zusammen, einem Aktivisten der bis vor kurzem selbst Forumsteilnehmer war. Vor allem aber fand das WSF im Land der vom Präsidenten Chavez ausgerufenen "Bolivarischen Revolution", und des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts", statt. Und auch wenn die „Chavisten“ im Gegensatz zur antichavistischen Opposition, die nicht zögerte in einer verleumderischen Propagandakampagne schwere Geschütze gegen die Globalisierungskritiker aufzufahren, jede Vereinnahmung des WSF bewußt vermieden, haben die Dynamik und die Widersprüche des laufenden **revolutionären Prozesses** die Diskussionen im Forum stark **geprägt**.

So wurde in keinem der Foren zuvor so viel über "**Sozialismus**", diskutiert, wie in Venezuela. Ein "Sozialismus", der, wie Chavez in seiner Rede an die Teilnehmer des Forums erklärte, sowohl die Mißerfolge des vergangenen Jahrhunderts (das kubanische Experiment mit eingeschlossen) als auch die neuen Einflüsse, wie die indigenen Kämpfe in Lateinamerika, berücksichtigen müße. Ein "Sozialismus", dessen Ziel die **grundlegende Demokratisierung** der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse ist und dessen schwierige und widersprüchliche Umsetzung sich tagtäglich vor den Augen der WSF-Delegierten vollzog: In den Landreform- und Wohnungsbauprogrammen, in den "Missionen", welche den am stärksten Benachteiligten den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung verschaffen, im Aufbau von Produktionsgenossenschaften oder

der Besetzung von Fabriken durch deren Arbeiter. Aber auch in der Selbstorganisation jener Arbeiterklasse, die sich heute, nach der Befreiung "ihres Präsidenten", nach dem Staatsstreich von 2002, in einem Prozess befindet, in dem neue gewerkschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische **Experimente** aus dem Boden sprießen.

Die in Caracas anwesenden sozialen Bewegungen haben unter dem Einfluß dieser Dynamik ein Papier erarbeitet, das die Notwendigkeit betont, starke Massenbewegungen gegen den Imperialismus aufzubauen, aber auch betont, gegenüber den sogenannten progressiven Regierungen "politische und programmatische Eigenständigkeit" zu wahren und weiterhin soziale Mobilisierungen voran treiben, um "Druck auszuüben gegen jegliche Anpassung dieser Regierungen an das neoliberale Modell". Denn weit davon entfernt, einer romantischen Sichtweise des revolutionären Prozesses in Venezuela zu verfallen, stand im Forum auch die Analyse seiner Widersprüche auf der Tagesordnung. Es war denn auch kaum möglich, die **Risiken** zu übersehen, die in der starken paternalistischen Tendenz von Präsident Chavez liegen, der von einer ganzen Zahl Würdenträger der kubanischen kommunistischen Partei umgeben war. Oder der Vision einer kontinentalen wirtschaftlichen Integration die vorwiegend auf den Erdölreichtum von Venezuela gegründet ist, nicht kritisch gegenüber zu stehen. Wie es die venezolanische Soziologin Margarita Lopez-Maya, Mitglied des Organisationskomitees des Forums, analysierte, entpuppt sich der "Sozialismus, von dem Chavez spricht, teilweise als "erneuerter Staatskapitalismus".

Das **Bestehen auf Eigenständigkeit** ist aber vor allem angesichts der von der Regierung Lula in der WTO Ende 2005 vertretenen Handelspolitik dringend nötig geworden. Indem **Brasilien** ausschließlich die Interessen der Nahrungsmittelindustrie vertreten hat, ermöglichte es in Hong Kong ein Abkommen, das nicht nur für die Länder des Südens katastrophal ist. Die Lehre aus Caracas ist demnach die folgende: Keine Regierung, so "befreundet", sie auch sein möge, kann mit einer Freikarte als "Weggefährte", der sozialen Bewegungen rechnen. **Bestenfalls** kann sich wie in Venezuela und Bolivien ein Artikulationsprozess zwischen der fortschrittlichen Politik und der Selbstorganisation der Lohnabhängigen und Bürger entwickeln, die den **Aufbau einer wirklichen Gegenmacht** zum Ziel haben.

Weitere Berichte: <http://www.attac.de/wsf2006/index.php>

## Weltsozialforum: Nur Lippenbekenntnis? Nötig ist auch der Kampf um eine andere politische Macht

Die Durchführung des Weltsozialforums (WSF) in Venezuela ist eine neue und große Möglichkeit zum Lernen aus den wunderbaren positiven wie negativen Lektionen des Kampfes des Kontinents für "eine andere Welt, die möglich ist".

Das WSF verlässt die Phase des Widerstands zum Neoliberalismus und geht zur aktiven Teilnahme am Kampf für "eine andere Welt, die möglich ist" über, oder es wird zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Die Durchführung des WSF in Venezuela ist eine hervorragende Gelegenheit, um diesen Schritt zu tun. Wenn es unberührt davon bleiben wird und die gleiche Redensart wie vorher wieder aufnehmen wird, ohne die außerordentlichen Errungenschaften und Lektionen, die Lateinamerika und die Länder der Karibik bieten, gelernt zu haben, wird es dazu verdammt sein, seine jetzige Marginalität in Bezug auf die großen Kämpfe, die gegen die imperiale Hegemonie und den Neoliberalismus, gegen die Herrschaft des Geldes, der Waffen und der monopolistischen Massenmedien weltweit geführt werden, zu verewigen.

In diesen letzten Jahren gab es große Veränderungen im Kampf für den Post-Neoliberalismus.

Einerseits haben wir **einige Fehlschläge** beobachtet, die verschiedene Ursachen hatten. Die Regierungen von Lula und von Tabaré Vázquez haben nicht mit dem Neoliberalismus gebrochen und haben diejenigen enttäuscht die ihre Hoffnung auf die Überwindung des Neoliberalismus gesetzt hatten über den Weg des Wahlkampfes der traditionellen Linken.

Auf der anderen Seite, haben auch die sozialen Bewegungen versagt, mit der Absicht sich auf der Ebene des sozialen Kampfes zu bewegen, den **politischen Kampf** damit zu ersetzen oder gänzlich darauf **zu verzichten**.

Die indigenen Bewegungen **Ekuadors**, die eine hervorragende Mobilisierungsfähigkeit bewiesen haben, verursachten die Absetzung von drei Präsidenten, hatten die Möglichkeit eine Alternative zum Neoliberalismus zu entwerfen, delegierten die Leitung aber an einen der Bewegung fremden politischen Führer, fühlten sich verraten, zerspaltenen sich und erlitten einen herben Rückschlag.

Die **Zapatistas**, ihrerseits, versuchten praktisch die Linie umzusetzen "die Welt zu verändern ohne die Macht zu ergreifen" und etablierten lokale Regierungen, die eine starke Legitimierung in der Region hatten, aber bei der ersten großen militärischen Offensive mussten sie diese Strukturen abbauen und sich mehr dem Aufbauprojekt der Massenbewegungen im Kampf um die Veränderung Mexikos widmen, nachdem es ihnen bewusst wurde, dass es keine Emanzipation der Chiapas geben kann ohne die Emanzipation der gesamten mexikanischen Bevölkerung.

Diese Rückschläge stehen im Zusammenhang zur Konzeption der Nichtregierungsorganisationen, die versuchen, die Aktion auf die Ebene zu begrenzen, die "Zivilgesellschaft" genannt wird, ohne an dem Kampf um eine andere **politische Macht** teilzunehmen, der aber **unabdingbar ist, wenn wirklich effektiv eine andere mögliche Welt aufgebaut werden soll und man nicht nur auf dem Niveau der Lippenbekenntnisse** über den Widerstand bleiben will.

Es hat aber **große und bemerkenswerte Fortschritte** im Kampf der Lateinamerikaner und Karibikbewohner gegeben, von denen das WSF lernen kann. Gerade in **Venezuela** werden die Teilnehmer des WSF ein politischer Prozess vorfinden, in dem es tatsächlich eine **Priorität des Sozialen** gibt, in dem der freie Umlauf des **Finanzkapitals** begrenzt wird, in dem man sich gegen die **imperiale kriegstreiberische Hegemonie** stellt, in dem die **lateinamerikanische Integration** gefördert wird, sowohl auf der politischen und allgemein ökonomischen Ebene, wie bei entscheidenden Aspekten wie die Energieversorgung und die **Demokratisierung der Informationsmedien**.

Dort wird man lernen können, dass auf der **Ebene des Staates** und der Regierungen die **Rechte der Allgemeinheit** zugänglich gemacht werden: eine der Schlüsselfragen des neoliberalen Kampfes. Die ist die Ebene, auf der der Kapitalumlauf geregelt werden kann, ebenso wie Formen des Sozialbesitzes unterstützt werden können. Schließlich wird die Schaffung einer anderen möglichen Welt über die Demokratisierung der Macht erreicht, oder sie wird nie zustande kommen.

Andererseits, der sehr schöne Wahlsieg von Evo Morales und der MAS in **Bolivien** geht

in die gleiche Richtung. Die demokratische Revolution in diesem Lande beginnt notwendigerweise mit der Verstaatlichung der Kohlenwasserstoffe und mit der Einbeufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, um eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft aufzubauen, als fundamentaler Schritt zur Demokratisierung der Machtbeziehungen und der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen des Landes.

Die **Achse** die sich abzuzeichnen beginnt zwischen Venezuela, Bolivien und Cuba, zeigt auch in die Richtung, dass der Anti-Neoliberalismus Elemente des Anti-Kapitalismus miteinbeziehen muss, wenn er eine andere mögliche Welt effektiv aufbauen will. **Cuba** ist eine obligatorische anti-kapitalistische Referenz, das Land das am Weitesten gegangen ist in der Priorisierung der sozialen Aspekte: es hat den Analphabetismus schon vor vier Jahrzehnten überwunden und hat Venezuela entschieden auf diesem Weg unterstützt, es hat weltweit die beste Sozialmedizin, es führt die weltweit breiteste angelegte und großzügigste Politik der internationalen Solidarität durch.

Wenn das WSF aus diesen Erfahrungen lernt, wird es **aus der Phase des Widerstands zur Phase der konkreten Teilnahme am Aufbau einer anderen möglichen Welt** übergehen. Falls es sich noch im Unklaren darüber ist, läuft es Gefahr mit der putschbereiten venezolanischen Opposition verwechselt zu werden – die den Begriff der "Zivilgesellschaft" für sich in Anspruch genommen hat – diese Monopolmacht der Medien, putschbereit, Privatisierer des Erdöls und Stützpunkt der Kriegspolitik der USA. Das WSF darf diese historische Chance nicht verpassen, ansonsten wird es zu "Lippenbekenntnis" Veranstaltungen reduziert sein ohne es zu schaffen, sich zu einem konkreten Akteur des postneoliberalen Kampfes zu entwickeln, in dem Moment, in dem Lateinamerika und die Karibik dessen wichtigster Schauplatz sind.

*[http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=bal\\_sa\\_der\\_fsm2006](http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=bal_sa_der_fsm2006)  
übersetzt von Helga HEIDRICH*

**\* Professor an der staatlichen Universität von Rio de Janeiro.**

Übersicht über die Weltsozialforen: <http://www.forumsocialmundial.org.br/>

## Das Weltsozialforum als Raum!?

### Die „strategischen Allianzen“ von Bewegungen und progressiven Regierungen könnten sich als Bumerang herausstellen

Das Weltsozialforum findet in diesem Jahr polyzentrisch in drei Städten statt: Um den 20. Januar in Bamako in Mali, eine Woche später in Caracas in Venezuela und Ende März im pakistanischen Karachi. Am WSF in Caracas nahmen etwa 80.000 Menschen teil. 19.000 davon als Delegierte von etwa 2.500 Organisationen, dazu kamen über weitere 50.000 TeilnehmerInnen, fast 5.000 JournalistInnen und 3.000 HelferInnen. Das sechste Weltsozialforum zeigte wie schon die Treffen in Porto Alegre und Mumbai: Der Ort, insbesondere Venezuela und Caracas, prägen das jeweilige WSF. Der folgende Text handelt lediglich vom WSF in der lateinamerikanischen Metropole.

Hier wurden die meisten ausländischen TeilnehmerInnen mit einer spannenden Realität konfrontiert. Sich von den widersprüchlichen Prozessen der „bolivarianischen Revolution“ (in Anlehnung an Simon Bolívar, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeitskriege gegen Spanien anführte und für eine Einheit des Kontinents war) ein Bild machen zu können, war für die Unvoreingenommenen ein Gewinn. Das WSF in Caracas sollte den ins Stocken geratenen „bolivarianischen Prozess“, der offiziell im Februar 1999 mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez Frías begann, stützen und den Isolierungsbemühungen – oder den von manchen vermuteten offenen Invasionsplänen – durch die USA etwas entgegenzusetzen. Soweit das legitime und anerkannte Interesse linker Kräfte in Venezuela und in Lateinamerika.

Durch einen drei Tage vor dem WSF stattfindenden Workshop „Gegen und jenseits des Neoliberalismus“, bei dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Sozialwissenschaftliche Rat Lateinamerikas (CLACSO) vierzig Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Bereichen zusammenbrachte, gab es einen guten thematischen Einstieg zu den komplexen Entwicklungen in Venezuela und in anderen Ländern. Faszinierend war bereits hier zu sehen, dass die Reflexion emanzipativer Bewegungen sehr viel fortgeschrittener ist als in Deutschland; was auch mit der Sache selbst zu tun hat.

#### Venezuela als Ort des Forums

Viele der populären Bewegungen sind anti-staatlich und pro-chavistisch. Die Veränderungen für die verarmte Bevölkerungshälfte in diesem reichen und vormals von einer zynischen Ober- und Mittelschicht regierten

Land sind beträchtlich. Insbesondere in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung, Ernährung und Gesundheit spüren viele Menschen konkret die „bolivarianische Revolution“. Es kommt in Venezuela zu Verstaatlichungen insbesondere im Lebensmittelsektor, Landtitel werden an KleinbäuerInnen vergeben. Ein spannender Aspekt wurde auf dem Workshop genannt: Dass nämlich bis vor wenigen Jahren viele Armenviertel mit Hunderttausenden von BewohnerInnen auf den Stadtplänen von Caracas als Grünflächen verzeichnet waren. Katastrophale Lebensverhältnisse überhaupt sichtbar zu machen, um sie zu verändern, war also eine erste Aufgaben der neuen Regierung.

Die Probleme und Widersprüche sind offensichtlich. Etwa das Verhältnis einer beanspruchten „partizipatorischen“ Demokratie, welche die Menschen und ihre Selbstbestimmung ins Zentrum stellt und einem vertikalen, angesichts der aktuellen Situation noch nicht einmal repräsentativen politischen System. Prozesse der Selbstorganisation laufen eher punktuell denn dauerhaft. Neben dem korrupten Staatsapparat werden Parallelstrukturen aufgebaut, die selbst nicht frei sind von neuen Formen von Korruption. Vieles bleibt in staatlich-fürsorglichen Ansätzen stecken.

Spätestens seit dem Scheitern des von der rechten Opposition initiierten Referendums vom August 2004, durch das Chávez abgesetzt werden sollte, befinden sich viele unabhängige Kräfte in einem Dilemma. Sie wollen auf keinen Fall die konservative Opposition unterstützen, die beim gescheiterten Staatsstreich gegen Chávez im Jahr 2002 gezeigt hat, zu was sie in der Lage ist. Die Kräfte, denen die Entwicklungen zu staats- und Chávez-zentriert, von „oben“ angegangen bis militaristisch sind, sehen neben den materiellen Verbesserungen für viele verarmte Bevölkerungsteile jedoch die starke soziale Kontrolle bzw. spüren sie am eigenen Leib. Auch das Projekt der lateinamerikanischen Integration („Bolivarianische Alternative für die Amerikas“, ALBA, oder einprägsamer „Die Achse des Guten“ wie Chávez sein Projekt nennt) wird neben begrüßenswerten Dimensionen durchaus kritisch betrachtet, da es keine grundlegenden Alternativen zum bestehenden Wachstums- und Energieverbrauchsmodell darstellt. ALBA gewinnt etwa mit dem jüngst verkündeten Bau einer kontinentalen Gaspipeline Konturen. Dass das Modell der „anti-imperialistischen“ bolivarianischen Revolu-

tion Venezuelas auf Erdölexporten u.a. in die USA basiert, wurde kaum thematisiert. Eine Kritik an dieser Perspektive wurde bei der Auftaktdemo deutlich: „Eine Revolution wird nicht aus den Steuern von transnationalen Konzernen finanziert!“ Die Ablehnung der von der Regierung tolerierten Praxis, von transnationalen Bergbaukonzernen, Bodenschätze in indigenen Territorien abzubauen zu lassen, war am Rande immer wieder zu hören. Das sollte keinen Anlass zum Naserümpfen geben, sondern bringt einen auf den Boden widersprüchlicher linker Politik in Lateinamerika zurück. Die zentrale Frage ist, ob und wie diese Widersprüche produktiv bearbeitet werden – Spielräume schaffend, Kräfteverhältnisse zugunsten der Subalternen verschiebend, Selbstorganisation zulassend, einen effektiven Staat konstruierend, ohne ihn zum Zentrum des Politischen zu machen, den starken Staat aus bestimmten Bereichen zurücknehmend.

De facto ist, so die Soziologin Margarita López-Maya von der Universität in Caracas und Mitorganisatorin des Forums, der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Venezuela ein renovierter Staatskapitalismus. Die Verfassung Venezuelas von 1999 ähnelt in vielen Bereichen jener von 1961, einer Verfassung aus den Hochzeiten von Entwicklungsstaat und Importsubstitution. Das ist natürlich wichtig, denn die Erfahrungen mit Privatisierungen in Lateinamerika sind größtenteils desaströs. Aber damit sind auch Grenzen bestimmt.

Es ist sicherlich übertrieben zu behaupten, dass die Regierung Venezuelas das Forum zu instrumentalisieren versuchte (obwohl diese Gefahr im Vorfeld allenthalben gesehen wurde). Aber eine klare Trennung wurde auch nicht aufrechterhalten – und zwar von beiden Seiten. Das fing an bei den Computern im Pressezentrum, deren Startseite nicht das WSF, sondern eine Regierungsadresse darstellte und ging bis zu einer immensen P.R.-Messe unterschiedlicher Ministerien neben dem zentralen Veranstaltungsort zu den Erfolgen der Regierung Venezuelas. Und es endete mit der Schlussveranstaltung (siehe unten). Ein „breites, partizipatives und demokratisches Forum“, so der Anspruch, war dieses nicht. Eine bislang unbeantwortete Frage ist, warum so wenig Menschen aus Venezuela an dem Forum teilnahmen und weshalb unabhängige linke Kräfte offenbar kaum an der Programmgestaltung beteiligt waren.

Schließlich: Die Spanisch verstehenden ausländischen TeilnehmerInnen bekamen auch ein Bild von dem politisch gespaltenen Land in Gestalt einer denunziatorischen Berichterstattung in den oppositionellen Medien: Die Regierung Venezuelas würde die Reise der „Ideologietouristen“ bezahlen, im Jugendcamp würden sich wohlhabende Erste-Welt-Jugendliche für einen US-Dollar eine Woche lang ein schönes Leben machen.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das WSF benötigt die Unterstützung der jeweiligen lokalen Regierungen am Veranstaltungsort – und besser noch der nationalen. In Porto Alegre und im dortigen Bundesstaat Rio Grande do Sul stellte während der ersten drei WSF die brasilianische Arbeiterpartei (PT) die Regierung. Als dies 2005 nicht mehr der Fall war, waren die finanziellen und organisatorischen Probleme enorm. Insofern ist die Beteiligung der venezuelanischen Regierung nicht per se problematisch und die neun Millionen Dollar finanzielle Unterstützung willkommen (zum Vergleich: Die Regierung Malis unterstützte das WSF in Bamako mit etwa 20.000 Euro). Trotzdem drohte das Forum an vielen Stellen, z.B. in der Außenwahrnehmung wie auch in wichtigen politischen Orientierungen vereinnahmt zu werden. Im Gegensatz zu früheren WSF waren dieses Jahr Regierungsmitglieder nicht in formal ausgelagerten special events vertreten, sondern direkt auf den Veranstaltungen des Forums, was den in der Charta des WSF formulierten Prinzipien widerspricht. Ein „alternatives Forum“, auf dem vor allem Filme gezeigt und einige wenige Veranstaltungen organisiert wurden, blieb völlig unbeachtet.

### Produktive Dynamiken

Das Weltsozialforum in Caracas war in vielerlei Hinsicht, wie auch seine Vorgänger, Ausdruck sich verdichtender „glokaler“ sozialer Bewegungen. In den zahlreichen Workshops und Strategietreffen wurde deutlich, dass in den letzten Jahren Vertrauen und Erfahrungswissen entstanden sind. Das Forum sichert, auch über die thematischen und kontinentalen, landesweite und lokalen Veranstaltungen, einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch, politische Debatten und die Koordination von Kämpfen. Es entsteht ein Wissen um die jüngsten Entwicklungen wie den „Krieg gegen den Terror“, die allgemeinen und spezifischen Dynamiken neoliberaler Globalisierung oder die unglaublich schnelle Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut in Lateinamerika (allen voran Brasilien und Argentinien). Die in Porto Alegre noch spürbare gute Stimmung wurde allerdings durch die dezentralen Örtlichkeiten (ohne eigene Transportverbindungen) und eine

starke Präsenz des Militärs eingeschränkt. Das Forum war an manchen Veranstaltungsorten – insbesondere ein Militärflughafen mit Zelten für Zehntausende von TeilnehmerInnen – zudem deutlich überdimensioniert.

Der enorme kollektive Lernprozess, insbesondere in Lateinamerika, ist für TeilnehmerInnen spürbar, wenngleich von außen wenig offensichtlich: Praxen von Dialog und Anerkennung, die nicht-vertikale Form der Organisation, die Ablehnung der Kontrolle durch bestimmte Strömungen stellen eine neue Politikform dar. Die Dynamik der lateinamerikanischen Bewegungen wird in den verschiedensten Formen konkret. Auf dem WSF werden die vielfältigen anti-neoliberalen und anti-imperialen Widerstände und Alternativen nicht nur repräsentiert, sondern sie verbinden sich miteinander. Der Austausch blieb häufig jedoch sprachlich „eingehgt“, d.h. in Caracas weitgehend auf Spanisch und Portugiesisch beschränkt.

Das bedeutet nicht, dass es keine Hierarchien gäbe. Die gibt es zuhauf und sie sind vielfach informell und undurchsichtig. Daher wird die Demokratisierung des WSF eine Aufgabe der kommenden Jahre sein. Nähmen diese Entwicklungen überhand, dann würden bestimmte Strömungen nicht mehr teilnehmen. Ob das von den dominanten Kräften in Kauf genommen wird bzw. sich bestimmte Positionen als dominante gegen die Zustimmung relevanter anderer durchzusetzen vermögen, das ist eine der wichtigsten Fragen des WSF.

Das Forum war, wie bereits im vergangenen Jahr, entlang verschiedener thematischer Achsen organisiert: Die Frage von Macht, Politik und Emanzipation; imperiale Strategien und Widerstand; Ressourcenkonflikte und Alternativen dazu; Diversität und Identität; Arbeit, Ausbeutung und Reproduktion des Lebens sowie Kommunikation, Kultur und Bildung. Seit 2002 gibt es die „transversalen Achsen“ Gender und Diversität, die sich aber nicht wirklich in den Veranstaltungen finden. Zentrale Themen, soweit sich diese jenseits subjektiver Eindrücke aus den fast 2.000 Veranstaltungen und unüberschaubar vielen kulturellen Events herausdestillieren lassen, waren der Krieg im Irak und die Militarisierung in Lateinamerika, Freihandel, Privatisierungen vor allem von Wasser sowie Kämpfe um Land. Auf das immer wieder diskutierte Verhältnis von Staat, Parteien und Bewegungen gehe ich noch ein. Großes Aufsehen erregte die Teilnahme der US-Soldatenuutter Cindy Sheehan, die eine sofortige Beendigung des Krieges im Irak fordert. Einen höheren Stellenwert als bei den WSF in Porto Alegre nahmen die Kämpfe indigener Völker ein, die im Weltsozialforum (das gleichzeitig

das zweite amerikanische war) einen wichtigen Raum des Austauschs gefunden haben. Übergeordnetes Feindbild war die derzeitige Regierung der USA.

Ein auf früheren WSF wenig verwendeter Begriff hatte in diesem Jahr große Bedeutung: Sozialismus. Der Begriff, oft als Worthilfe verwendet, aber teilweise auch jüngste Erfahrungen aufnehmend, scheint wieder attraktiv zu werden. Aus europäischer Sicht war interessant, dass eigene Workshops eher von parteinahen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen organisiert wurden. Mitglieder von Attac waren zwar als TeilnehmerInnen in Caracas vertreten, kaum aber als Veranstalter im Programm. Vielleicht hat das neben den stark an Lateinamerika ausgerichteten Inhalten damit zu tun, dass die allgemeinen Bildungsaspekte – ein Grundanliegen von Attac – eine abnehmende Rolle spielen im Vergleich zu den spezifischeren Themen.

An der Methodologie wird weiterhin gearbeitet: In vielen Arbeitsgruppen wurde das Schema Vortrag-Diskussion nicht durchbrochen. Die kleinen konzentrierten Workshops zu verschiedensten Themen sind jedoch weiterhin das Interessanteste. Der konkrete Erfahrungsaustausch zu spezifischen Fragen und Strategien gelingt meinem Eindruck nach ganz gut. Ambivalent bleibt die Rolle der Promis. Häufig müssen sie ohnehin vor Abschluss der Veranstaltung zur nächsten eilen. Wenig produktiv bleiben wie bei den vorherigen Treffen die großen Podien. Das blieb meist formelartig und langweilig. Die gute Idee, in Abendveranstaltungen mit bekannten und informierten Leuten den vielen Themen des WSF einen konzeptiellen Rahmen zu geben, wurde nicht umgesetzt. Selten tauchen neue Gedanken auf, Kontroversen werden systematisch vermieden. Vieles blieb völlig widersprüchlich nebeneinander stehen. Und gerade in Caracas wurde deutlich, wie wichtig gute Kontroversen wären. Die Stars der globalisierungskritischen Szene wiederholen ihre Messages. Man hat den Eindruck, dass einige Veranstaltungen auf dem 6. WSF eher routiniert und häufig wenig geplant „durchgezogen“ wurden.

### Konturen des Post-Neoliberalismus (in Lateinamerika)

Immer sichtbarer werden die Erfolge der vielfältigen anti-neoliberalen Kämpfe. Eine „post-neoliberale Agenda“ wird nicht nur postuliert, sondern sie findet in den verschiedenen Kämpfen ganz konkret statt. Ein Dilemma emanzipativer Bewegungen liegt in vielen Ländern auf der Hand: Die fehlende Vermittlung von Bewegungen in das politisch-institutionelle System, also auch zu Parteien. Staatliche Politiken zu verändern, so ein weitgehender Konsens, ist

wichtig. Und die nicht-neoliberalen und tendenziell linken Regierungen in Venezuela, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien und bald Chile sowie eventuell noch in diesem Jahr in Peru und Mexiko sind – bei allen Differenzen und Enttäuschungen insbesondere in Brasilien und Uruguay – Ausdruck des Scheiterns neoliberaler Politik wie auch der Politisierung dieses Scheiterns und des Insistierens auf Alternativen. Die Politisierung neoliberaler Politik führt dazu, dass transnationale Unternehmen in manchen Bereichen wie etwa der privaten Ölförderung oder Elektrizitäts- und Wasserversorgung unter Druck geraten. Was darauf jedoch politisch-strategisch folgt, ist offen. Der einflussreiche brasilianische Intellektuelle Emir Sader gab den Ton an: Alternativen würden heute sichtbar von den progressiven Regierungen formuliert und nicht vom WSF. Immer wieder fiel der Begriff einer „Folklorisierung des WSF“, d.h. der Entwicklung zum einflusslosen Happening.

Auf einem Weltsozialforum als Treffen sozialer Bewegungen und Organisationen wird nicht einer naiven Staatsillusion auf den Leim gegangen. Der wichtigste politische Eindruck ist vielmehr, dass sich die – meines Erachtens notwendige – Spannung zwischen Bewegungen und progressiven Regierungen abzubauen scheint. Was ich im vergangenen Jahr als irritierenden Eindruck geschildert habe, wurde dieses Jahr zumindest in Lateinamerika deutlich. Es bildet sich eine Art „anti-neoliberales Projekt“ heraus, das sich an den progressiven Regierungen orientiert. Nationale Souveränität, Emphase gegenüber der Patria (Heimatland) und Anti-Imperialismus sind die – nationalen – Orientierungen, in denen sich viele Aktive wiederfinden. „Für Würde und Souveränität. Patria oder Tod“ – so lautet ein Motto von Hugo Chávez, hinter dem sich viele offenbar wieder finden. Ergänzt wird dies um das oben erwähnte Projekt einer lateinamerikanischen Integration. Es wird teilweise bereits von einem „südamerikanischen Konsens“ gegen den berücht-berühmten neoliberalen „Washington Konsens“ gesprochen. Teil der politisch-strategischen Veränderungen ist auch die Bedeutung, die Kuba in diesem Prozess gegeben wird. Von dort werden Ärzte in andere Länder geschickt und ein Journalist hob hervor, dass sich das Land aufgrund des Embargos zum gefragten „low-tech-Meister“ etwa in bildungs- und gesundheitspolitischen Fragen entwickelt hat. Theoretischer Ausdruck der aktuellen Entwicklungen ist die wieder stärker rezipierte und in Diskussionen angewendete, teilweise reformulierte Dependenztheorie.

Das Problem liegt darin, dass in der am Staat orientierten „post-neoliberalen Agenda“, die wichtig genug ist, andere Erfahrungen ausgeblendet werden. So waren etwa

die Anregungen der mexikanischen Zapatistas hinsichtlich eines anderen Politikverständnisses kaum präsent. In einem einzigen Workshop wurde das Verhältnis der Erfahrungen in Chiapas bzw. Mexiko und Venezuela diskutiert. Und dabei ging es sofort richtig zur Sache. Auf der einen Seite stellten John Holloway und Raul Ornelas aus Mexiko die vorsichtigen, suchenden, mit Rückschlägen behafteten Entwicklungen in Mexiko dar. Von Anfang an ging es um die Veränderung von konkreten Lebensverhältnissen, eine Politik gegenüber dem Staat ist gescheitert. Die im Januar gestartete „andere Kampagne“, in deren Rahmen der Subcommandante Marcos als „Delegierter Nr. Null“ sich in ganz Mexiko mit sozialen Bewegungen trifft, stellt einen Kontrapunkt zum Wahlkampf in Mexiko dar wie auch zur Euphorie bezüglich der linken Regierungen in Lateinamerika. Die staatliche Logik, so die Erfahrung der Zapatistas, bleibt unterwerfend und ausschließend. Die Spielregeln der Gesellschaft selbst müssen geändert werden. Das werde mit den Juntas del Buen Gobierno (etwa: Leitungsstab guter Regierung) versucht, in denen jeder für eine Zeitlang gehorchend regieren soll. Regieren kann nicht das Geschäft von spezialisierten PolitikerInnen sein. Ist Venezuela, so Holloway, eine spezifische Hoffnung und Perspektive gesellschaftlicher Veränderung, die andere Hoffnungen und Perspektiven abwertet? Staat und Regierung müssten, das zeigen etwa die Entwicklungen in Chiapas, unterschieden werden.

Auf der anderen Seite argumentierte der ehemalige stellvertretende Planungsminister Roland Denis, dass es im Fall Venezuela zuerst um die drängenden Bedürfnisse der Armen geht und dafür sowohl der Staat, das Militär wie auch gegebenenfalls vertikale Organisationsprozesse wichtig sind. Element des WSF war auch bei dieser Diskussion, dass es in einer hitzigen Debatte weniger um „Wahrheit“ geht, sondern um die Verständigung sehr unterschiedlicher Sichtweisen.

Deutlich wurde die Stärkung einer staatsorientierten politisch-strategischen Perspektive insbesondere bei der Schlussveranstaltung. Das „Treffen der Versammlungen der sozialen Bewegungen“ fand zwischen achtzig Eingeladenen und Präsident Chávez in einem Militärzentrum statt und wurde live vom neuen Sender Televisión del Sur, kurz: Telesur übertragen.<sup>1</sup> In Kurzbeiträgen von VertreterInnen sozialer Bewegungen wurden Bitten an den „lieben Herrn Präsidenten“ formuliert. So soll dieser etwa die anstehenden WTO-Verhandlungen blockieren, um die Ergebnisse der Ministerkonferenz von Hongkong festzuzurren (vorgetragen von Walden Bello). Anschließend sprach zwei Stunden lang Chávez „als einer von euch“, aber eben doch als Präsident. Er

begründete die Notwendigkeit einer am Wohle des Volkes orientierten Armee und die von ihm sehr intensiv betriebene Süd-Süd-Kooperation. Kritisch zu betrachten sind jedoch weniger die Inhalte als vielmehr die Symbolik. Der aus Sicht vieler derzeit progressivste Präsident der Welt doziert vor den globalen sozialen Bewegungen und umarmt sie. Sein expliziter Vorschlag lautet, dass die Bewegungen eine „strategische Allianz“ mit den progressiven Regierungen eingehen sollten.

Das WSF selbst verabschiedete eine Resolution, in der unter anderem dazu aufgerufen wird, für die Beendigung des Krieges im Irak und gegen die zunehmende Militarisierung an vielen Orten dieser Welt am 18. März zu mobilisieren. Auch die Umsetzung der WTO-Beschlüsse von Hongkong sollen verhindert werden – dazu sind Regierungen nötig und es wird interessant sein, wie die Regierung von Venezuela in den kommenden Wochen agieren wird.

### Wie weiter?

Dieser Schlussakt wird hoffentlich für heftige Diskussionen sorgen. Das WSF ist kein „Machtfaktor“, wie sich einige der Macher das vorstellen. Sie schlagen vor, das Forum zu einem Akteur zu machen, der auf die drängenden Fragen Antworten findet. Samir Amin und Bernard Cassen vertreten diese Position. Worin die Antwort besteht, ahnt man: in stärkerer Kooperation mit progressiven Regierungen. Bereits am vierten Tag des Forums wurde der Präsident Venezuelas von sozialen Bewegungen eingeladen – Tausende kamen und auf dem Podium saßen neben Chávez vierzehn Promis. Europa war durch Bernard Cassen und Ignacio Ramonet vertreten. Aber außer dem brasilianischen Befreiungstheologen Leonardo Boff sprach niemand im Namen des WSF; den Großteil der Zeit beanspruchte der venezuelanische Präsident. Die Ikonen des WSF als Dekoration für die Ikone progressiver Regierungen? Die Symbolik ging hier bereits gründlich schief.

Deshalb könnte sich das „chavistische Weltsozialforum“ in Caracas als Bumerang herausstellen. WSF-Mitbegründer Cándido Grzybowski von der brasilianischen NGO IBASE pocht auf Differenz zu den Regierungen. Gleichzeitig scheint es ein Wissen darüber zu geben, dass ohne Offenheit und Streit, aber auch Konsens und produktive Ideen das WSF schnell entschieden geschwächt werden könnte.

Das Forum ist von großer Bedeutung für viele Bewegungen und hat sich als Kontrapunkt der Bewegungen zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos etabliert. Es durch Staatsnähe stärken zu wollen, wird es schwächen, denn zu viele Kräfte finden sich

nicht dabei wieder. Spannend bleibt, dass – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – viele diese Umarmung gar nicht mit sich machen lassen. Die internationale Repräsentation des Forums entspricht so gar nicht der Vielfalt. Die meisten Anwesenden kommen aus Praxiszusammenhängen, die je spezifisch mit staatlichen Akteuren umgehen müssen. Da mögen sich in Bolivien oder Venezuela Spielräume öffnen, in Kolumbien aber nicht und die Erfahrungen in Brasilien, Argentinien und Uruguay sind, gelinde gesagt, ambivalent. Es bleibt trotz der mislungenen Staatsnähe dennoch viel Raum der Verdichtung und Reflexion von Erfahrung, der Strategiebildung, der Rückwirkung in vielfältige Kontexte. Dass dabei Bewegungen in Richtung Staat kanalisiert und tendenziell kontrolliert werden, kann nicht das Anliegen des WSF sein und würde auch gar nicht gelingen. Das spezifische Verhältnis von Staat, Parteien und Bewegungen wird auf hohem Niveau und erfahrungsbasiert reflektiert. Und das sollte so bleiben. Dennoch strahlt die dominant werdende Orientierung am Staat und die damit verbundene Abwertung jener Kämpfe um die Veränderung anderer gesellschaftlicher Verhältnisse aus.

Entsprechend gibt es unter den Machern des WSF, versammelt im sogenannten Internationalen Rat (in dem etwa 160 Organisationen vertreten sind), heftige Auseinandersetzungen um die zukünftige Entwicklung. Die einen wollen es als politischen Akteur mit klaren Positionen etablieren, es soll sich einmischen und Orientierung stiften. Das ist bei Positionen wie gegen Krieg und Militarisierung, gegen die WTO oder gegen Privatisierung auch nicht umstritten. Andere sehen jedoch eine Gefahr darin, dass ein Forum, das sich zu vielen Sachverhalten äußert, das Konsensprinzip verlassen würde und damit auf mittlere Sicht seine Attraktivität verlieren könnte. Warum sollte sich die starke indigene Bewegung Boliviens vom Chefredakteur der *Le Monde Diplomatique* ihre Orientierungen vorgeben lassen? Weshalb soll es nur um die „großen Strategien“ gehen, die dann von progressiven Regierungen verfolgt werden sollen? Was bringt, allgemeiner gefragt, die einseitige Ausrichtung an Realpolitik und Pragmatismus? Ist wirklich bei allen Fragen die USA der

Hauptgegner? Wo bleiben grundlegende Kritik und die Option auf Alternativen, bei denen nicht immer schon der Staat mit im Boot ist? Oder der Empfehlung von Chávez für das WSF folgen, sich stärker einzumischen angesichts der Alternative „Sozialismus oder Tod“?

Damit stellt sich unter anderem die Frage nach der Repräsentation des Forums. Im vergangenen Jahr gab es für eine Schlusserklärung über 350 inhaltliche Vorschläge. Dies veranlasste 19 Intellektuelle, ein „Manifest von Porto Alegre“ mit einigen wenigen Punkten zu verfassen. Dieses Manifest war dann in der Öffentlichkeit das „Ergebnis“ des WSF 2005. Dieses Jahr wurde die Schlusserklärung des gesamten Forums von der „Versammlung der sozialen Bewegungen“ auf wenige Punkte konzentriert.

Den Titel dieses Beitrages habe ich deswegen mit einem Frage- und Ausrufezeichen versehen, weil darauf insistiert werden sollte, dass das WSF und die vielen anderen Sozialforen keine einfachen Events sind. Es handelt sich um komplexe Räume des Austauschs. Das Weltsozialforum benötigt, wie auch die Pendanten auf kontinentaler, landesweiter und lokaler Ebene, die ständige Vergewisserung in einem offenen Prozess. Es geht darum, was damit angestrebt wird, welche Formen angemessen sind, wie ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit ohne Zentralisierung hergestellt wird, inwiefern politische Effektivität ohne Verlust an Autonomie der das Forum tragenden Bewegungen und Organisationen erreicht wird. Ungelöst, so Edgardo Lander vom Vorbereitungskomitee in Caracas, bleibt auch die Frage, wie gerade jene marginalisierten und sich wehrenden Sektoren am WSF teilnehmen können, die als letzte über die materiellen Ressourcen für eine Teilnahme verfügen. Was ansteht, so die Forderung vieler angesichts einer starken Hierarchisierung, ist die Demokratisierung des Forums.

Das Weltsozialforum 2007 findet Ende Januar wieder an einem einzigen Ort, nämlich in Nairobi statt. Ob es dann dauerhaft nach Porto Alegre kommt, weiter wandern wird, zweijährlich stattfindet und/oder abwechselnd polyzentrisch und zentralisiert, das wird derzeit diskutiert. Eine Erfahrung

ist, dass das direkt vor Caracas in Bamako stattfindende WSF so gut wie keine Rolle gespielt hat. Für mich irritierende Äußerungen wie jene von Atilio Boron, Direktor von CLACSO, dass „der entscheidende Kampf gegen den Neoliberalismus“ in Lateinamerika geführt werden wird, deuten auf die Option Porto Alegre hin.

In Nairobi wird der Hype um das Verhältnis zu progressiven Regierungen abklingen. Allerdings sollte die Wirkungsmacht dieser für einige alternativlosen „Option“, eben das „strategische Bündnis“ mit eben solchen Regierungen, für die globalisierungskritischen Bewegungen nicht unterschätzt werden. Wenn eine Aufgabe der Sozialforen darin liegt, politische Debatten voranzutreiben, dann könnte man das Treffen in Caracas positiv deuten als eines, das jede Menge Stoff für diese Diskussionen liefert, die jedoch nun weiter entwickelt müssen.

Die Frage bleibt: Wie werden grundlegende und emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen unter Bedingungen der herrschaftsförmigen Internationalisierung von Politik, Ökonomie und Kultur erreicht? Das WSF hat sich zu einem Raum entwickelt, um über diese Frage zu reflektieren und sie anzugehen. Es motiviert ungemein, von all den Kämpfen in der Welt unter den unterschiedlichsten Bedingungen zu erfahren. Es bilden sich konkrete Zusammenhänge heraus. Dafür ist das WSF, die dort stattfindende Verdichtung wie auch seine Rückwirkung auf so viele Bereiche, unverzichtbar.

#### *Anmerkungen*

Telesur ist seit Juni 2005 eine Art, von den Regierungen Venezuelas (die 70 Prozent der Kosten trägt), Argentiniens, Brasiliens, Uruguays und Kubas promoviertes Gegenprojekt zu CNN. Interessanterweise wurde Telesur auch deshalb so schnell bekannt, da es von Beginn an scharf von der US-Regierung kritisiert wurde. Ende 2006 will der Sender zehn Millionen ZuschauerInnen haben. Zudem gewinnen eine lateinamerikanische Presseagentur (ALAI) und Community-Radios an Bedeutung.

[http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_brand\\_wsf2006.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_brand_wsf2006.html)

Evo Morales

## Kampf um die zweite Unabhängigkeit

Auszüge der Rede des neugewählten Präsidenten Boliviens vor dem Parlament in La Paz  
am 22. Januar 2006

Zwischenunterschriften von der Redaktion



Herr Präsident des Nationalkongresses, ich möchte Sie um eine Gedenkminute für unsere Vorfahren bitten und folgender Personen gedenken: Manco Inca, Tupaj Katari, Tupac Amaru, Bartolina Sisa, Zárate Villca, Atihuaiqui Tumpa, Andrés Ibañez, Ché Guevara, Marcelo Quiroga Santa Cruz, Luis Espina und an meine gefallenen Brüder, Cocabauern aus den Tropen um Cochabamba, an die Brüder, die im Kampf um die Würde des Volkes der Altenos gefallen sind, an die Minenarbeiter und an die aber tausenden Menschen, die in ganz Amerika gefallen sind. Ehre den Märtyrern der Revolution!

Sehr geehrter Präsident des Kongresses, Alvaro García Linera, ich danke den Staatsoberhäuptern, die gekommen sind, den internationalen Organisationen, den Ex-Präsidenten, dem Nationalkongress, dem Obersten Gerichtshof, den Brüdern und Schwestern der indigenen Völker Amerikas, vielen Dank für Ihre Anwesenheit. (...)

### Die Geschichte und das Leid des Volkes

Wir sind zweifelsohne verpflichtet, der Bewegung der Indigenen zu gedenken, der Situation während der Kolonialzeit, der republikanischen Epoche und der Epoche des Neoliberalismus.

Die Indigenen, die der Aymara, die Ketschua, die Mojeño, die Chipaya, die Murato, die Guarani stellen nach der Volkszählung von 2001 mit 62,2 % die Mehrheit der Bevölkerung Boliviens; die internationale Presse sollte dies zur Kenntnis nehmen. Diese Völker wurden im Laufe der Geschichte marginalisiert, erniedrigt, gehasst, entwürdigt und zum Aussterben verurteilt. Dies ist unsere Geschichte. Diese Völker wurden nie als menschliche Wesen anerkannt, dabei sind sie die wahren Besitzer dieses edlen Landes und seiner natürlichen Ressourcen.

Bolivien gleicht Südafrika. Bedroht, zur Ausrottung verurteilt, sind wir hier, sind wir anwesend. Ich möchte Ihnen sagen, dass es immer noch Menschen mit der schlechten Angewohnheit gibt, Feinde der Indigenen zu sein. Wir möchten aber gleiche Lebensbedingungen haben und deshalb sind wir hier, um unsere Geschichte zu verändern. Die Bewegung der Indigenen gehört niemandem, niemand hat uns etwas geschenkt, das ist im Bewusstsein meines Volkes, unseres Volkes. (...)

### Demokratie

Dieser demokratische Kulturkampf, diese demokratische Kulturrevolution ist Teil des Kampfes unserer Vorfahren, es ist die Fortsetzung des Kampfes von Tupac Katari; die Fortsetzung des Kampfes von Che Guevara. Wird sind hier als Brüder und Schwestern Boliviens und ganz Lateinamerikas; wir werden weitermachen, bis wir die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Menschen in unserem Land erreichen. Es geht nicht an, dass das Kapital in wenigen Händen konzentriert ist, aber viele den Hungertod erleiden, diese Politik muss sich ändern, aber sie muss auf demokratische Art verändert werden.

### Privatisierung

Es ist undenkbar, Einrichtungen zur Grundversorgung zu privatisieren. Ich kann nicht verstehen, wie die vorangegangenen Regie-

rungen auf die Idee kommen konnten, Einrichtungen zur Grundversorgung, wie die Wasserversorgung, zu privatisieren. Das Wasser ist eine natürliche Ressource, ohne Wasser kein Leben, deshalb kann das Wasser keine private Handelsware sein. In dem Moment, da es zu einer Handelsware wird, werden Menschenrechte verletzt. Die Wasserversorgung muss eine öffentliche Dienstleistung bleiben.

Die Kämpfe um das Wasser, den Kokaanbau und das Erdgas haben uns hierher gebracht. Es muss uns bewusst werden, dass es eine irriige und verfehlte Politik war, die natürlichen Ressourcen um des Gewinns willen zu versteigern und die Einrichtungen zur Grundversorgung zu privatisieren. Damit wurde das Bewusstsein des bolivianischen Volkes geweckt. Es ist unsere Pflicht, diese Politik zu ändern.

### Land

Der Großgrundbesitz, die Latifundien, widersprechen unserer Verfassung. Bedauerlicherweise gibt es noch immer Latifundien, die den Interessen mächtiger Gruppen dienen. Wie ist es möglich, dass es immer noch Latifundien gibt? Wie ist es möglich, dass manche Berechnungen davon ausgehen, dass zur Haltung einer Kuh 20, 30, 40 oder gar 50 ha nötig sind. Wo gibt es das, eine Kuh pro 50 ha? Das ist Teil eines Wirtschaftsmodells!

### Neoliberalismus

Was hat uns die Wirtschaftspolitik gebracht, die uns von außen empfohlen und aufokroyiert wurde? Arbeitslosigkeit. Vor 10, 15, 20 Jahren sagte man uns, dass die Privatwirtschaft das Problem der Korruption und der Arbeitslosigkeit lösen könne. Nach all den Jahren haben wir noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Korruption. Daher ist dieses privatwirtschaftliche Modell für unser Land keine Lösung. Es mag eine Lösung sein für einige europäische Länder, oder in Afrika. Für Bolivien aber ist der Neoliberalismus kein gangbarer Weg.

Wir konnten seine Auswirkungen aus der Nähe erleben. Der Staat gibt Geld aus, damit Jugendliche – ob vom Lande oder aus der Stadt – zu Fachkräfte ausgebildet wer-

den, die Familien geben für die Ausbildung Geld aus und wenn sie ausgebildet sind, gibt es keine Arbeit für sie. Dann müssen diese Fachkräfte nach Argentinien, in die USA oder nach Europa auswandern. Heute gehen die jungen Menschen nach Europa, ob ausgebildet oder nicht. Wie viele Ihrer Angehörigen sind in Argentinien, den USA oder in Europa? Für wie viele unserer Schwestern und Brüder bedeutet dieses neoliberale Modell ihr Los? Das ist das Gesetz des Kapitalismus, der Versteigerung und des Ausverkaufs der natürlichen Ressourcen unseres Landes.

### Kindersterblichkeit

Stellen Sie sich vor, besonders auf dem Land stirbt der Großteil der Kinder und nur wenige überleben. Das sind die Themen, für die wir Lösungen suchen, nicht alleine mit der Hilfe der Bolivianer, sondern mit internationaler Zusammenarbeit. Wir möchten diese Probleme lösen; nicht für Evo, ich verlange keine internationale Unterstützung für Evo, sondern für das bolivianische Volk.

### Souveränität/ Sozialismus

Eine weitere wichtige Aufgabe, die unsere Regierung umsetzen möchte, ist eine Methode zu suchen, mit der man die Schäden von 500 Jahren Ausbeutung unserer Naturschätze reparieren kann

Diese Ungerechtigkeiten lassen den Ruf erschallen nach einem politischen Instrument für die Souveränität, nach einem politischen Instrument des Volkes, nach einem politischen Instrument für die Befreiung, nach einem politischen Instrument für Gleichheit, Gerechtigkeit, nach einem politischen Instrument wie die sozialistische Bewegung „Movimiento Al Socialismo“ (MAS), die Frieden mit sozialer Gerechtigkeit bringen soll, genannt Einheit in der Vielfalt.

Die vielen Aufmärsche, Streiks und Straßensperren, die ein neues Gesundheitssystem, Ausbildung, Beschäftigung, Respekt für unsere natürlichen Ressourcen forderten, wollte niemand verstehen.

Da wir die Probleme nicht gewerkschaftlich lösen konnten, hat es die Bewegung der bolivianischen Bauern gewagt, sie auf politischem Weg, durch Wahlen zu lösen, das ist eben die sozialistische Bewegung (MAS), das ist das politische Instrument für die Souveränität der Völker.

Was wurde durch dieses politische Instrument erreicht? Es hat nur ein Gleichgewicht geschaffen, wie der Kollege Santos Ramírez sagte, der aus einer Ketschua Gemeinde stammt und als Dorflehrer im Kampf der Gewerkschaft der Dorflehrer aktiv ist. Er ist stolz, wie ein Ketschua Abkömmling stolz

sein muss und wurde dank der vielen Menschen, die vom Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, zum Vorsitzenden des Senats gewählt.

Er sagte uns, in seiner didaktischen Art, wir hätten zwei Mächte ins Gleichgewicht gebracht: die Macht des Bewusstseins und die ökonomische Macht. Die internationalen Organisationen und die internationale Presse sollen wissen: die Macht des Bewusstseins hat die Wahl gewonnen und die sozialistische Bewegung MAS war das politische Instrument dazu.

Es ist nicht nur ein Sieg mit einfacher Mehrheit. Stellen Sie sich vor, von den 100 % registrierten Wahlberechtigten sind 84 % zu den Urnen gegangen. Ich glaube, dass es nicht einmal in den USA eine so hohe Wahlbeteiligung gibt. Das zeigt die demokratische Reife des Volkes von Bolivien.

### Auslandshilfe

Verehrte ParlamentarierInnen, Schwestern und Brüder des Volkes von Bolivien, die Wahlen vom 18. Dezember des vorigen Jahres haben uns BolivianerInnen geeinigt, die Wahlen des Vorjahres gaben uns einen Richtschnur für die Wirtschaft unseres Landes.

Ich bin sehr überrascht, ich bin kein Bankier, ich traf mit dem Finanzsektor von La Paz und von Santa Cruz zusammen und man zeigte mir, dass es wirtschaftliche Stabilität gebe und keine Angst bestehe, nicht vor Evo Morales, nicht vor den sozialen Bewegungen und noch weniger vor dem Movimiento Al Socialismo (MAS = Sozialistische Partei).

Es waren Lügen, wenn man sagte: Wenn Evo Präsident wird, werden wir keine Wirtschaftshilfe mehr bekommen, wenn Evo Präsident wird, wird es ein Handelsembargo geben. Ich möchte mich bedanken für den Besuch des Vertreters der US-Regierung, des Herrn Shannon. Er besuchte mich in meiner bescheidenen Mietwohnung, um mir mitzuteilen, dass wir die bilateralen Beziehungen stärken müssen und dass er unserer Regierung Erfolg wünscht.

Von der Regierung der USA bis zur Regierung vom Kuba Fidel Castros erhalten wir internationale Hilfe, es gibt eine internationale Solidarität und wo sind jene, die gesagt haben, wenn Evo Präsident wird, dann werden wir keine internationale Hilfe mehr bekommen.

Zum Glück ist das Volk weise. Diese Weisheit des Volkes von Bolivien muss man erkennen, respektieren und anwenden. Es geht nicht darum, Wirtschaftspolitik oder Rezepte für die Wirtschaft zu importieren weder von oben noch von außen. Die internationale Gemeinschaft wird das verstehen müssen. Es ist ein Fehler, Politik nach Bolivien exportieren zu wollen. Die gesellschaftlichen Organisationen, die Räte der

Amatas<sup>6</sup>, die ich sehr bewundere, die Paceño<sup>7</sup> am Altiplano, alle diese Vereinigungen auf dem Lande und in den Städten, die Organisationen, genannt Capitanias, im Osten unseres Landes, alle sind Reservoirs des Wissens, der Wissenschaft über das Leben, zur Verteidigung des Lebens, und zum Erhalt der Menschlichkeit. Es geht darum, diese Organisationen zu nutzen, um Politik zu implementieren und es geht nicht darum, Politik zu Gunsten von Machtgruppen in Bolivien oder im Ausland durchzusetzen. ( )

### Verfassungsgebende Versammlung

Ich möchte noch eines sagen: Die ParlamentarierInnen, die nicht dem MAS angehören und alle Parteien und Gruppierungen die für einen Wechsel stehen, sind willkommen. Das MAS marginalisiert niemand, das MAS schließt niemand aus. Zusammen können wir alle im Parlament die Geschichte unseres Landes verändern.

Ich fordere die ParlamentarierInnen des MAS auf, nicht den üblen Brauch der Blockade anzunehmen. Wenn ein/e ParlamentarierIn von UN<sup>8</sup>, Podemos<sup>9</sup> oder MNR<sup>10</sup> einen Gesetzesentwurf für seinen/ihren Sektor oder seine/ihre Region einbringt, sei er willkommen. Das ist zu unterstützen, man wird lernen müssen, wie man diese Gesetzesvorlagen überprüfen kann, ohne zu blockieren.

Das Parlament hat eine enorme Verantwortung, es hat eine Aufgabe zu erfüllen: Es ist eine gewaltige Forderung des Volkes von Bolivien, eine verfassungsgebende Versammlung zur Neugründung von Bolivien. Es ist eine Forderung unserer indigenen Schwestern und Brüder aus dem ganzen Land, der Volksbewegung. Alle Sektoren verlangen eine verfassungsgebende Versammlung zur Neugründung nicht nur eine Reform der Verfassung.

Eine verfassungsgebende Versammlung um uns BolivianerInnen zu einigen, eine verfassungsgebende Versammlung, von der die Vielfalt respektiert wird. Ich sage das, weil unsere Vielfalt eine Tatsache ist.

Ich bin überzeugt, wenn dieses neu gewählte Parlament, das ein Ergebnis der sozialen Kämpfe ist, Verantwortung für das Volk von Bolivien übernimmt, dann wird dieses Parlament zu einer nationalen Befreiungsarmee, zu einer Armee zum Kampf um die zweite Unabhängigkeit. Deshalb haben Sie die große Verantwortung, grundlegende

<sup>6</sup> Andine Lehrer, die Weisen, Philosophen, Priester, Politiker, Wissenschaftler, Ingenieure, Künstler.

<sup>7</sup> Bewohner von La Paz

<sup>8</sup> Unidad Nacional

<sup>9</sup> Poder Democrático Social

<sup>10</sup> Movimiento Nacionalista Revolucionario

Strukturreformen sicherzustellen und wenn Sie es hier nicht schaffen, dann werden es die sozialen Bewegungen schaffen, die Bewegung der Indigenen, die für diese zweite Unabhängigkeit unseres Landes gekämpft hat. ( )

### Verstaatlichung / Industrialisierung

Sicher träumten die ursprüngliche indigene Bewegung sowie unsere Vorfahren davon, unser Territorium zurück zu gewinnen. Wenn wir vom Zurückgewinnen sprechen, sprechen wir auch darüber, dass alle unsere natürlichen Ressourcen wieder in die Hände des Volkes von Bolivien kommen, in die Hände des Staates Bolivien.

Ich bin sehr sicher, dass es im Volk von Bolivien ein starkes Bewusstsein für diese Änderungen gibt. Es ist eine Tatsache, dass wir in der derzeitigen Konstellation Hilfe der internationalen Gemeinschaft brauchen. Wir erstreben keinen Bettlerstaat. - Bedauernswerterweise sind wir zu einem Bettlerstaat gemacht worden. - Wir möchten nicht, dass Bolivien, seine Regierung, seine Wirtschaftskammern zu den USA, nach Europa oder Asien betteln gehen. Wenn Sie möchten, dass das aufhört, dann müssen wir unsere natürlichen Ressourcen nationalisieren. Die neue Wirtschaftsordnung in unserem Bolivien muss auf den natürlichen Ressourcen basieren. Das muss der verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt werden.

Nicht nationalisieren um des Nationalisierens willen. Seien es Erdgas, Erdöl, Bodenschätze oder der Wald, wir haben die Verpflichtung, diese zu industrialisieren.

### Verschwendung im Parlament

Schwestern und Brüder von Bolivien, verehrte ParlamentarierInnen, wir müssen in dieser ersten Etappe eine strenge Sparpolitik für alle Institutionen und sozialen Bewegungen einführen. Es ist unmöglich, dass der Mindestlohn bei 450 Bolivianos liegt und die ParlamentarierInnen mehr als 20.000 Bolivianos verdienen und dass der Präsident 27.000 bis 28.000 Bolivianos verdient, während der Mindestlohn 450 Bolivianos beträgt. Aus moralischen Gründen und für unser Land sind wir verpflichtet, unsere Gehälter um 50 % zu senken.

Die schwarzen Kassen müssen aufgespürt werden, die zum Rauben und Morden verwendet wurden. Wie ist es möglich, dass eine demokratische Regierung schwarze Kassen hat? In allen Fällen müssen Sie das beenden und das wird in meinen Händen sein. Ich habe keine Möglichkeit die schwarzen Kassen zu eliminieren.

### Landreform / Sklaverei auf den Latifundien

Verehrte Kongress-Mitglieder, wie können wir die Politik des Landeigentums verändern. Ich will sagen, alle produktiven Ländereien oder die produktiv sein werden oder eine sozioökonomische Funktion haben, sollen respektiert werden, seien es 1000 ha, 2000 ha, 3000 ha oder 5000 ha. Aber Ländereien, die nur der Bodenspekulation dienen, sollen an den Staat fallen, damit sie an jene verteilt werden können, die kein Land haben.

Es ist undenkbar, dass es noch immer in einigen Sektoren des Großgrundbesitzes Sklaverei gibt. Wir müssen allen, die unsere Schwestern und Brüder versklaven die Hand ans Herz legen, besonders im Osten Boliviens. Ich glaube nicht, dass wir von den Massenmedien und der Presse darüber belogen worden sind. Wenn es doch so wäre, dass es keine Sklaverei gibt! Wenn es doch so wäre, dass uns die Presse belogen hat! Aber wenn es doch Sklaverei gibt, dann müssen wir die Sklaverei beenden, denn diese Sklaven sind die wahren Eigentümer dieser Ländereien im Osten Boliviens.

### Analphabetismus

Wenn wir von sozialen Themen sprechen: Stellen Sie sich vor, 20 % des Volkes von Bolivien sind Analphabeten. Wir können es nicht zulassen, dass der Analphabetismus weiter besteht. Wie wir schon wiederholt gesagt haben, haben wir große Wünsche und Sehnsüchte nicht nur nach nationaler Unterstützung sondern auch nach internationaler Hilfe, um dem Analphabetismus ein Ende zu bereiten.

Wir begrüßen die Vorverträge mit der Regierung Kubas und die Vorverträge mit der Regierung von Venezuela mit dem Ziel uns mit Experten zur Beendigung des Analphabetismus zu unterstützen.

Es ist unerträglich, dass es am Land Schwestern und Brüder ohne Identifikation gibt, ohne Personaldokument. In Europa haben derzeit selbst Hunde einen Pass, aber in unserem Land gibt es bedauerlicher Weise wegen der Abwesenheit des Staates Familien, die noch immer nicht wissen, wann und wo sie geboren sind. Wir wünschen dringend, dass alle Männer und Frauen von Bolivien Personaldokumente bekommen. Wir begrüßen den Erfahrungsaustausch mit Venezuela, wie eine solche Dokumentation angefangen werden kann.

Das werden politische Maßnahmen sein, die

wir sofort ergreifen müssen, um diese Altlasten, diese Ungerechtigkeiten für unser Volk zu beseitigen.

### Wirtschaft / Kooperativen

Es gibt noch viele wichtige Themen für die Entwicklung des Volkes von Bolivien zu besprechen, aber wir müssen ein Fundament legen, indem wir die Kleinst- und Kleinbetriebe fördern und stärken.

Zum Glück bewundern Institutionen wie die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Vereinten Nationen, wie hier die Kleinbetriebe Arbeitsplätze schaffen. Daher werden wir zu unserem Versprechen stehen und eine Bank zur Entwicklungsförderung für Bolivien gründen, um diese gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, diese Kooperativen und Vereinigungen der Kleinbetriebe zu unterstützen.

### Drogen

Wir möchten der internationalen Gemeinschaft auch sagen, dass Drogen, Kokain und der Drogenhandel nicht Teil der Kultur der Anden und Amazoniens sind. Bedauerlicher Weise wurde dieses Übel importiert, daher müssen wir Schluss machen mit dem Drogenhandel und mit dem Kokain, es wird nicht Null Coca geben, aber wir fordern Null Kokain und Null Drogenhandel.

Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen und der Regierung der USA und deren Repräsentanten zurufen, lasst uns eine Allianz schließen, ein Übereinkommen für einen effektiven Kampf gegen den Drogenhandel, wir wollen uns im Kampf gegen den Drogenhandel zusammenschließen.

Wir wissen und sind überzeugt, dass der Drogenhandel den Menschen Verderben bringt, aber der Kampf gegen den Drogenhandel, der Kampf gegen die Drogen wie das Kokain kann keine Entschuldigung dafür sein, dass die Regierung der USA unsere Völker beherrscht oder unterdrückt. Wir wollen einen wahrhaften Dialog ohne Unterdrückung, ohne Erpressung und ohne Vorbedingungen.

Wir wollen von nun an ein Ende für dieses Übel der Menschheit bewirken. Daher ist es wichtig, dass die Produkte der Coca-Regionen aber auch der anderen Regionen einen Markt finden. Zu ihrer Überraschung möchte ich den Farmern von Santa Cruz mitteilen, dass ich von zwei Regierungen Kaufangebote für Zucker habe. Regierungen in Asien möchten Soja kaufen, aber sie

verlangen eine Million Tonnen pro Jahr und wir müssen sie produzieren, um sie nach Asien und auch in die Nachbarländer zu verkaufen.

### Verhältnis zu Chile

Ich schätze sehr und grüße jetzt den Präsidenten von Chile, vielen Dank für Ihre Anwesenheit. Ich stelle Ihnen den Präsidenten von Chile vor.

Die Bewegung der Indigenen beginnt jetzt in die Geschichte einzutreten und die Anwesenheit des Präsidenten von Chile ist ein Teil dieser Geschichte und wir werden auch historische Themen behandeln. Ich habe großes Vertrauen in das Volk von Chile, seine sozialen Organisationen und sein Verständnis für diese Situation. Um dieses historische Thema zu heilen oder zu reparieren sind wir auf Chile angewiesen.

Wir brauchen zwischen unseren Staaten nachbarschaftliche und brüderliche Beziehungen. Wie lange können wir noch in Feindschaft mit unserem Nachbarland leben. Die Anwesenheit von Präsident Ricardo Lagos von Chile erzeugt Hoffnung im Volk von Bolivien. Daher gilt unser Gruß dem Präsidenten von Chile der hier und jetzt bei uns ist.

### Schulden

In diesem Prozess des Wechsels habe ich eine Bitte an die internationale Gemeinschaft wegen unserer Auslandsschulden. Mit Sicherheit sind die indigenen Völker nicht verantwortlich für eine solche Verschuldung und für deren Auswirkung auf die indigenen Völker. Daher ist es wichtig, dass auch die internationale Gemeinschaft dieses Problem mit Verantwortungsbeusstsein und Ernst betrachtet. Daher bitten wir auch mit allem Respekt, diese Auslandsschulden zu erlassen, die eine so schwere Last bedeuten und die unser Land abhängig gemacht haben.

Zum Glück haben einige Staaten, einige Regierungen und einige Institutionen schon angezeigt, dass sie unsere Schulden erlassen werden. Ich möchte im Namen des Volkes von Bolivien und im Namen der sozialen Organisationen sehr für den Nachlass dieser ständig wachsenden Schulden danken. Ein Schuldenerlass ist möglich, ein Erlass aller Auslandsschulden.

### Eigentumsfrage

Es ist wichtig, eine souveräne Wirtschaft zu entwickeln. Wir wollen die Gelegenheit ergreifen und noch einmal sagen, wir wer-

den jeden Vorschlag darüber gutheißen, wie der Staat nicht nur sein Eigentumsrecht über die natürlichen Ressourcen ausüben soll, sondern auch wie er an der Produktion teilnehmen soll. Wir schätzen PetroAmerica<sup>11</sup> und bitten die Präsidenten von Brasilien, Venezuela und Argentinien, uns bei der Energiepolitik nicht auszuschließen. Wir alle müssen zusammen das Thema Energie lösen, nicht wegen Evo sondern wegen des Volkes und der Völker Lateinamerikas.

Es ist eine Tatsache, dass Bolivien Partner braucht, aber nicht Eigentümer unserer natürlichen Ressourcen. Unsere Regierung wird sicher öffentliche Investitionen tätigen, wie wir es angekündigt haben. Ich möchte den staatlichen Unternehmungen, seien sie in Amerika, in Europa oder in Asien sagen, sie können auch private Investitionen tätigen, als Partner des Staates und als Partner unserer Unternehmen. Wir werden diese Investitionen garantieren, wir werden den Unternehmen auch garantieren, dass sie alle Rechte über ihre Investitionen behalten und dass sie das Recht auf ihre Gewinne behalten. Wir wollen nur, dass diese Gewinne ausgewogen bleiben, damit der Staat und das Volk auch von den natürlichen Ressourcen profitieren können.

Ich bin überzeugt, dass wir nur durch Produktion aus der Armut heraus kommen können. Es ist wichtig Geschäfte zu machen, gute Geschäfte für Bolivien. Auf meiner ganzen Rundreise - danke für die Einladungen - habe ich erkannt, dass der Regierungschef gute Geschäfte für sein Land machen muss.

Ich orientierte mich an niemandem für diese Aufgabe, ich habe mir alle Informationen für diese Erklärung selbst besorgt. Es ist wichtig, die Wirtschaftspolitik, wie sie derzeit üblich ist, zu diskutieren und gründlich zu analysieren, ob es um ALCA<sup>12</sup>, oder CAN<sup>13</sup>, oder Mercosur<sup>14</sup> oder TLC<sup>15</sup> geht, es ist zu diskutieren, ob diese einen Markt bieten für die Kleinstbetriebe, einen Markt für die Produkte, die von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, oder von Vereinigungen, oder von Kooperativen erzeugt

---

<sup>11</sup> Im Juli 2004 unterzeichneten politische Repräsentanten von Argentinien, Brasilien, Venezuela und Bolivien ein Abkommen, eine multinationale Gesellschaft für die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor zu gründen.

<sup>12</sup> Área de Libre Comercio de las Américas = Freihandelszone für ganz Amerika

<sup>13</sup> comunidad andina = Andengemeinschaft : Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela

<sup>14</sup> Mercado Común del Sur = Gemeinsamer Markt des Südens : Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay.

<sup>15</sup> Tratado de Libre Comercio = Freihandelsabkommen der Dominikanischen Republik, Zentralamerika, USA

oder erwirtschaftet wurden. Wenn sie einen garantierten Marktzugang erhalten, dann sind sie willkommen, damit soll sichergestellt werden, dass die Märkte für die Armen und deren Organisationen geöffnet werden.

Wir werden in diese Länder kommen mit gerechten Preisen vollkommen unabhängig von irgendwelchen Regierungen, von irgendwelchen Institutionen, die uns die Preise garantieren. Wir wollen unsere Produkte verkaufen. Hier gibt es kein Problem mit der Produktion und keines mit den Produkten. Es gibt Produktion, was fehlt ist der Markt. Hier fehlt es nicht an Reichtümern, es gibt Überfluss. Diese Reichtümer sind bedauerlicher wiese in den Händen von wenigen Leuten, deshalb müssen diese Ressourcen in die Hände des Volkes von Bolivien gelangen.

### Außenpolitik

Ich bin überzeugt, wie es jemand gesagt hat, dass es in der Welt große Länder und kleine Länder gibt. In der Welt gibt es reiche Länder und arme Länder, aber in einer Hinsicht sind wir alle gleich, in unseren Rechten, unserer Würde, unserer Souveränität und vor allem in unserem Wert. Das ist eine Aussage, die wir von unserem Vorfahren Tupac Yupanqui überliefert bekamen. Er sagte: "Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann nicht frei sein." Wir brauchen hier keine Unterwerfung, keine diktierten Bedingungen. Wir wollen Beziehungen mit der ganzen Welt, nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit sozialen Bewegungen, ja wir haben sie schon, wir möchten diese Beziehungen vertiefen mit dem Ziel, die Probleme dieser Länder zu lösen mit demokratischen Mitteln, auf der Suche nach Gerechtigkeit, auf der Suche nach Gleichberechtigung. Das ist unsere große Sehnsucht. Wir möchten mit dem Gesetz regieren, das uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, "ama sua, ama llulla, ama quella"<sup>16</sup> kein Raub, keine Lüge und keine Faulheit, das ist unser Gesetz.

### Schlussworte

Ich schließe mit dem Versprechen, wie Sub Comandante Marcos sagte, dem Volk gehorchend zu regieren, ich werde Bolivien regieren, indem ich dem Volk Boliviens gehorche.

### Vielen Dank.

<http://www.noticiasbolivianas.com/tr05.php>

---

<sup>16</sup> Ketschua

# Maurice Lemoine

## Donnerschlag in La Paz

### Das indianische Bolivien schließt sich der lateinamerikanischen Linke an

Dass Herr Morales ein Indianer ist, dazu noch der erste, der in Bolivien das höchste Amt bekleidet, ist - über das Symbol hinaus, dessen Tragweite wohl keiner unterschätzen wird - keineswegs das Wesentliche. Schließlich hat dieses Land mit Victor Hugo Cardenas schon einmal einen aymarischen Vizepräsidenten gehabt. Seine ethnische Herkunft hinderte ihn nicht daran, während des ersten Mandats von G S de Lozada (1993-1997) eine rücksichtslos neoliberale Politik zu führen bzw. gut zu heißen. Genauso wie der jetzige peruanische Staatspräsident, A Toledo (Quechua Mischling), der beim Wahlkampf ausgiebig auf den indigenen Blutanteil in seinen Venen hinwies

Als Aymara-Indianer und stolz darauf, aber jeglichen "Ethnizismus" ablehnend, verstand es E Morales über seine eigene ethnische Gruppe hinaus auch Mischlinge, die Mittelklasse und Intellektuelle um sich zu versammeln.

Dies erlaubte ihm, den ersten Wahlgang am 18. Dezember zu gewinnen (...). Seine Wahl weckt in dem ärmsten Land des amerikanischen Kontinents - 74% der (mehrheitlich eingeborenen) Bevölkerung lebt hier unter der Armutsgrenze - Hoffnungen auf schon lange erwarteten Veränderungen. Als Präsident der sechs Föderationen der Koka-Bauern, Abgeordneter von Cochabamba seit 1997 und an der Spitze der stärksten politischen Kraft des Landes, der MAS - "Bewegung zum Sozialismus" - hat E Morales mit anderen Anführern zahlreicher sozialer Bewegungen bei den Sozialaufständen mitgemacht und sie geleitet. Sie führten innerhalb von zwei Jahren zum Sturz von zwei Präsidenten, G S de Lozada (17.10.2003) und C. Mesa (16.06.2005)

Ab jetzt sind die breit angekündigten Veränderungen an der Tagesordnung: Infragestellung des "neoliberalen Modells" und auch des „Kolonialstaates“; Nationalisierung der natürlichen Ressourcen, insbesondere der fossilen Rohstoffe; Agrarreform; Aufwertung der indigenen Sprachen; progressive Autonomie der Regionen; Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung im Juni 2006 zur "Neugründung des Landes"

#### Die Herausforderungen

In Bolivien weiß jeder, dass es der **Schwierigkeiten** genug geben wird. Wenn auch

die traditionellen Parteien weggefegt wurden - so wird die MAS (mit 65 Abgeordneten von 130, und 13 Senatoren von 27) doch nur über ein sehr schwaches Kräfteverhältnis im Kongress verfügen.

Die radikalsten Führer der linken Bewegungen, wie z.B. J Solares von der bolivianischen Arbeiter-Zentrale (COB) und F Quispe von der Eingeborenen-Bewegung Pachakuti (MIP) werden, obwohl ihre AnhängerInnen durch ihre Stimmabgabe für Morales ihnen widersprochen haben, ihm die Arbeit nicht leichter machen, wenn die Reformen auf sich warten lassen; falls sie tatsächlich durchgeführt werden, könnten sie dazu neigen, ihn mit neuen Forderungen zu überbieten.

Die **Konservativen** haben zwar die Niederlage öffentlich anerkannt, doch werden sie nicht lange den Kopf hängen lassen. Sie werden sich auf die weiße Elite aus den reichen Ostprovinzen des Landes stützen - Santa Cruz und Tarija - welche klar separatistische Tendenzen aufweisen.

Man muss auch mit den **Gas- und Ölmultis** rechnen: Total, Repsol, Petrobras, British Gas, Exxon, um nur die Wichtigsten aufzuzählen. Diese werden von ihren jeweiligen Regierungen (Frankreich, Spanien, Brasilien, Großbritannien, USA...) unterstützt. Auch wenn der neue Präsident garantiert, dass diese Firmen im Rahmen einer Politik der "Nationalisierung ohne Enteignung" in Bolivien weiterhin arbeiten könnten, so ließ er doch verlauten, dass seine Regierung alle (oft ungesetzmäßig abgeschlossenen) Verträge überprüfen, Steuern und Abgaben erhöhen, die Erdölvorkommen ins Landeseigentum zurücknehmen und 50% der Produktion kontrollieren wird. Nach dem Beispiel der vom venezuelanischen Präsidenten H Chavez geführten Erdölpolitik, ist die Wiederaneignung der auf 1375 Milliarden Kubikmeter geschätzten Gasreserven - die zweitgrößten des Kontinents nach Venezuela - in der Tat unumgänglich, um die von der Mehrheit der Bolivianern erwarteten Sozialmaßnahmen zu finanzieren.

Zu guter Letzt ist eine Konfrontation mit der **US-Behörde** unumgänglich, denn Washington musste erneut eine Niederlage in seinem lateinamerikanischen "abgesteckten Gebiet" einstecken. Seit langem zählt E Morales, zusammen mit H Chavez (Vene-

zuela) und F Castro (Kuba) zu seinen schwarzen Schafen. Seit jeher gehen unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels alle in der bilateralen Agenda vorkommenden Bereiche von Seiten der USA mit direkten oder indirekten Bedingungen einher, die auf die totale Vernichtung der Kokafelder abzielen: Außenschulden, Zusammenarbeit im Gesundheits- oder Bildungsbereich, Handelsbeziehungen usw. Wenn also der Führer des MAS "Null-Kokain, "Null- Drogenhandel" ankündigt, so präzisiert er doch: "aber nicht Null-Koka". Durch seine öffentliche Kampagne für Straffreiheit des Anbaus dieser von den Indianern zu rituellen und medizinischen Zwecken benutzten Pflanze lehnt er ja die ständige unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung (politik) betriebene Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten des Landes ab. Zählt man dazu noch die Infragestellung des Freihandelsvertrages (TLC) kann man sich leicht vorstellen, dass bei der US-Behörde starkes Misstrauen erweckt und jenes auch zum Ausdruck gebracht wird.

#### Die Trümpfe

Die Verbindung dieser drei Faktoren - konservative Opposition, Widerstand der Multis und US- Feindschaft - könnte in diesem von anhaltenden Krisen heimgesuchten Land das Schlimmste befürchten lassen. Doch hat Evo Morales ausreißend Trümpfe in der Hand. Das Volk hat ihn zum Symbol des Wunschs nach Veränderungen gemacht. Alle Versuche einer internen Destabilisierung werden bei den bolivianischen Volksmassen die bekannten starken Mobilisierungen hervorrufen. Außerdem übernimmt Morales die Staatsführung zu einem für den Erfolg seines Projektes besonders günstig gelegenen Zeitpunkt. Indem er sich den Ländern - Kuba, Venezuela, Argentinien, Brasil, Uruguay - anschließt, die gegen die Hegemonie sowohl der USA als auch des wirtschaftlichen Neoliberalismus Front machen, wird er von ihrer Sympathie, ja sogar ihrer Hilfe und ihrem Schutz profitieren, und zugleich seinerseits zu ihrer Stärkung beitragen.

<http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/bolivie/>

Übersetzung: *Josefine DUPORT, Michèle MIALANE, coorditrad@attac.org*

## Rückblick: Evo Morales' Rede im März 2004

Anlässlich des 50. Jahrestages von *Le Monde diplomatique* trafen sich am 8. März 2004 in Paris einige der hervorragendsten Intellektuellen sowie bedeutende Führer sozialer Bewegungen der Welt, um vor 4000 im Palais des Sports versammelten Menschen über die Bedeutung des Wortes „Widerstand“ zu sprechen.

Unter ihnen befand sich auch Evo Morales. Hier Auszüge aus seiner Rede.

In Amerika haben wir uns mehr als fünf Jahrhunderte lang gegen eine Politik der Unterwerfung, der Versklavung, der Marginalisierung und Ausgrenzung der indigenen Völker widersetzt. Nach 500 Jahren, am 12. Oktober 1992, haben wir beschlossen, vom Widerstand zum Kampf um die Macht der indigenen Völker überzugehen. In Bolivien entstand im Verlaufe dieser Auseinandersetzung als politisches Kampfinstrument des Volkes die Bewegung zum Sozialismus.

Während wir uns organisierten und nach demokratischen Regeln um die Wiedererlangung der politischen Macht kämpften, wurden wir ständig vom amerikanischen Imperialismus bedroht. Im Laufe sozialer und kommunaler Kämpfe in den siebziger Jahren hat man uns als „Rote“ oder auch Kommunisten bezeichnet; 1980 und 1990 hat man uns als Drogenhändler beschimpft und seit dem 11. September 2001 hat man uns des Terrorismus bezichtigt, als wir versuchten, unser Land wieder in unsere Hände zu bekommen.

Es gab zum Beispiel folgende Beschuldigung: In der bolivianischen Tageszeitung *La Prensa* vom 8. Dezember 2001 sagt der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten: „Evo Morales ist der Bin Laden der Anden, und die Koka-Anbauer, die Bauern also, sind die Taliban.“

Als wir an der Spitze der indigenen Völker, der Aymara, der Quechua, der Guarani und anderer Volksgruppen, Intellektuellen und Werktätigen zum ersten Mal an den Wahlen teilnahmen, übte der Botschafter der Vereinigten Staaten einige Tage vor dem Wahltag Druck auf die Wähler aus, damit sie nicht Evo Morales wählen. Aber anstatt das Volk zu erschrecken hat er nur Empörung hervorgerufen und in diesem Sinne kann ich sagen, dass

er mein bester Wahlkampfhelfer war!

Mit diesen Informationen wollte ich Ihnen den Umfang der US-amerikanischen Einmischung in meinem Land zeigen. Am 1. März 2003 hat das Weiße Haus „Evo“ beschuldigt, Teil einer Simon-Bolivar-Verband zu sein. Ja, das sind wir! Und insbesondere bin ich „Chavist“, Genossen! Aber es wurde auch gesagt, dass Evo Morales von den Bewaffneten Revolutionären Kräften Kolumbiens bezahlt würde. Das aber ist falsch.

Wir könnten noch lange über diese von der Regierung der Vereinigten Staaten verbreiteten Anschuldigungen sprechen... Im letzten Jahr, nach dem Aufstand der indigenen Völker und der Bauern Boliviens, hat man mich beschuldigt, Geld von Chavez erhalten zu haben, um den Präsidenten [Gonzalo Sánchez de Lozada] zu stürzen.

Wir, das heißt die indigenen Völker - das will ich Ihnen heute sagen - wir sind die moralische Kraft unseres Landes. Unsere Art zu leben beruht unerschütterlich auf unseren Prinzipien: nicht stehlen, nicht lügen, nicht schwach sein.

Weitere Drohungen... Am 11. Januar 2004 hat sich Bush über Nestor Kirchner empört wegen der argentinischen Unterstützung für Evo Morales.

Wie ist es möglich, dass uns die Regierung der Vereinigten Staaten, das Weiße Haus, des Drogenterrorismus beschuldigt? Wie ist es möglich, dass der größte Terrorist der Welt uns beschuldigt, Terroristen zu sein, uns, die indigenen, zutiefst demokratisch gesonnenen Völker?

Wir, die Verdammten, die von Ausrottung Bedrohten, wir, die indigenen Völker

haben uns entschlossen, uns unser Land wieder zu eigen zu machen, und das bedeutet: wir erlauben weder Privatisierungen noch die Vergabe von Konzessionen für unsere Naturvorkommen, seien es Wälder oder Bodenschätze; wir erlauben nicht, dass die Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen zu einem Geschäft von Privatleuten wird. Ab dem Augenblick, in dem diese Dienstleistungen in private Hände gelangen, handelt es sich um eine Verletzung der Menschenrechte.

In einer bis heute andauernden Schlacht haben wir zum Schutz des Lebens einige transnationale Unternehmen [Wasserversorgung] aus Bolivien vertrieben(...). Genossinnen und Genossen, unser Kampf in diesem neuen Jahrtausend ist ganz wesentlich, das möchte ich betonen, ein Kampf um unsere Würde, unsere Identität und um Menschlichkeit. Und ganz besonders ein Kampf um die Selbstbestimmung der Völker.

Mit ihrer Barbarei und ihrer Überheblichkeit können die Vereinigten Staaten leicht gegen Völker oder Länder vorgehen, aber niemals werden sie diese kontrollieren können. Wenn wir Frieden und soziale Gerechtigkeit in der Welt erreichen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als mit dem nordamerikanischen Imperialismus Schluss zu machen. Vielen Dank.

LE MONDE DIPLOMATIQUE

<http://www.monde-diplomatique.fr/documents/morales>

Von Jürgen JANZ aus dem Französischen übersetzt, ehrenamtliche Übersetzerinnen [coordinatrad@attac.org](mailto:coordinatrad@attac.org)

# Grosse Veränderungen in Venezuela im Jahre 6

## Neue politische Kultur - Dezentralisierung statt Privatisierung - Bedrohung durch die USA - Weltsozialforum in Caracas

*„Edgardo Lander ist Berater von Hugo Chavez und einer der Organisatoren des WSF 2006 in Caracas, im Interview mit Dorothea Härlin und Lars Stubbe (August 2005 auf der Soak in Göttingen)*

### **1.Frage:**

**Wie tief ist der Veränderungsprozesses, den Venezuela gerade erlebt ? Welches sind die zentralen Charakteristika und kannst Du uns bitte ein Beispiel zur Verdeutlichung geben und sagen, auf welche Bevölkerungssteile es sich besonders auswirken.**

### **Edgardo Lander:**

Ich glaube, dass die bedeutendsten Veränderungen in Venezuela in den vergangenen 6 Jahren vor allem **Veränderungen der politischen Kultur** waren und Veränderungen in den Organisationsformen. Venezuela hat im Unterschied zu anderen Ländern Lateinamerikas (LA) eine relativ schwache Tradition in Bezug auf Organisationen. Während der ganzen Zeit der Demokratie in der 2. Hälfte des 20. Jh. machten wir die Erfahrung, dass alle sozialen Organisationen im Grunde im Dienst der politischen Parteien standen und von ihnen kontrolliert wurden: die Gewerkschaften, die Frauen-, Studenten-, Bauernorganisationen, all diese Organisationen waren im Grunde von den Parteien geschaffen und waren ihnen untergeordnet.

Mit autonomen Organisationen gab es nur relativ begrenzte Erfahrung, z.B. im Rahmen von kulturellen Gruppen oder Genossenschaften.

Die Schnelligkeit, mit welcher der neue Änderungsprozess in Venezuela abgelaufen ist, - auf dem Hintergrund, dass es keine vertikalen Parteistrukturen gibt, weder in Form der leninistischen Tradition, noch in der sozial-demokratischen Variante, hat dazu geführt, dass die neu entstandenen Organisationen außerordentlich heterogen, unterschiedlich und vielfältig sind, und es kein allgemein gültiges Organisationsmuster gibt.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt hat man von den Círculos Bolivarianos gesprochen, als seien die der organisatorische Ausdruck der Volksbasis, aber in Wirklichkeit waren sie das nie so, sondern immer nur eine besondere Organisationsform in einer speziellen Phase der politischen Konjunktur, die aber in Wirklichkeit keine Kontinuität hatten.

Die solideren Organisationsformen mit mehr Kontinuität, die mehr Leute einbinden, sind solche, die in irgendeiner Form entweder durch den Anschlag einer öffentlichen

politischen Initiative oder durch Forderungen bestimmter sozialer Sektoren entstanden sind. Es gibt zum Beispiel ein Gesetz über städtischen Bodenbesitz, zur Regulierung der Bodenbesitztitel in den großen Städten als Vorbedingung dafür, dass die Leute Zugang zu Krediten und Bankfinanzierung bekommen können. Dazu brauchen sie Eigentumstitel über den Boden. Dies ist ein außerordentlich komplizierter Prozess, weil er die Abgrenzung der Parzellen bedeutet, ohne eine Art von Bodenverteilung festzuschreiben zu wollen, die später die Anlage von öffentlichen Grundversorgungsdiensten, Grünflächen, Gemeindeschulen oder Treppen zu den Comunidades<sup>17</sup> verhindern könnte. Daraus ist ein komplizierter Verhandlungsprozess entstanden. Das ist von einer sehr interessanten Bewegung übernommen worden, den „**städtischen Boden-Komitees**“. Es sind also nicht nur Organisationen, die vom Staat Titel fordern, sondern auch Selbsthilfegruppen der Comunidades. Das ist eine der weitest gehenden autonomen Erfahrungen, die nicht von öffentlicher Politik ausging.

Eine andere spannende Erfahrung der sozialen Organisation, ist die der „Comités de Salud“ (**Gesundheitskomitees**), die im Zusammenhang mit den Erfahrungen des Einsatzes der kubanischen Ärzte von Barrio Adentro stehen. Sie sind zwar nicht völlig von ihnen abhängig, stehen aber im Rahmen der Suche nach einem neuen Modell von öffentlicher Gesundheitsversorgung, mit vorbeugendem Charakter und einem Modell für ein System der kommunalen Gesundheitsversorgung. Das heißt, das Thema Gesundheit wird sich im Rahmen von Selbstorganisation und Selbsterforschung entwickeln und die Gesundheitsprobleme werden nicht nur von dem Aspekt der Heilung aus angegangen, auch nicht nur individuell gesehen, sondern die Bedingungen der Gemeinde fließen in die Diskussion und Behandlung mit ein.

Ein Gebiet, womit ich besonders vertraut bin, ist das der **Wasserversorgung**. Hier

<sup>17</sup> Im folgenden wird der Begriff *comunidades* des Urtextes verwendet. Er bezeichnet lokale Gemeinschaften oder Nachbarschaftsgruppen verschiedener Art und Größe

scheint er mir einen Reichtum an Erfahrung zu geben, nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Comunidades selbst und den öffentlichen Institutionen. In Venezuela wurde in den vorausgegangenen Jahren der Prozess der Wasserprivatisierung eingeleitet. Das einzige öffentliche Wasserunternehmen wurde in regionale Wasserunternehmen aufgeteilt und diese regionalen Unternehmen hatten einen guten Teil ihrer Aktivitäten an Subunternehmer abgegeben (*terciarización*), ein Prozess, der auf die völlige Privatisierung des Wassers hinausgelaufen wäre. Dieser Prozess wurde durch die neuen Normen der Wasserpolitik völlig gestoppt. Durch einen Mangel an Kontinuität, entstanden durch mehrfache Wechsel in den Unternehmensleitungen und Ministerien, gab es in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung große Probleme. Dort wurden Maßnahmen 2 Jahre lang ausprobiert und dann wieder zurückgenommen und jedes Mal war ein Personalwechsel die Folge. Im Unterschied dazu hat die Wasserbehörde diese Aufgabe von Anfang an übernommen. Dadurch wurde volle Kontinuität bewahrt und eine 6jährige erfolgreiche Periode in der Wasserpolitik.

Diese Politik war von Anfang darauf ausgerichtet, nicht zu einem einzigen nationalen, vollständig öffentlichen Wasserunternehmen zurückzukehren, sondern den Kommunen und der Beziehung zu kommunalen Unternehmen ein großes Gewicht zu geben, also kommunale Verwaltungen zu schaffen, die sich auf andere Weise mit den Comunidades zusammaten. Die vorausgegangene Erfahrung mit den Comunidades in Bezug auf Wasser war, dass in dem Moment, wo es ernsthafte Probleme mit der Wasserversorgung gab, die Comunidades auf die Straße gingen, protestierten, die Straßen sperrten, demonstrierten, Besetzungen durchführten, darüber in den Zeitungen polemisierten, damit das Unternehmen das Problem löse. Es war eine Beziehung von außen mit dem Unternehmen. Auf Initiative der Wasserunternehmen und der Gemeindeverwaltungen werden jetzt die sog. „*mesas técnicas de agua*“ (**Technische Wassertische**) eingerichtet. Diese „Technischen Wassertische“ verwandeln sich in Treffpunkte zwischen den Ingenieuren der wassertechnischen Unternehmen und den Vertretern der

Comunidades - nein, nicht den Vertretern, sondern den Menschen der Comunidades, denn es sind nicht gewählte Leute, sondern Freiwillige, die kommen, um die Wasserprobleme in den verschiedenen Comunidades zu diskutieren.

Es zeigte sich, dass es sich nicht um rein wassertechnische Probleme handelte, die durch Experten, also die Ingenieure, allein durch Investitionen zu lösen waren, sondern man erkannte die Komplexität des Themas, indem die Probleme der Comunidades mit in den Diskussionsprozess einbezogen wurden. So wurden Informationen über den formellen Bau von Wasserleitungen ausgetauscht mit speziellen Kenntnissen, über die nur die Comunidades verfügen konnten, nämlich die der informellen Wasserbeschaffung durch die Bevölkerung. So entstand also etwas, was in Venezuela heute in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen ist und der „**Dialog der Kenntnisse**“ heißt: was weißt du, was weiß ich, man geht dran, auf den realen Problemen aufzubauen. Und das führt zu der Möglichkeit, die Probleme zu analysieren, zu sehen, welche Probleme mit einer Rohrleitung zu tun haben, welche im Zusammenhang mit ungleichen Wasserverbrauch stehen, welche mit dem illegalen Anzapfen zusammenhängen, und welche mit der Beziehung zwischen verschiedenen Comunidades zu tun haben etc. Auf dieser Grundlage können Vorschläge für Investitionen und technische Lösungen ausgearbeitet werden, die manchmal die Wasserunternehmen an die Comunidad schicken, damit diese einen öffentlichen Kredit beantragen konnten. Auf dieser Grundlage des Kredits entsteht so eine neue Form von Kooperative.

Klar, das sind v.a. Erfahrungen auf lokaler Ebene, ein umfassender Plan zur Wasserversorgung besteht noch nicht, z.B. in Bezug auf Wasserzuleitungen und Einzugsgebiete. Um diesen Blick zu erweitern, um klar zu machen, dass es sich nicht nur darum handelt, dass ein Rohr gelegt wird, damit das Wasser ins Haus kommt, sondern dass es um die Anlage der Wasserleitung im Allgemeinen geht oder sogar um einen Staudamm oder um das Wassereinzugsgebiet, dazu ist ein weiterer Bezugsrahmen erforderlich, und dazu treffen sich die Mesas Técnicas verschiedener Comunidades, die manchmal weit voneinander entfernt liegen und sogar aus zwei verschiedenen Bundesstaaten kommen können, um ihre Beziehungen zu diskutieren: das nennt man die „Consejos Técnicos de Agua“, (Technische Wasser-Räte).

Die Erfahrung solcher „Technischer Wasser-Räte“ ist im Allgemeinen gut. Manchmal führt die Diskussion der Angelegenheit eines bestimmten Gebiets zu einer parteilichen Blickrichtung der Interessen und Bedürfnisse einer bestimmten Comunidad, aber manchmal schließt die Lösung für eine

Comunidad notwendigerweise ein, dass eine andere Comunidad keinen Zugang zum Wasser bekommt. Da müssen Lösungen ausgehandelt werden, die vielleicht nicht optimal für die eine Comunidad ist, durch die aber eine andere Comunidad auch etwas bekommt – bei dieser Art von Verhandlungen, ist das Wasser-Unternehmen nicht der Schlichter, der sagt, das muss so oder so geregelt werden, sondern die Comunidades handeln das zwischen sich aus, unter Hinzuziehung der Ingenieure in einer Rolle als technischen Vermittlern. Das geschieht in der Versammlung der Comunidades, denn es ist nicht so, dass die Leute zu der Firma gehen, um sich zusammzusetzen, sondern die Ingenieure beteiligen sich an deren Sitzungen und Debatten. Dabei hat sich eine sehr interessante Sache ergeben: auf den Sitzungen der Comunidades werden Aufgaben beschlossen, Verantwortlichkeiten. Es werden Dinge entschieden und Protokolle geschrieben über die Entscheidungen und in der folgenden Sitzung des Nachbarschaftsrats beginnt man, Bilanz zu ziehen über die Aufgaben, die beschlossen worden waren. Das ist ein Mechanismus der **Partizipation**, völlig freiwillig, völlig offen, es gibt keine Art von Ausschluss, keine Art von Repräsentation, keinen Typ von Delegation, es ist ein Mechanismus, der natürlich keine Spesen einbringt oder Entlohnung etc. Manchmal können die Wasserunternehmen den Transport stellen, wenn es sich um sehr entfernte Comunidades handelt, oder Essen, aber darüber geht es nicht hinaus. Es hat einen sehr freiwilligen, sehr spontanen Charakter, und es sind nicht notwendigerweise immer dieselben Leute, die an den Versammlungen teilnehmen, auch das kann variieren.

Das hat dazu geführt, dass in sehr kurzer Zeit der Blick auf das Wasser so etwas wie konzentrische Kreise zu ziehen beginnt, also weit über die Frage hinausgeht, wie das Wasser aus meinem Wasserhahn herauskommt. Man beginnt die Comunidad zu sehen, die Beziehung zwischen den verschiedenen Comunidades; man debattiert darüber, welche Investitionen gemacht werden müssen und auch darüber, wie einige Praktiken, die mein Problem lösen, das wassertechnische System schädigen und dadurch verhindern können, dass die benachbarte Comunidades Wasser bekommt.

Also zum Beispiel brauche ich alle drei Tage Wasser und ich muss nicht alle Tage Wasser haben, während andere Comunidades keins haben können. Hinzu kommt das Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Die Investitionen in Venezuela waren u.a. auf die Versorgung der Städte ausgerichtet, die Landwirtschaft wurde vernachlässigt mit Ausnahme der Agroindustrie. Das führte zu illegalen Rohrleitungen auf dem Land, was wiederum die Wasserzufuhr in die Stadt behinderte.

Das ist wirklich ein Sprung nach vorne im kollektiven Bewusstsein. Und mit diesem Bewusstsein wächst auch das Verständnis über die Abwässer, über die Wassermenge, die man konsumiert, mit dem Erfolg, dass **gewohnte Konsummuster verändert** werden – ein großer **kollektiver** Lernprozess in immer komplexere Zusammenhänge. Dadurch hat es auch Entscheidungen für wichtige öffentliche Investitionen, teilweise in Millionenhöhe gegeben. Die ursprünglichen Pläne für Wasserinvestitionen waren auf die Bedürfnisse der Agrarindustrie, der Ölindustrie oder der großen Städte ausgerichtet, und wenn die Comunidades nun anfangen, mitzureden, dann tauchen andere Probleme, andere Stimmen auf, die oft Umstrukturierungen zur Folge haben.

Es ist fast eine Utopie, wie man sich die Beziehung eines öffentlichen Wasser-Unternehmens mit den Comunidades vorstellt, denn es hat auch sehr bedeutende Auswirkungen auf das Innleben der Gesellschaft.

Parallel dazu passiert eine Umstrukturierung im Zulieferbereich. Was bisher in Firmen ausgelagert wurde, wird jetzt als Auftrag an Kooperativen gegeben. Dabei sind es oft dieselben Personen, die die Arbeit verrichten, aber ohne einen Chef als Privateigentümer. Dadurch wird der Prozess des Outsourcing in einen Prozess der Selbstorganisation in Kooperativen umgewandelt, wobei die Verpflichtung gegenüber der Kooperative darin besteht, dass sie ein Einkommen haben wird, mit dem sie leben kann, aber das Wasser dient nicht der Gewinnmaximierung, denn das Wasser gehört allen! Wer dieses Abgehen von Wasser als Gewinnmaximierung nicht anerkennt, schadet der Comunidad und wird als Kooperative nicht anerkannt. Das illustriert meiner Ansicht nach die Möglichkeit einer **Demokratisierung der Struktur der öffentlichen Verwaltung, die nicht in der Falle sitzt zwischen dem großen nationalen Unternehmen, das von den Menschen weit entfernt ist und der Privatisierung**. Denn das Dilemma ist, dass große öffentliche Unternehmen ineffizient und klientelorientiert, die Mitarbeiter korrupt sind und es keine Antwort auf die Bedürfnisse der Leute gibt. Weil es so groß ist, bleibt dann eben kein anderer Ausweg als die Privatisierung. Hier finden wir jedoch eine Form, die weder das eine noch das andere ist, und es ist auch keine Zwischenform, denn es bleibt völlig öffentlich, aber es ist eine **dezentralisierte Öffentlichkeit**, mit mehr Partizipation, stärker von der Gesellschaft durchdrungen. **Und wenn es beim Wasser perfekt möglich ist, warum sollte es dann nicht auch in anderen Bereichen möglich sein?**

*Frage: Wie zum Beispiel beim Öl?*

**Edgardo:** Beim Öl ist das sehr viel schwieriger, weil das Öl der grundlegende Reichtum des Landes ist. Die Hauptquelle des Einkommens des Landes ist das Öl, und die Zahl der Ölarbeiter ist sehr klein im Vergleich zu der gesamten beschäftigten Bevölkerung. Wenn es die Arbeiter sein sollten, dann müsste es irgendwie einen Mechanismus der **Vertretung der Gesamtheit** der Interessen des Landes geben, da dieser Reichtum etwas ist, von dem die Gesamtheit des Landes abhängt. Wenn man also eine Kooperative bilden würde in Petróleos de Venezuela und es die Ölarbeiter wären, die als Kooperative entscheiden würden, wären wahrscheinlich die Interessen der Gesamtbevölkerung nicht hinreichend repräsentiert. Im Fall des Öls hat man an die Schaffung von Kooperativen im Bereich des Outsourcing angedacht, das heißt die Zulieferverträge, die Wartungs- und Reparaturverträge, Reinigung und solche Sachen, da hat man die Privatfirmen durch kooperative Unternehmen ersetzt, aber viel weiter ist man nicht gegangen. Man muss zugeben, dass die Struktur des Unternehmens außerordentlich vertikal und technokratisch geblieben ist.

## 2. Frage:

*Venezuela hat sich offenen oder weniger offenen Drohungen von Seiten der USA ausgesetzt gesehen, die zum Beispiel behaupten, dass in Venezuela angeblich die Demokratie in Gefahr sei während sich Venezuela mindestens partiell den neoliberalen Praktiken der WTO widersetzt. Außerdem scheint es Fortschritte in der Opposition gegenüber der ALCA zu geben. Kannst du zu beiden Punkten etwas sagen?*

**Edgardo:** In der Tat, was als Aufbau dieser Welthandelsordnung und ihrer Institutionen gerade daher kommt, bedeutet gewissermaßen den Versuch, die Ausbreitung der **neoliberalen Agenda** auf dem Planeten **irreversibel zu machen**, als langfristige Verpflichtung für alle. Man spricht von einer neuen Verfassungsordnung, durch die die Rechte des Kapitals verfassungsmäßig verankert, den Rechten des Kapitals Vorrang gegeben werden soll vor den Rechten der Menschen. Der bedeutendste Ausdruck davon ist in Amerika der Vorschlag der Freihandelszone, des **ALCA**<sup>18</sup>, gewesen. Und bis vor etwa drei Jahren schien es, dass der ALCA unaufhaltsam bis zu seiner Verabschiedung voranschreiten würde. Er zählte mit der Unterstützung aller Regierungen des Kontinents, ohne Ausnahme, (Kuba nahm an den Verhandlungen nicht teil, wurde nicht eingeladen) und genoss die Unterstützung aller großen Konzerne der USA. Man könnte sagen, dass etwas, das die

Unterstützung der Regierung der USA und den Rückhalt der großen Konzerne hatte und womit obendrein alle Regierungen des Kontinents einverstanden waren, voranschritt und immer weiter kam, etwas Unvermeidliches zu sein schien

Obwohl die Bewegung gegen ALCA sich anfangs schwach fühlte, sahen sie die Notwendigkeit der Konfrontation. Zumindest wollten sie die Regierungen anklagen und gingen von einem politischen Lernprozess aus, selbst wenn nicht klar war, ob sie den Prozess noch aufhalten konnten.

Ein guter Teil der Stärke des ALCA, wie es im Fall des multilateralen Vertrags über Investitionen, (MAI) geschah, hatte jedoch mit der **Geheimhaltung** zu tun. Mit der Tatsache, dass man seinen Inhalt nicht kannte. Ein Inhalt des Vertrags war die Verpflichtung zur Geheimhaltung. Keine Regierung war bereit, öffentlich darüber zu informieren, was man an den Verhandlungstischen des ALCA ausgehandelt.

In dem Maße jedoch, wie die venezolanische Regierung begann, Einwände zu erheben, und es **Regierungswechsel** gab, zuerst in Brasilien und Argentinien später auch in Bolivien und Ecuador, so dass die Verhandlungspartner wechselten, begannen all diese Dokumente im Internet zu zirkulieren. Man veröffentlichte, was dieser oder jener gesagt hatte. Es kam sogar zu Situationen, wo ein Repräsentant eines Landes etwas sagte und diese Information sofort an die Leute der Kontinentalen Allianz weitergegeben wurde. All diese Dinge brachten sie zur Verzweiflung, aber sie konnten es nicht verhindern. Damit entstand eine ganz neue spannende **Verknüpfung zwischen venezolanischen Regierungsvertretern und sozialen Bewegungen**. Aber dann kam die Delegation von Brasilien. Es gab einen Moment, wo die Delegationen Brasiliens groß und heterogen waren, einige Teile waren zum Beispiel Vertreter von Sektoren, die der Agroindustrie nahe standen, aber es gab andere vom Landwirtschaftsministerium, die den Forderungen des MST (Movimento Sem Terras) viel näher standen und daher auch bereit waren, Information weiterzugeben. Da begann das, wie wir in Venezuela „encaratare“ nennen (sich erkälten), das heißt, anstatt ein kristallklares Wasser zu sein, wurde es zu einem dicken und zähen Brei (wie Rotze). Und schließlich blieb der ALCA stecken, nicht aus den besten Gründen, also nicht, weil es der anti-neoliberale Widerstand gewesen wäre, der ihn schließlich gestoppt hätte, sondern es war vor allem die Forderung des MERCOSUR, im Grunde Argentinien und an erster Stelle Brasiliens, nach Zugang zu den Agrarmärkten der USA. Was sie von den USA verlangten war, dass diese konsequent neoliberal sein sollten. Sie verlangten nicht, nicht neoliberal zu sein, sondern konsequent ihren Neoliberalismus durchzuführen. Letztlich blieben die Verhandlungen

wegen den Interessen der brasilianischen und argentinischen **Agroindustrie** stecken. Das war natürlich nicht so ruhmreich, aber nun gut, die Interessengegensätze führten dazu. Jetzt scheint der ALCA schon ziemlich tot zu sein.

Das heißt, dass man vom Standpunkt des Widerstands eine Schlacht gewonnen hat, aber nicht den Krieg, denn der Krieg **geht** auf anderen Wegen **weiter**, der Krieg geht einerseits in der WTO weiter, und durch Freihandelsabkommen verschiedenster Schattierungen andererseits. Die USA haben bereits den Freihandelsvertrag NAFTA, also mit Kanada und Mexiko, und andere bilaterale Verträge z. B. mit Chile. Es wurde gerade im Kongress der USA der Vertrag mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik ratifiziert. Die Verhandlungen mit den drei Andenländern sind trotz starken Widerstands, weit fortgeschritten, auch die mit Kolumbien, Ecuador und Peru, und es ist viel schwieriger, sich diesen Verhandlungen zu widersetzen, wenn sie fraktioniert, auf nationaler Ebene geführt werden. Als es sich um den ALCA handelte, war es möglich, Widerstand und Opposition zu leisten, und die Haltung eines Landes wie Brasiliens konnte die Verhandlungen stoppen, aber was kann Brasilien in den Verhandlungen mit Zentralamerika bewirken? Das bedeutet also eine Schwächung, und die Agenda schreitet auf anderen Wegen voran. Dennoch, der Kampf gegen den ALCA schafft sowohl in Hinsicht auf die Erfahrungen der sozialen Bewegungen wie auch auf die Politisierung in Lateinamerika **neue Chancen** und neue Bedingungen für die Debatte. Ein Beispiel ist die Schaffung der „Comunidad Sudamericana de Naciones.“ Dies ist ein Integrationsabkommen für den ganzen südamerikanischen Kontinent, das alle Widersprüche und Spannungen enthält, die heute die Integration des Kontinents aufweist. Einerseits gibt es eine Grundsatz-erklärung, die Erklärung von Cuzco, die ein Integrationsmodell, basierend nur auf Handel, in Frage stellt und es auf der bisherigen Tradition der Integration, der geopolitischen, der kulturellen, der Produktionsmittel und der Produktionsketten ausdehnt. Es wird von der **Wiederaufnahme der gemeinsamen Geschichte** gesprochen, von gemeinsamen Projekten, von gemeinsamen Positionen in internationalen Organisationen, das heißt, man redet von vielen Dingen, die eigentlich einen Bruch mit der traditionellen Praxis bedeuten.

Aber die Comunidad Sudamericana de Naciones baut auf der Comunidad Andina de Naciones und dem MERCOSUR auf, die im wesentlichen auf Handel ausgerichtet sind. Was diese Abkommen an Nicht-Merkantilem hatten, ist merkantilisiert worden. Die CAN war sehr viel mehr auf Entwicklung und Integration ausgerichtet, in den vergangenen Jahrzehnten sogar protek-

<sup>18</sup> Area de Libre Comercio de las Américas ALCA/Free Trade Association of the Americas FTAA

tionistisch, aber jetzt ist sie sehr viel liberaler, merkantiler geworden. Deshalb gibt es Spannungen zwischen der Debatte und der Realität.

Andererseits gibt es in Lateinamerika einen grundlegenden, strukturellen **Widerspruch zwischen dem Diskurs über Integration** und der Wirtschaftspolitik der Länder. Alle Länder in Lateinamerika heute, alle Regierungen, alle Präsidenten reden auf allen Gipfeltreffen von der Integration Lateinamerikas, von der Stärkung der Einheit unserer Völker, man diskutiert permanent darüber. Einige grundlegende strukturelle Bedingungen erlauben aber Zweifel an der Machbarkeit dieser Integration. Wenn fast die Gesamtheit der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Modelle auf das Wachstum nach außen gerichtet ist, auf Agrarexport, auf den **Export** von Rohstoffen, von Kohlenwasserstoffen oder von natürlichen Ressourcen verschiedenster Art, **ohne wesentliche Verarbeitung**; wenn die Wirtschaftsmodelle auf die Konzentration des Einkommens einiger weniger abzielen wodurch die Aufnahmekapazität des **Binnenmarkts** immer geringer wird; wenn der Blick auf den Markt wesentlich auf die Märkte im Norden gerichtet wird - dann folgt daraus, dass der Integrationsdiskurs letztlich so etwas wie eine Dekoration ist, eine Ausschmückung, die nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun hat. **Es ist nicht möglich, Integration in Lateinamerika zu denken, es sei denn, es gäbe eine Entwicklung nach Innen oder von Innen, eine Umverteilung des Einkommens, die einen Binnenmarkt schafft.**

Heute diskutiert man in Lateinamerika manchmal das Integrationsthema und das Thema der Wirtschaftspolitik, als wären das zwei voneinander getrennte Bereiche. Als wäre die Wirtschaftspolitik eine Sache und die Integration eine andere. Am Ende bleibt dann einfach die Wirtschaftspolitik.

Das kann man sehr gut im **Fall Brasiliens** sehen. Brasilien hat für seine Außenverschuldung Zinszahlungen von 50 Milliarden Dollar jährlich zu erbringen. Um das zu erfüllen, ist die Wirtschaftspolitik notwendigerweise darauf gerichtet, einen Außenhandelsüberschuss und Deviseneinkommen zu garantieren - es sei denn, es käme zu einer Umschuldung, zu einem Moratorium, oder irgendeiner anderen Lösung. Daher gibt es zwei grundlegende Erfordernisse: erstens, sehr hohe interne Zinsen, welche die interne Produktion verkümmern lassen und zweitens die Förderung all der Aktivitäten, die in der Lage sind, auf dem internationalen Markt zu konkurrieren, und das ist im Wesentlichen die Agrarindustrie. Die beiden Sektoren, die während der populären Regierung der PT sich nicht nur bereicherten, sondern heute auch ein viel größeres Gewicht und Einfluss auf die staatliche Politik gewonnen haben, sind ja gerade die Agrarindustrie und der Finanzsektor. Und weder die

Agrarindustrie noch der Finanzsektor haben irgendein Interesse an der lateinamerikanischen Integration.

Dabei ist folgendes wichtig: wenn man vom Neoliberalismus spricht, scheint das etwas zu sein, was sich nur auf wirtschaftspolitische Maßnahmen bezieht, die durch einen Regierungswechsel zu einer anderen Wirtschaftspolitik führen können. Aber das ist nicht so: der **Neoliberalismus** war eine Politik, die diese **Gesellschaften umgebaut hat**; er de-industrialisierte sie, er schuf andere Produktionssektoren, ersetzte einige produktive Sektoren durch andere produktive Sektoren, zerstörte einen großen Teil der organisierten Arbeit, der Gewerkschaften und der sozialen Kräfte, es handelt sich um eine neue globale Zusammensetzung der gesellschaftlichen Kräfte, der sogar den Gemeinsinn und die politische Kultur dieser Gesellschaften veränderte. Gewinnt also zum Beispiel eine linke Regierung, könnte man denken, dass sie nun keine neoliberale Politik mehr betreibt, aber das Land bleibt dasselbe. Das Land ist schon das Produkt des Neoliberalismus.

**Diese Dinge stellt Venezuela in Frage**, weil Venezuela eine **Ausnahme** ist, nicht nur in Lateinamerika, sondern allgemein im Süden, denn Venezuela hat Ressourcen, das Erdöl. Venezuela ist wahrscheinlich das einzige Land in ganz Lateinamerika, das **keine Übereinkunft mit dem Internationalen Währungsfonds** hat. Venezuela hat genügend Einkommen, um die Schulden pünktlich zu zahlen und muss nicht in Verhandlungen mit dem IWF eintreten. Obwohl die Schulden teuer sind und einen bedeutenden Teil des Staatshaushalts ausmachen, bezahlt Venezuela die Schulden pünktlich in dem Bewusstsein, dass Venezuela allein nicht die Schuldzahlung ablehnen kann, es sei denn, es gäbe einen Schuldnerklub oder so etwas. Da es keine Unterstützung in der Richtung bekommen hat, ist es bereit zu zahlen, um Auflagen von Seiten des IWF zu verhindern. Das ist ein Unterschied wie zwischen Himmel und Erde, dass man nämlich handeln kann, dass man keine Abmachungen hat, die einen verpflichten zu privatisieren, Subventionen zu streichen etc. So hat die Regierung **viel mehr Autonomie** für eine eigene Politik.

Durch einen Außenhandelsüberschuss könnte Venezuela seine Schulden mit einem Scheck bezahlen. Das geschieht nicht, aus verschiedenen Gründen. Aus interner Sicht sieht es so aus, dass wenn Venezuela es nicht schafft, sich geopolitisch mit dem Rest des Kontinents zu vernetzen, es Gefahr läuft, sich in einer Isolation wiederzufinden, wie in den ersten Jahren der Regierung Chávez, in denen die US-amerikanische Regierung jederzeit die Absetzung von Chávez verfügen konnte, eine militärische

Besatzung unter jedwedem Vorwand und Venezuela konnte sich nicht wehren.

Die Tatsache, dass es auf dem Kontinent diese politischen Veränderungen gegeben hat, dass die Beziehungen zwischen Venezuela und den Ländern des Kontinents heutzutage sind, wie sie sind, und nicht, wie sie vor einigen Jahren waren, führte dazu, dass die USA zum Beispiel bei der letzten Versammlung der OAS in Florida versuchte, Normen zur Qualifizierung von Demokratie aufzuzwingen. Diese glichen einem Notensystem, nach dem festgelegt werden konnte, wer demokratisch ist und wer nicht und war ausdrücklich gegen Venezuela gerichtet. Das wurde abgelehnt, fand keinerlei Unterstützung und die USA mussten ihren Vorschlag wegen voraussehbarer Erfolglosigkeit zurückziehen. Dass so etwas in der Organisation Amerikanischer Staaten geschieht, die ja fast das Kolonialbüro der USA ist, ist wirklich sehr bedeutsam.

Die Dinge, die Venezuela in Bezug auf Integration vorschlagen kann, hat mit **Venezuelas Stärke** zu tun und das ist im Wesentlichen **das Öl** und eine gewissen **Finanzkraft** in Folge der jetzigen Ölpreise.

Venezuela schlägt den anderen Ländern eine wie immer geartete **Teilung der Energie** vor im Rahmen eines Integrationsprozesses, der weniger auf kommerzielle als auf geopolitische und kulturelle Ziele ausgerichtet ist.

Die Beziehung zu **Kuba** sind ein Beispiel für politische und damit nicht kommerzielle Beziehungen. Öl gegen Ärzte zu tauschen ist etwas Exotisches auf dem Weltmarkt, weit entfernt von der Logik der WTO und dennoch hat dieser Tausch funktioniert, hat für Kuba wie für Venezuela viel bewirkt. Offensichtlich hat Kuba eine Überqualifikation seiner Arbeitskraft in Bezug auf seine Wirtschaftskraft und seine Kapazitäten, Arbeitsplätze zu schaffen, während die Mehrheit der lateinamerikanischen Ländern große Mängel bei der Gesundheitsversorgung haben, da gibt es noch viele Möglichkeiten, auch auf dem Gebiet des Erziehungswesens etc.

Einige Integrationsvorschläge Venezuelas haben schon Früchte getragen. Kürzlich gab es ein Spitzentreffen Venezuelas mit den Ländern der **Karibik**, wo sie ein Abkommen zur Einrichtung von Petrocaribe unterzeichneten, ein Unternehmen mit Beteiligung der meisten Karibikländer, wobei Venezuela das Öl liefert, die Einrichtungen zum Vertrieb, wie z.B. Schiffe oder Raffinerien zu günstigen Bedingungen den Karibikländer überlassen werden und sie damit aus dem Dilemma der für sie unbezahlbaren Preise führt. Das ist etwas, was offensichtlich im **Gegensatz zu der kommerziellen Logik** steht und damit auch gegen die Interessen der USA in der Karibik).

Heute (4.8.05) unterzeichnen die Präsidenten von **Uruguay** und Venezuela ein Inves-

titionsabkommen zur Modernisierung der uruguayischen Raffinerien zu Verbreitung des Schweröls im ganzen Orinoko-Becken. Dadurch soll Uruguay ein Zentrum auch für den Export nach Brasilien und Argentinien werden. Als Gegenleistung liefert Uruguay Fleisch- und Milchprodukte nach Venezuela. Hier stehen offensichtlich geopolitische und nicht primär kommerzielle Prioritäten im Vordergrund und stärken damit die Autonomie beider Länder. Wichtig ist hier zu sagen, dass das kein reiner Diskurs ist, denn Diskurse kann man über alles machen, was man will, das kostet gar nichts, das Papier ist geduldig, sondern hier wird in **Realität** gezeigt, dass es möglich ist, nicht nur deshalb, weil es einen verrückten Chávez gibt, der sich Dinge einfallen lässt, sondern weil man so verhandelt, dass es für alle einen Sinn macht.

Eine andere sehr wichtige Erfahrung ist die mit **Telesur** ( ein gemeinsamer Sender, an dem sich bisher Venezuela, Kuba, Argentinien und Uruguay beteiligen). Eine Stärke, die uns in Lateinamerika eint, ist z.B. die Musik, der Bolero, mexikanische Lieder, der Tango etc. Aber die Bilder, die wir sehen, sind die des CNN, die großen privaten Fernsehketten der USA. Die Geschichten, die sie uns in Lateinamerika über den Irak erzählen, sind dieselben, die sie allen erzählen, was sie den Lateinamerikanern über Venezuela berichten. Es ist also ein unverzichtbarer Schritt mit der **kulturellen Integration** und Information voranzukommen. Leider hat es einen gewissen Widerstand der Regierung Brasiliens dagegen gegeben, obwohl es doch eine unglaubliche Wirkung haben könnte.

Kaum hatte Telesur seine Sendungen begonnen, wurde im Kongress der USA ein Gesetz diskutiert und angenommen, als habe Venezuela einen antiamerikanischen Kanal geschaffen, der die Venezolaner daran hindere, objektive und wahre Information zu erhalten, und dass sie eine Station schaffen würden, vom Typ Radio Cuba Libre, um die Venezolaner über die Wahrheit zu informieren.

### 3. Frage:

*Um zum Ende zu kommen, noch eine Frage: im Januar diesen Jahres (2005) war Chávez auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre anwesend und anscheinend haben er, die Regierung Venezuelas und wichtige Gruppe der venezolanischer Gesellschaft die Verpflichtung übernommen, im nächsten Jahr einen Teil des nächsten Weltsozialforums zu organisieren, das ja an drei verschiedenen Orten ausgerichtet werden soll. Wir möchten dazu von Dir etwas darüber erfahren, welche Bedeutung es hat, dass Weltsozialforum im Jahr 2006 in Venezuela stattfinden wird.*

**Edgardo:** Zunächst über die Entscheidung, dass das Weltsozialforum in Caracas statt-

finden soll. Die **Entscheidung** das Forum in Caracas stattfinden zu lassen fiel im Internationalen Rat des Weltsozialforums. Es gab davor nicht einmal eine Konsultierung der venezolanischen Regierung. Als der Internationale Rat des Weltsozialforums in Porto Alegre beschloss, eine polyzentrische Variation des Forums für 2006 zu schaffen und dazu einen Ort für Amerika auszuwählen hatte, versammelte sich der größte Teil der im Rat anwesenden Organisationen, die den Rat konstituieren, und nach den anfänglichen Zweifeln einiger Leute wurde schließlich beschlossen, dass es in Venezuela sein sollte. Das ist offenbar ein Ausdruck von Solidarität und Interesse am venezolanischen politischen Prozess.

Dennoch gab es danach auch im Internationalen Rat und bei einigen Leuten des Sekretariats in Brasilien Zweifel über die Ratsamkeit eines Forums in Venezuela, weil sie dachten, dass ein Forum in Venezuela von der Regierung benutzt werden könnte, es zu instrumentalisieren, die Absicht bestehen könnte, es in ein bolivarianisches, chavistische Forum zu verwandeln. Man befürchtete, dass das empfindlichen Gleichgewicht des Forums, die Spannungen, die es im Forum zwischen den NGOs, den sozialen Bewegungen und den Parteien gibt, das Forum als Ort für die Diskussion, als politischer Ort für Entscheidungen, durch die wachsende Politisierung gestört werden könnten. Das führte dazu, dass in dem venezolanischen Organisationskomitee dieses Thema gründlich diskutiert und ganz klar beschlossen wurde, dass das **Weltsozialforum eine außerordentlich wertvolle Erfahrung der Kämpfe der Völker dieses Planeten ist** und dass jedweder Versuch, der die Dynamik des Forums schädigen könnte, für das Forum, für Venezuela und für den Widerstand, kurz für alle, außerordentlich schädlich wäre.

Dann gab es ein Treffen des Rats des Weltsozialforums, das zufällig mit der Anwesenheit von Chávez in Havanna im Monat April zusammenfiel, wo man ihm offiziell vorschlug, das Forum in Venezuela abzuhalten und dass man die finanzielle Unterstützung der venezolanischen Regierung brauche. Es gab eine sehr offene Debatte darüber, was das Forum ist, warum das Forum eine **plurale** und demokratische Angelegenheit ist, warum das Forum keine definitiven Beschlüssen fassen kann, warum es auf dem Forum eine **Spannung** zwischen dem **Politischen** und dem **Sozialen** gibt und über die Pluralität, und warum das Forum so ist und nicht anders...

Man kam zu einer kristallklaren Übereinkunft, in der Chávez und seine Regierung definitiv zusagten, den Charakter des Forums anzuerkennen, dass das Forum **nicht chavistisch** sein werde, kein Solidaritätsakt für Venezuela und auch keine bolivarianische Veranstaltung.

In den Debatten, die wir sowohl im internationalen wie auch im venezolanischen Rat führen, halten wir die Idee aufrecht, das Forum nicht für Venezuela zu instrumentalisieren. Augenscheinlich nutzt es mehr, dass es ein breites, partizipatives und pluralistisches Forum ist, auf dem die venezolanischen sozialen Bewegungen und Organisationen in Kontakt treten mit ihren Gegenübern aus dem Rest der Welt, wo die Leute, die aus anderen Teilen der Welt nach Venezuela kommen, in der offensten Form kennen lernen, was in Venezuela geschieht. So ist es nicht möglich, dass es zwischen den Interessen des Forums und den Interessen der venezolanischen Organisationen irgendwelche Spannungen geben kann, sie wollen in diesem Sinn exakt dasselbe. Das soll nicht heißen, dass der venezolanische Prozess und das Forum dasselbe seien, aber die beiden Dinge stimmen überein, und es handelt sich um ein Forum, das so breit wie möglich sein soll, mit dem **größtmöglicher Kontakt der internationalen sozialen Bewegungen mit den venezolanischen**.

Ich möchte hier kurz zum Thema internationale Solidarität etwas sagen, da dies einer permanenten kritischen Sicht bedarf. Die solideste Grundlage für Solidarität ist, dass wir erkennen, was wir gemeinsam haben. Es sind unsere gemeinsamen Interessen, die uns verbinden und nicht dass sich die Privilegierten über die „armen Schweine“, denen man helfen muss, Sorgen machen. Viel solider ist es herauszufinden, was das Unse- re ist, die **gemeinsamen Interessen und Bedrohungen**, denen wir ausgesetzt sind in dieser Welt, dieser Logik des totalen Markts, dieser Logik der Militarisierung des Planeten, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, das heißt alles, was uns alle betrifft. In den Widerstandsbewegungen haben wir unterschiedliche Prioritäten, aber diese Dinge teilen wir und dieser gemeinsame Kampf ist es, an dem wir arbeiten müssen.

Ich glaube, dass die Erfahrung von nur 5 oder 6 Jahren auf den Sozialforen, trotz der Kritik der fehlenden Fähigkeit in der politischen Einflussnahme, ein Lernprozess ist, in einer **neuen Art Politik zu machen**. Es ist eine neue Form von Demokratie, eine Form, in der wir entdecken, dass wir an verschiedenen Orten gemeinsamen Bedrohungen ausgesetzt sind, die wir vorher nicht als gemeinsame entdeckt hatten. Es geht darum, zuzugeben, dass es sich nicht mehr um die Anerkennung der „richtige Linie“ handelt, dass man nicht mehr um die Abweichung von der richtigen Linie kämpft, dass man den Abweichungen auf der Linken, auf der Rechten oder der trotzkistischen Seite entgegenzutreten muss, all diese unendlichen Durcheinander der kommunistischen Kongresse – um sich in eine Debatte der Pluralitäten zu verwandeln, die aber nicht nur ein Festival ist, sondern auch ein Ort, an dem ein kollektiver Lernprozess stattfindet, ein

soziales und politisches Geflecht entsteht, in denen **Prioritäten gesetzt und Kampagnen geplant** werden. Die Möglichkeit, gemeinsame Probleme zu erkennen, eine außerordentlich wichtige politische Konstruktion, die augenscheinlich erst durch das Internet ermöglicht wird. Das ist so etwas wie die materielle Grundlage, die aus dem Pentagon hervorgegangen ist. (Lacht) ...

Diese Debatten um das Forum herum sind sehr wichtig, also wie man es effizienter machen kann, wie man es schafft, dass einige der zentralen Themen, über den Freihandel und den Krieg z.B., ein größeres

Gewicht bekommen als es bisher der Fall war. Diese Bemerkungen sind nicht gegen das Forum gerichtet oder ein Infragestellen des Forums, aber es gibt ja auch große **Sorge**, dass das Forum sich **erschöpfen** könnte, dass es eine große Anstrengung ist, jedes Jahr zusammenzutreffen, dass die Organisationen sich darin erschöpfen, jedes Jahr hinzufahren und die Mittel in die Reisen investieren, anstatt sich in die Kämpfe vor Ort einzubringen, oder dass die Leute so etwas wie eine große Katharsis abhalten, ein großes Treffen, das Mut macht, aber **wenn es vorbei ist - tja, was bleibt uns an Stärke?** Es gibt viele Probleme, die der Diskus-

sion bedürfen. Aber diese Diskussionen stärken die Dynamik. Ich glaube, dass durch diese Erfahrungen mit politischen Debatten und mit dem venezolanischen Prozess, Dinge gestärkt werden können und das kann sehr gut sein für Venezuela und für das Forum.

*Vielen Dank, Edgar*

*Übersetzung von Dorothea Melcher und überarbeitet von Dorothea Härlin*

Edgardo Lander,

## "Venezuela - Vorbildfunktion für ganz Lateinamerika"

*taz: Venezuelas Präsident Hugo Chávez ist einer der wenigen Regierungschefs, die sich offen den USA entgegenstellen. Hat Ihr Land gar keine Angst vor der größten Militärmacht der Welt?*

Edgardo Lander: Doch. Wir fürchten langfristig sogar einen militärischen Angriff. Noch sind die USA im Irak gebunden. Aber wenn sie wieder freie militärische Kapazitäten haben, könnte es sein, dass sie sich auf uns konzentrieren.

*Weil Präsident Chávez so viel im Fernsehen redet und die USA provoziert?*

Weil wir über die größten Ölvorkommen des amerikanischen Kontinents verfügen. Neben dem Irak ist Venezuela eines der wenigen Länder, die ihre Förderung noch steigern können. Leider betrachten die USA seit der Monroe-Doktrin von 1823 Lateinamerika als ihren Hinterhof. Sie glauben daher, dass unsere Ölreserven eigentlich ihnen gehören. Vielleicht wird Venezuela ja bald zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit der USA erklärt.

*Zur Zeit konzentrieren sich die militärischen Drohungen der USA aber mehr auf den Iran.*

Der Iran ist isolierter als Venezuela. Wir haben in den letzten Jahren viel für unsere außenpolitischen Beziehungen getan. Gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten, China und Frankreich. Das macht es den USA schwer, uns zu drohen.

*Wovor haben die USA denn Angst?*

Die Macht der USA stützt sich ja auf die Sonderrolle des Dollars als weltweite Reservewährung. Wir haben unsere Währungs-

reserven in Euro umgetauscht. Wenn Länder wie China, Japan oder Saudi-Arabien unserem Beispiel folgen, dann wäre es um die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA geschehen. Auch die Art und Weise, wie wir die gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) sabotiert haben, dürfte die USA sehr geärgert haben. Außerdem hat Venezuelas Souveränität eine Vorbildfunktion für ganz Lateinamerika.

*Stört der Führungsanspruch Venezuelas nicht die anderen lateinamerikanischen Staaten?*

Im Unterschied zu den meisten anderen Ländern hat Venezuela durch seine Ölvorkommen finanzielle Spielräume. Das drängt uns gewissermaßen in diese Rolle. Früher war Venezuela wie viele lateinamerikanische Staaten eher isoliert. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hatte in fast allen Ländern Lateinamerikas den Binnenmarkt zerstört. So ist eine starke Abhängigkeit vom Export entstanden. Da fast alle die gleichen Güter exportierten, müssen sie untereinander konkurrieren. Nur vor diesem Hintergrund versteht man, wie revolutionär unsere Bemühungen um einen lateinamerikanischen Binnenmarkt sind.

*Und warum war das all die Jahre vorher nicht möglich?*

Weil die herrschende Elite sich eher den USA als Venezuela zugehörig fühlte. Ein Beispiel dafür ist unsere Ölfirma PDVSA. Obwohl sie seit den 70er-Jahren staatlich ist, ging es den liberalen Eliten im Vorstand darum, dem Staat so wenig wie möglich zu geben. Bis 1999 wurde unser Öl zu einem Drittel des Weltmarktpreises, damals 7 Dollar, verschertelt. Die Ölfirma hatte trotzdem eine Rendite, die zweieinhalb Mal

so groß war wie das venezolanische Staatseinkommen. Seit Chávez an der Macht ist, hat er gezeigt, dass er die Verhältnissen wirklich ändern will.

*Doch auch heute wird Chávez Populismus vorgeworfen.*

Das ist doch die typische Propaganda der Wirtschaftseliten. Wer die Interessen des Volkes vertritt, gilt als Populist. Unsere Regierung stand vor dem Problem, mit einem Staatsapparat agieren zu müssen, der von den alten Kräften durchsetzt war. Das führte dazu, dass wir uns bei unseren Reformen nicht einfach auf die bestehenden staatlichen Institutionen stützen konnten. So schickten wir zum Beispiel einfach ohne direkte Beteiligung des Gesundheitsbehörden tausende kubanische Ärzte in die sozial schwachen Gebiete.

*Könnte Europa in diesem Prozess der lateinamerikanischen Emanzipation nicht eine Rolle spielen?*

Als der argentinische Staat durch den IWF in die Pleite getrieben wurde, haben sich europäische Firmen leider genauso an der Plünderung öffentlicher Güter beteiligt wie die USA. Spanische Firmen haben den argentinischen Ölkonzern und das Telekommunikationsnetz zu einem Spottpreis aufgekauft. Während Frankreich sich die argentinischen Wasserwerke angeeignet hat. Ich bin daher sehr skeptisch, dass ein wiedererstarktes Europa sich sehr viel anders als die USA verhalten würde.

INTERVIEW: HAUKE RITZ

taz Nr. 7830 vom 26.11.2005, Seite 12, <http://www.taz.de/pt/2005/11/26/a0215.nf/text>

# Hugo Chavez

## Für ein neues historisches sozialistisches Projekt

### Mar del Plata ist das Grab der ALCA

*Auszüge aus der Rede von Hugo Chávez, zum Abschluß des »Völkergipfels« in Mar del Plata (Argentinien) am 4. November 2005  
Die Übersetzung basiert auf einer Mitschrift des venezolanischen Informations- und Kommunikationsministeriums.*

Wir sind heute in Mar del Plata zusammengekommen, und jeder von uns hat eine Schaufel mitgebracht. In Mar del Plata begraben wir die ALCA (»Freihandelszone der Amerikas«, jW) (...) Wir, die Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts, haben eine **doppelte historische Aufgabe**: Wir müssen nicht nur der ALCA das Grab schaufeln (...), sondern auch dem Modell des Kapitalismus (...). Zwar ist die ALCA tot, aber das bedeutet nicht, daß der Kapitalismus auch tot ist, deshalb sage ich mit Nachdruck: **Der nächste, den wir begraben müssen, ist der Kapitalismus.** (...)

Unsere **zweite Aufgabe** besteht darin, eine **neue Zeit hervorzubringen**, eine neue Geschichte, eine neue Integration: die **ALBA**, eine Alternativa Bolivariana para las Américas (»Bolivarische Alternative für die Amerikas«, jW), für die Völker Amerikas, für Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden. Nur vereint können wir dies erreichen: den Kapitalismus begraben, um den **Sozialismus des 21. Jahrhunderts** zur Welt zu bringen, ein neues historisches sozialistisches Projekt. (...) Ich bin überzeugt, daß sich dieses Projekt schon im Bauch Amerikas befindet, jetzt müssen wir uns anstrengen, um es auf die Welt zu bringen, ihm Leben einhauchen und es gestalten. (...)

#### Alternativen von unten

Die Bolivarische Alternative für die Amerikas muß von unten aufgebaut werden, mit Beteiligung der Arbeiter, Indigenen, Bauern, Studenten, Frauen, Nachfahren von Afrikanern, der Fachleute und der Künstler. Alle haben wir darin unsere Aufgabe. Aber die ALBA wird nicht durch die Eliten aufgebaut, sondern von unten, von unseren eigenen Wurzeln her, mit unserem Schweiß, unserem Lehm, wie José Martí einmal gesagt hat: »Man muß radikal sein«. (...) Ich bin ein Radikaler. Laßt uns Radikale sein, radikal in unseren Prinzipien, fest verwurzelt – das Wort stammt von Wurzel: radikal revolutionär! Radikal humanistisch! Radikal patriotisch für das große Vaterland! Radikal dem Leben und den Völkern verpflichtet. Täglich radikaler! (...)

Was die ALCA versucht, ist die Konsolidierung der wirtschaftlichen Macht der großen multinationalen Konzerne und der Eliten, die die Länder lange Zeit beherrscht haben. (...) Die ALBA strebt die Befreiung der Völker an, die Umverteilung der Einkünfte

unserer Völker, die Gleichheit, den Wandel des wirtschaftlichen Produktionsmodells, die soziale Integration. (...) Die **Armut** ist in Lateinamerika hauptsächlich aufgrund des kapitalistischen Modells und des Washingtoner Konsenses gewachsen. Vor 20 Jahren gab es in Lateinamerika 200 Millionen Arme, jetzt gibt es laut der neuesten Zahlen der CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) 222 Millionen Arme. Vor 20 Jahren lebten 50 Millionen Lateinamerikaner in extremer Armut, heute sind es 100 Millionen. Heute sterben 27 von 1 000 Kindern an heilbaren Krankheiten. In Lateinamerika gibt es täglich mehr Hunger, mehr Elend, wegen des neoliberalen Modells, das unsere Völker erbarmungslos geißelt. Täglich gibt es mehr Reiche, täglich bereichern sich die Eliten mehr. (...)

Durch die ALBA, durch das strategische Abkommen zwischen Kuba und Venezuela, z. B., haben wir Venezolaner es geschafft, eine Krankheit unserer Zeit zu besiegen: den Analphabetismus. In weniger als zwei Jahren haben wir in Venezuela **den Analphabetismus abgeschafft**, dank der Unterstützung durch die kubanische Revolution. (...) In weniger als zwei Jahren haben anderthalb Millionen Venezolaner lesen und schreiben gelernt (...), und vor einer Woche ist Venezuela von der UNESCO zum Territorium ohne Analphabetismus erklärt worden, dank der kubanischen Methode »Ich kann doch«. Dies ist die ALBA in Lateinamerika. Das ist einer der Vorschläge, die ich auf dem Gipfel in Mar del Plata einbringen werde, dem Gipfel der Präsidenten: Daß wir aufhören, von Gipfel zu Gipfel zu schreiten und Reden und noch mehr Reden zu schwingen, Erklärungen und noch mehr Erklärungen zu verfassen, sondern direkt gegen den Analphabetismus kämpfen. (...) In Lateinamerika gibt es heute 40 Millionen Analphabeten, und wenn wir den funktionalen Analphabetismus betrachten, sind es 200 Millionen. Wie kann sich jemand vorstellen, daß wir mit dieser schrecklichen Last, die unsere Völker nach Jahrhunderten der Sklaverei, der Ausbeutung und Unterordnung mit sich herumtragen, wie kann sich jemand vorstellen, daß wir, solange wir den Analphabetismus nicht besiegen, vorankommen können? (...)

#### Kennedy

(...) Kennedy verstand allem Anschein nach wenigstens teilweise die Realität der Welt,

und in einer Rede vor dem Kongreß der USA sagte er: »Es gibt eine Revolution im Süden, und die Ursache dieser Revolution ist der Hunger, ist die Armut, nicht der Kommunismus.« (...) Kennedy sagte, daß man den Programmen zur Aufstandsbekämpfung eine Agrarreform zur Seite stellen müßte. (...) Kennedy schlug auch eine Steuerreform vor, um von den Reichen mehr Steuern einzunehmen und die Einkünfte umzuverteilen. Kennedy sagte mit einer für seinen Standpunkt beeindruckenden Klarsicht: »Die, die der friedlichen Revolution den Weg versperren, ebnen gleichzeitig der gewaltsamen Revolution den Weg.« Und forderte die Regierung dazu auf, eine friedliche Revolution durchzuführen. (...)

#### Erdöl

Ich werde euch hier nun etwas im geheimen verraten, was ich später in der Runde der Präsidenten sagen werde: Venezuela ist ein unterentwickeltes, armes Land, das eine sehr schwere Last trägt, ein drückendes Erbe von Armut und Ungleichheit. Dennoch haben wir aufgrund der Erhöhung der Erdölpreise (...) **Petrocaribe** ins Leben gerufen. Venezuela wird 14 Karibikstaaten Erdöl liefern. Wir räumen einen 40prozentigen Nachlaß auf den Preis pro Barrel ein, das Öl muß erst innerhalb eines Zeitraums von 25 Jahren bezahlt werden, die Zinsen betragen ein Prozent, die ersten drei Jahre verzichten wir auf die Tilgung der Schuld. Jeder, der rechnen kann, wird feststellen, daß diese Modalitäten eine Schenkung von nahezu 70 Prozent bedeuten (...). Außerdem kann das Öl mit Gütern und Dienstleistungen abbezahlt werden, nicht notwendigerweise mit Geld. Das ermöglichen wir, um den kleinsten, den schwächsten Ländern zu helfen, unseren Brüdern, die die meisten Schwierigkeiten haben.

Nicht nur in der Karibik, auch hier in Argentinien haben wir einen **Kooperationsvertrag** abgeschlossen. (...) Venezuela wird Argentinien fast acht Millionen Barrel Gasöl liefern, und Argentinien bezahlt nicht mit Geld, sondern mit Zuchtrindern zum Beispiel, oder Ärzteteams, die auf den Kampf gegen den Krebs spezialisiert sind. Auch mit der Regierung Uruguays schließen wir einen Vertrag zur Erdöllieferung ab. (...) Seit fast 100 Jahren beutet Venezuela Erdöl aus und war fast 30 Jahre lang der weltgrößte Erdölexporteur, aber wir waren eine nordamerikanische Kolonie. Alles Erdöl

ging nach Norden. Zum ersten Mal seit 100 Jahren fährt ein venezolanisches Schiff mit Erdöl für das argentinische Volk zum Río de la Plata. (...) Vor drei Monaten fuhr zum ersten Mal ein venezolanischer Tanker nach Uruguay und brachte das Erdöl in eine dortige Raffinerie zur Weiterverarbeitung. (...) Wir verhandeln darüber, daß ein Teil der Rechnung mit Zement und anderen Gütern und Dienstleistungen beglichen wird, um die Schuldenlast dieser Regierungen nicht weiter zu erhöhen, und damit sie schneller ihre Sozialprogramme umsetzen können.

Argentinien haben wir Staatstitel (Bons) für fast eine Milliarde US-Dollar abgekauft. Das gab es hier noch nie, daß ein lateinamerikanisches Land von einem anderen Bons erwirbt, um soziale Entwicklungspläne zu finanzieren, und das, obwohl wir selbst eine hohe Schuldenlast zu tragen haben.

### Bündnis gegen den Hunger

(...) Die Alianza Contra el Hambre, ALCHA, ist ein Bündnis gegen den Hunger, ein Plan von 2005 bis 2015, um in zehn Jahren den Hunger in unseren Ländern zu besiegen. (...) Venezuela stellt dafür von seinen eigenen Ressourcen (...) zehn Milliarden Dollar zur Verfügung (...). Ich bin mir sicher, obwohl ich Fidel Castro nicht gefragt habe (...), daß er an diesem Bündnis gegen den Hunger teilnehmen wird, genau so wie am Kampf gegen den Analphabetismus und an den Gesundheitsprogrammen. (...) Ich bin mir sicher, daß das die ALBA ist (Alba bedeutet auch Morgendämmerung, Tagesanbruch, jW).

Laßt uns dem Sozialen die Priorität geben, laßt uns tief humanistisch handeln, laßt uns dem Leid der Menschen die Priorität geben, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, das ist die ALBA. Die ALBA ist auch das, was vor zwei Wochen in Caracas stattfand: das erste internationale **Treffen der Arbeiter von selbstverwalteten Betrieben**. Arbeiter aus Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Haiti, Kolumbien, Venezuela, aus mehr als zehn Ländern, Gewerkschaftsführer, Gewerkschaftsdachverbände haben ihre Zusammenarbeit vereinbart. Um ein Beispiel zu nennen. Es gibt ein uruguayisches Unternehmen, das Leder verarbeitet, aber keine Kredite bekommt, also über kein Kapital verfügt, um Primärmaterial einzukaufen. Venezuela hat angeboten, das Primärmaterial zu liefern, damit es von dem uruguayischen und einem venezolanischen Betrieb verarbeitet werden kann. Einem brasilianischen Unternehmen, das Plastik verarbeitet, aber aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten nicht genug Plastikartikel herstellen kann, wurde von Venezuela angeboten, Primärmaterial geliefert zu bekommen. Sie werden uns dafür Produkte zu niedrigen Kosten abgeben, und später werden wir ein strategisches Bündnis

schließen, um diese Produkte auf unsere Märkte zu bringen, um die Nachfrage unserer Völker zu befriedigen.

Bei diesem Treffen entstand die Idee, Empresur (Zurückeroberte Fabriken des Südens) zu gründen. Das ist die ALBA. Die ALBA ist auch die **Petrosur**, ein strategisches Bündnis zwischen den südamerikanischen Erdölgesellschaften Pdvsa, Petrobrás, Ancap und Enarsa, um unser Erdöl gemeinsam auszubeuten, zu verarbeiten und zu verkaufen. Venezuela ist kurz davor, hier in Argentinien eine Raffinerie zu erwerben. Wir werden in diese Raffinerie und ein Vertriebssystem für Brennstoffe fast 100 Millionen Dollar investieren. Dasselbe in Brasilien: Wir haben mit Petrobrás ein Abkommen geschlossen und werden eine große Raffinerie in Pernambuco aufbauen, im Nordosten Brasiliens, um venezolanisches Erdöl dorthin zu verschicken und zu verarbeiten und die gesamte Bevölkerung Nordbrasilien zu versorgen, die bislang Schwierigkeiten hatte, an Energie zu gelangen.

### »Zweite Unabhängigkeit«

Compañeros und Compañeras, ich möchte euch sagen, Venezuela verfügt über die weltgrößten Erdölreserven, die achtgrößten Erdgasvorkommen – deshalb werden wir zum Ziel der imperialistischen Aggressiven. Venezuela hat Erdöl und Erdgas, um die Völker Lateinamerikas die nächsten 200 Jahre hindurch zu beliefern. Die Völker Lateinamerikas können auf die Unterstützung Venezuelas zählen, für die Entwicklung ihres Energiesektors, ihrer Gesellschaften und ihrer Technologien.

Zum Abschluß einige Grundzüge unseres Vorschlags für eine Bolivarische Alternative für die Amerikas. **Telesur**, das südamerikanische Fernsehen, ist bereits auf Sendung, ein Vorschlag, den wir vor ein paar Jahren gemacht haben, und es erreicht täglich mehr Menschen. (...) Das Fernsehen der ALBA, der Integration der ALBA. Denn es ist wichtig, daß wir unsere Gesichter sehen und unsere Stimmen hören, nicht das, was uns die CNN und die großen Kabelkanäle aus dem Norden vorsetzen. Daß wir unsere Gesichter sehen und unsere Traditionen bewahren, unsere Kulturen. (...)

Heute morgen habe ich militärische Ehren empfangen, als ich aus dem Flugzeug stieg, und ich habe mich mit einem argentinischen Soldaten unterhalten. Ich weiß, welche Traumatisierungen die Völker hier durch ihre Soldaten erlitten haben, aber diese Soldaten aus Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela, Bolivien und Ecuador müssen wieder die ursprünglichen Fahnen der Befreier dieser Länder hochhalten, der Befreiungskämpfer. (...) Denn der nordame-

rikanische Imperialismus ist in die Streitkräfte unserer Völker eingedrungen, hat Diktatoren ausgebildet und Soldaten das Foltern, das »Verschwindenlassen«, den Kampf gegen das eigene Volk gelehrt. (...) Oftmals handelten die Streitkräfte unserer Völker als Besatzungsmächte im eigenen Land, ich gehöre zu den venezolanischen Streitkräften, die die Fahne Bolivars gehißt und sich dem Volk angeschlossen haben, um eine Revolution zu machen.

Ich sah diesen Soldaten, das Gewehr an der Schulter, wie er mir die militärischen Ehren erwies und blieb vor ihm und einem anderen stehen und grüßte sie und sagte zu dem einen leise: »Vergiß nicht, daß dieses Gewehr, das du vor der Brust trägst, dazu dient, das argentinische Volk zu verteidigen, seine Souveränität, seine Würde.« Und ich sah in den Augen dieses Soldaten das Funkeln des Bewußtseins. Ich bin mir sicher, daß wir in dem Maße, wie sich unsere Völker entwickeln, einen Weg ebnen für die endgültige Befreiung unseres Amerikas. Wir werden täglich stärker auf die Unterstützung unserer Soldaten zählen können. (...) Denn heute geht es um die zweite Unabhängigkeit, was wir heute unternehmen, hat bereits José Martí um 1880 gesagt, als er zu den Völkern Lateinamerikas sprach: »*Es schlägt die Stunde der zweiten Unabhängigkeit*«. Wir brauchen alle bewußten Männer und Frauen.

### SATO statt NATO?

Als ich zu dem Soldaten sprach, fragte ich mich: Warum kann es nicht wie die NATO eine SATO (»Südatlantikpakt« - jW) geben. Damit wir, falls es eines Tages wieder so etwas wie den Fall der Malwineninseln gibt, unsere Streitkräfte verbünden, um unsere **Souveränität** zu verteidigen, um selbst unsere Sicherheits-, Verteidigungs- und Souveränitätskonzepte zu definieren und nicht weiter vom Kommando Süd der Vereinigten Staaten abhängig zu sein.

**Unabhängigkeit**, sagte Martí. Unabhängigkeit sagen wir heute auf diesem dritten Gipfel der Völker. Ich schließe aus ganzem Herzen mit dem Ausspruch von Martí: »Es schlägt die Zeit der zweiten Unabhängigkeit der Völker Amerikas«. Die Zeit ist gekommen. Eine bolivarische, eine sanmartinische, eine peronistische, eine guevaristische, eine revolutionäre Umarmung euch allen. (...) Und vielen Dank für diese wunderbare Veranstaltung, ich begeben mich jetzt auf den anderen Gipfel und trage den Geist und die Worte von euch mit mir (...) Vaterland oder Tod, wir werden siegen! Es lebe Che Guevara!

*Zusammenstellung und Übersetzung: Timo Berger. Die vollständige Rede auf Spanisch <http://argentina.indymedia.org/news/2005/11/345552.php> aus Junge Welt*

# Noam Chomsky und Bernie Dwyer Die Integration Lateinamerikas

'Radio Havana Cuba'-Interview / ZNet 07.03.2006

*Ich musste gerade an ein großartiges irisches Lied denken: 'The West's Awake' (1) von Thomas Davis. Das Lied erinnert an den Aufstand der Fenians im Jahre 1798. Westirland, seit Jahrhunderten von Großbritannien beherrscht, liegt in tiefem Schlummer. Dann erwacht es plötzlich und steht gegen seine Unterdrücker auf. Kann man anfangen zu hoffen, dass jetzt auch der globale Süden erwacht?*

Was sich hier abspielt, ist etwas völlig Neues in der Geschichte der Hemisphäre. Seit Eroberung durch die Spanier waren die lateinamerikanischen Länder weitgehend voneinander getrennt und auf die Imperialmacht hinorientiert. Zudem existiert eine scharfe Trennlinie zwischen jener kleinen Elite von Reichen und der großen, leidenden Masse der Bevölkerung. Die Eliten transferierten ihr Kapital, sie reisten, hatten einen Zweitwohnsitz und schickten ihre Kinder zum Studium in irgendein europäisches Land, mit dem ihr Staat enge Beziehungen unterhielt. Was ich sagen will, selbst das Transportwesen war auf das Ausland hin ausgerichtet: Export, Ressourcen usw..

**Nun beginnt zum erstenmal die Integration (Lateinamerikas)** - und zwar sehr divers. Ein Beispiel sind Kuba und Venezuela, ein anderes der MERCOSUR. Letzterer funktioniert noch nicht sonderlich gut. Vor kurzem trat Venezuela dem MERCOSUR bei - ein großer Schritt vorwärts und ein Schritt, der von den Präsidenten Brasiliens und Argentiniens sehr begrüßt wurde.

**Zum erstenmal wird die indianische Bevölkerung politisch ziemlich aktiv.** In Bolivien hat sie gerade eine Wahl gewonnen - wirklich sehr bemerkenswert. In Ecuador gibt es einen starken indigenen Anteil an der Bevölkerung, selbst in Peru. Manche fordern schon eine Indio-Nation. Sie wollen die eigenen Ressourcen selbst kontrollieren. Im Grunde aber wollen viele Indios nicht einmal die Entwicklung ihrer Ressourcen. Viele können der Zerstörung ihrer Kultur, ihrer Lebensart, nichts abgewinnen - nur, damit in New York ein paar Leute in den Genuss eines Verkehrsstaus kommen.

Noch etwas kommt hinzu: **Man hat damit begonnen, den Internationalen Währungsfonds (2) rauszukicken.** In der Vergangenheit waren die USA in der Lage, unangenehme Entwicklungen - wie etwa lateinamerikanische Unabhängig-

keitsbestrebungen - gewaltsam zu unterbinden. Man unterstützte einen Militärputsch oder Einmarsch, Subversion usw... Heute funktioniert das nicht mehr so einfach. Das letzte Mal, dass es die USA versucht haben, war 2002 in Venezuela. Sie mussten sich den enormen Protesten in Lateinamerika geschlagen geben. Der Staatsstreich wurde natürlich im Land (Venezuela) selbst vereitelt - etwas ganz Neues.

Sollten die Vereinigten Staaten ihre ökonomische Waffe der Kontrolle tatsächlich verlieren, so würde sie das enorm schwächen. Argentinien schafft sich den IWF praktisch gerade vom Hals - wie sie das ausdrücken -, indem es seine Schulden an ihn zurückzahlt. Das Land hatte die Regeln des Internationalen Währungsfonds befolgt - mit äußerst verheerenden Folgen. Venezuela unterstützt Argentinien, indem es einen Teil der argentinischen Schulden aufkauft.

Genauso wird wohl auch Bolivien verfahren. 25 Jahre lang hatte sich das Land streng an die Regeln des IWF gehalten. Heute ist das bolivianische Prokopfeinkommen niedriger als vor 25 Jahren. Davon will man nun loskommen. Die anderen Länder machen es ebenso. Im Prinzip ist der IWF nichts anderes als das Schatzamt der USA. Er ist eine ökonomische Kontrollwaffe. Zusammen mit der Waffe des Militärs dient der IWF zur Aufrechterhaltung der Kontrolle - eine Waffe, die zerbröselte.

**All dies geschieht auf dem Hintergrund äußerst substantieller Volksbewegungen.** Früher wurden solche Volksbewegungen - falls es sie überhaupt gab -, mit Gewalt, mit Staatsterror und mit 'Operation Kondor' (also mit einer Monstrosität nach der andern) zerschlagen. Diese Waffen stehen nun nicht mehr zu Verfügung.

**Darüber hinaus hat eine Süd-Süd-Integration eingesetzt.** Brasilien, Südafrika und Indien bauen Beziehungen auf.

Bei all diesen Vorgängen sind die Kräfte, die hinter den Kulissen Druck ausübten, erneut internationale Organisationen des Volkes - Organisationen, wie es sie zuvor noch nie gab. Sie treffen sich einmal pro Jahr beim **Weltsozialforum**. Die bislang stattgefundenen WSFs haben inzwischen viele **regionale Sozialforen** hervorgebracht. Hier in Boston existiert auch eines - wie an vielen Orten. Hierbei handelt es sich um machtvolle, historisch beispiellose Massenbewegungen - **im Grunde ist**

**es die erste echte Internationale.** Immer war vonseiten der Linken ja von 'Internationalen' die Rede, nur, dass es sie nie gab. Aber das hier ist der Beginn einer Internationalen.

All diese Entwicklungen sind extrem wichtig. Für die Planer auf US-Seite sind sie ein wahrer Alptraum. Ich meine, die Monroe-Doktrin existiert mittlerweile seit 180 Jahren. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA mächtig genug, sie auch durchzusetzen - sieht man von angrenzenden Regionen einmal ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA in der Lage, die Briten und Franzosen rauszuwerfen und die Doktrin umzusetzen. **Mittlerweile kollabiert die Monroe-Doktrin.** Die Länder (Lateinamerikas) sind gerade dabei, ihre internationalen Beziehungen zu diversifizieren - auch im kommerziellen Bereich. Sie exportieren viel nach China, umgekehrt werden chinesische Investitionen akzeptiert. Das gilt insbesondere für Venezuela, aber auch für andere große Exportnationen, wie Brasilien oder Chile. China ist sehr darauf bedacht, Zugang auch zu anderen lateinamerikanischen Ressourcen zu erhalten.

**Anders als Europa kann man China nicht einschüchtern.** Wenn die USA Europa einen schiefen Blick zuwerfen, zieht es gleich den Schwanz ein, aber China existiert seit 3000 Jahren. China sind die Barbaren egal, warum auch nicht? Die USA fürchten China. China stellt für niemanden eine militärische Bedrohung dar. China ist die unaggressivste unter den großen Militärmächten. Andererseits kann man China kaum einschüchtern - im Grunde überhaupt nicht. **Die Interaktionen zwischen China und Lateinamerika bereiten den USA Angst.** Hinzu kommt, dass Lateinamerika seine Wirtschaftsbeziehungen auch zu Europa verbessert hat. Und, China und Europa sind mittlerweile die weltweit größten (gegenseitigen) Handelspartner.

Aufgrund all dieser Entwicklungen schwinden die Dominanzmöglichkeiten des US-amerikanischen Weltsystems. Für die USA ist es ziemlich normal, ihre stärkste Karte auszuspielen - **die militärische Karte.** Militärisch gesehen kann niemand Amerika das Wasser reichen. Der amerikanische Militärhaushalt hat rund den halben Umfang aller anderen Militärhaushalte zusammen, und die amerikanische Militärtechnologie ist viel

moderner. Wenn wir uns allein Lateinamerika anschauen, so befindet sich dort wahrscheinlich mehr US-amerikanisches Militärpersonal als zu irgendeinem Zeitpunkt während des Kalten Kriegs. Die Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere nimmt rasant zu.

Inzwischen fällt das Training der Militäroffiziere nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich des US-Außenministeriums sondern in den des Pentagons - eine nicht unwesentliche Tatsache. Schließlich steht das Außenministerium unter (allerdings sehr eingeschränkter) Kontrolle des US-Kongresses. Was ich meine, es gibt amerikanische Gesetze, die die Einbeziehung von Menschenrechtsgesichtspunkten erforderlich machen usw... Diese Gesetze werden zwar nicht sehr konsequent angewandt, aber immerhin, es gibt sie. Das Pentagon hingegen kann tun und lassen, was es will. Hinzu kommt, die Kontrolle über das (Offiziers-)Training wird auf die Vorort-Ebene verschoben. Ein Hauptangriffsziel ist der "radikale Populismus" - wie sie das nennen. Wir wissen, was das heißt, und **die USA installieren überall in der Region Militärbasen.**

*Wenn man Sie so reden hört, könnte man meinen, die USA verlieren den Krieg ideologisch und kompensieren durch eine gesteigerte Militärpräsenz in der Region. Glauben Sie, dass Kuba eine Schlüsselrolle spielt - was Ermutigung, vielleicht sogar Beeinflussung dieser Entwicklungen angeht, die wir jetzt in Lateinamerika erleben?*

Was immer man von ihm halten mag, in Lateinamerika gilt **Fidel Castro** als Held - vor allem, weil er den USA Paroli bietet. Es ist das erstemal in der Geschichte dieser Hemisphäre überhaupt, dass jemand den USA Paroli bietet. Niemand lebt gerne unter einem Reitstiefel, aber was kann man machen? Schon allein deshalb ist Fidel Castro ein lateinamerikanischer Held, Chavez ebenso.

Sie kommen zurecht auf den Punkt **'Ideologie'** zu sprechen. Es geht um die Auswirkungen des Neoliberalismus. Dabei fällt auf, dass in den vergangenen 25 Jahren diejenigen Länder, die sich an die Regeln des Neoliberalismus gehalten haben, eine wirtschaftliche Katastrophe durchmachten - in der Mehrzahl der Fälle, kann man so sagen -, während jene, die sich nicht um die Regeln scherten, wuchsen und sich entwickeln konnten. So hat sich Ostasien ziemlich rasant entwickelt, indem es die Regeln total ignorierte. Von Chile wird zwar behauptet, es sei eine

Marktwirtschaft, diese Annahme ist jedoch reichlich abwegig: Chiles Hauptexportprodukt hat etwas mit einem staatlichen Kupferunternehmen zu tun, das sehr effizient arbeitet - ein Unternehmen, das unter Allende verstaatlicht wurde. Eine derart klare Korrelation hat man in der Wirtschaft selten: **Befolgung der Richtlinien des Neoliberalismus gleich ökonomische Niederlage, Verstoß gegen diese Richtlinien gleich wirtschaftlicher Erfolg, so wird assoziiert.** Daran führt kaum ein Weg vorbei - außer für einige Ökonomen vielleicht, aber nicht für die Menschen. **Die Menschen leben diese Realität.** Ja - dagegen kommt es zum Aufstand; Kuba ist ein Symbol, Venezuela ist ein Symbol und Argentinien - das sich von der IWF-Katastrophe erholt hat, indem es gegen die IWF-Regeln verstieß, sie gröblich verletzte und den IWF schließlich rauswarf. Das ist die ideologische Seite der Medaille. Internationaler Währungsfonds - lediglich der Name für eine ökonomische Waffe zur Erzeugung von Dominanz, aber diese Waffe zerfällt.

*Was lässt Sie eigentlich daran glauben, dass die Bewegung, die wir heute sehen, sich von den Kämpfen der Vergangenheit unterscheidet - wie in Chile, zum Beispiel, als die Chilenen ihre Militärdiktatur erfolgreich stürzten? Wieso sollten wir heute mehr Grund zur Hoffnung haben - in diesem besonderen Stadium der Befreiung Lateinamerikas?*

Zunächst einmal war Lateinamerika in den 60er Jahren eine hoffnungsvolle Region, aber diese Hoffnung wurde gewaltsam zerstört. **Chile** war auf dem Weg zu einer Art demokratischem Sozialismus - wir wissen, was dann passierte. Der erste 11. September war der 11. September 1973 - der erste absolute Katastrophentag mit diesem Datum. Die Horrorstory der chilenischen Diktatur war auch in ökonomischer Hinsicht eine Katastrophe. Chile erlebte die schlimmste Rezession in der Geschichte des Landes. Dann übergab das Militär die Macht wieder an zivile Kräfte. Noch immer hat sich Chile nicht vollständig befreien können. Nur teilweise hat es sich von der Militärdiktatur befreit. Auf andere Länder (in Lateinamerika) trifft das in noch stärkerem Maße zu.

Ich erinnere mich an eine Reise durch Argentinien und Chile vor ein paar Jahren. Ein Standardwitz in beiden Ländern ging so: Wir, die Menschen, wünschten uns, das chilenische Militär wäre so dumm gewesen, Frankreich oder einer anderen Großmacht den Krieg zu erklä-

ren. Die hätte das chilenische Militär vernichtend geschlagen und somit diskreditiert. Das Volk wäre befreit gewesen - siehe Argentinien, wo sich das Militär durch seine militärische Niederlage (im Falklandkrieg gegen Großbritannien - Anmerkung d. Übersetzerin) selbst diskreditiert hat.

In all diesen Ländern - Argentinien, Brasilien, Bolivien, überall - konnte sich jedoch ein langwieriger Prozess etablieren, in dessen Verlauf die dominanten Diktaturen - Militärdiktaturen (die fast immer die Unterstützung der USA hatten, manchmal sogar von ihnen installiert worden waren) -, gestürzt wurden.

**Heute unterstützen sich die Länder gegenseitig, und die USA können nicht mehr zu denselben Mitteln greifen wie zuvor.**

Nehmen wir zum Beispiel Brasilien: Hätte Lula im Jahr 1963 kandidiert, die USA wären mit ihm verfahren wie mit dem damaligen Präsidenten Goulart. Die Regierung Kennedy plante für Brasilien eine Militärdiktatur. Also gab es einen Militärputsch - und das Problem war erledigt. Das Gleiche hat sich überall in der Hemisphäre abgespielt.

Heute sieht alles viel hoffnungsvoller aus - sie kämen heute nicht mehr durch damit -, und es gibt Kooperation. Zudem lässt sich Bewegung erkennen: in Richtung eines gewissen Maßes an Unabhängigkeit auf politischer, ökonomischer und sozialpolitischer Ebene, hinsichtlich der Kontrolle über die eigenen Ressourcen sowie hinsichtlich der Verankerung sozialer Veränderung (Veränderung, die die ebenso riesigen wie furchtbaren hausgemachten Probleme Lateinamerikas überwinden könnte). Ein wesentlicher Teil der Probleme Lateinamerikas sind hausgemacht. Die Reichen Lateinamerikas hatten noch nie irgendwelche Verantwortung zu tragen. Sie machen einfach, was sie wollen.

*Anmerkung d. Übersetzerin*

*(1) Liedtext siehe [www.celtic-lyrics.com/forum/index.php?autocom=tcIc&ode=lyrics&id=114](http://www.celtic-lyrics.com/forum/index.php?autocom=tcIc&ode=lyrics&id=114)*

*(2) Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) war von 2000 bis 2004 der heutige deutsche Bundespräsident Horst Köhler*

*<http://www.zmag.de/artikel.php?id=1750>*

*Originaltext: <http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?ItemID=9862>*

# Bericht vom Internationalen Ökonomenkongress in Havanna

Vom 6.-10. Februar fand in Havanna der 8. Internationale Ökonomenkongress zum Thema **"Globalisierung und Entwicklung"** statt. Über 1500 TeilnehmerInnen aus 42 Ländern nahmen an dem Kongress teil. Die Ökonomen sehen sich auch als Berater zum Beispiel von Regierungen und sehen es als ihre Aufgabe an, konkrete Vorschläge für die Politik zu erarbeiten.

Thematische Schwerpunkte waren die Geld- und Finanzmärkte, Handel und regionale Integration, Entwicklungstheorie, die Rolle von Unternehmen und soziale Gerechtigkeit, insbesondere der Kooperativen als Teil der Solidarischen Ökonomie. Ausdrücklich waren **alle ökonomischen Schulen** eingeladen, um über die ökonomischen und sozialen Entwicklungen im Rahmen der neoliberalen Globalisierung zu diskutieren und Alternativen zu entwickeln. Und so treffen Trotzisten auf Sozialdemokraten, Anhänger Che Guevaras auf Vertreter internationaler Institutionen wie Weltbank und FAO. Als **Eric Toussaint** aus Belgien die Vertreterin der Weltbank scharf wegen deren Politik angriff, verwies die cubanische Moderatorin darauf, das auch bei unterschiedlichen Sichtweisen vor allem der gegenseitige Respekt wichtig sei und bedankte sich noch einmal besonders bei der Vertreterin der Weltbank.

Zwar sind sich die meisten Teilnehmer in der Ablehnung der neoliberalen Politik einig, dennoch traten immer wieder Unterschiede in der Bewertung von Entwicklungen und Perspektiven auf. So ist für die einen die **Ablösung der Schulden beim IWF durch Argentinien und Brasilien** ein Schritt in eine neue Unabhängigkeit, für die anderen ein falscher Schritt, weil sie die Bezahlung der Schulden prinzipiell ablehnen. Den Prozess der **regionalen Integration** im Rahmen von MERCOSUR und die mögliche Alternative ALBA wurden kritisch analysiert. Die regionale Kooperation ist bei unterschiedlichen ökonomischen Interessen der einzelnen Länder nicht einfach, bedroht auch durch bilaterale Handelsabkommen mit den USA oder der EU. **ALBA**-bisher mehr theoretisches Konzept für soziale, auf Solidarität aufgebaute Handelsbeziehungen, gilt zwar für Viele als anzustrebendes Modell, der Weg dorthin wird aber mehr als skeptisch betrachtet. Vor allem die Politik Lulas wird immer wie-

der kritisiert. Sehr gut war hier die differenzierte Diskussion, die immer wieder einen kritischen Blick in die möglichen Entwicklungsperspektiven öffnet. So berichtete ein Teilnehmer, dass Evo Morales zum Beispiel mit dem Gedanken spielte ein Bi-laterales Abkommen abzuschließen. Das aber würde den Weg zu neuen Kooperationsformen schließen. Gerade in einem Integrationsprozess, der von Kooperation und gleichberechtigten Beziehungen geprägt sein muss, sehen viele eine wichtige Perspektive für die weitere Zukunft Lateinamerikas. Hierbei wird auch eine Regionalbank diskutiert, die Entwicklungsprojekte finanziell unterstützen könnte. Aber auch dieses Konzept ist **noch in Arbeit**.

Die Rolle von Cuba und Venezuela im Rahmen der WTO Verhandlungen waren wie auch beim Weltsozialforum von großem Interesse. Kritisiert wurde das Verhalten von **Indien** und **Brasilien**, die aus eigenen Interessen heraus gegen die Interessen der anderen Länder des Südens Vereinbarungen treffen wollten. Von Seiten Cubas wurde der Prozess der Verhandlungen beschrieben, der nichtöffentliche Verhandlungen beinhaltete, Dokumente verschwinden lässt und somit ungleiche Verhandlungsbedingungen hervorruft. **Cuba ist in der WTO** nicht um Verträge abzuschließen, sondern seine Interessen zu vertreten und den Konsens so weit es geht zu stören. Von daher legen viele eine große Hoffnung auf Cuba und Venezuela, dass sie bei den kommenden Verhandlungen dazu beitragen können, dass es nicht zu den angestrebten Vereinbarungen kommt.

Ein wichtiges Thema war auch, inwieweit **Auslandinvestitionen** positiv für die Entwicklung sein können. Auch hier wieder unterschiedliche Positionen. Cuba nutzt seit 15 Jahren Auslandsinvestitionen als Joint Ventures. Hierbei hat der **Staat** aber immer die **Mehrheit** und bei vielen Investitionsprojekten, zum Beispiel im Tourismus, sind die Verträge zeitlich begrenzt, so daß nach einigen Jahren der Gesamtbesitz wieder staatlich ist. Für Cuba sind diese Investitionen von großer Bedeutung, vor allem, weil sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sich sehr schnell in den Weltmarkt integrieren mussten, da sie importabhängig sind und über keine Deviseneinnahmen verfügen.

Die Analyse der weltwirtschaftlichen Lage, und insbesondere die wirtschaftliche Situation der USA, standen auch als wichtige Themen auf dem Plan. Es wird eine große Gefahr darin gesehen, dass die **USA** ihre **Finanzprobleme** durch einen weiteren **Krieg** kompensieren. Einige zogen Parallelen zu den 20er Jahren. Vor allem im Immobiliensektor wird eine Finanzblase analysiert, die möglicherweise - genauso wie seinerzeit die New Economy-Blase - demnächst platzen und zu fatalen Folgen führen könnte. Auch die Entwicklung des **Dollars** und den **Ölpreisen** sehen die Experten mit Besorgnis. Einige befürchten gar den Einsatz von Atomwaffen und weisen auf die anstehenden Termine bei der UNO hin. Nur eine starke Bewegung gegen den Krieg könnte den Krieg stoppen.

Der ehemalige Premierminister von **Malaysia** erklärte am Beispiel seines Landes, dass **eine Entwicklung jenseits IWF und Weltbank möglich** sei. Es ist interessant, sich dieses Beispiel anzusehen, obwohl natürlich die Bedingungen in den Ländern unterschiedlich sind, und das Beispiel nicht einfach auf andere zu übertragen ist.

Zwei Aspekte sind interessant, weil sie sich von der derzeitigen Situation in Europa unterscheiden. Die Themen Migration und Ökologie spielen eine sehr wichtige Rolle.

Die **Migration** führt unter anderem dazu, dass viele Frauen mit ihren Kindern zurückbleiben, während die Männer ins Ausland gehen, vor allem in die USA. Die sogenannten Remesas, also Geld, das die Migranten in ihre Heimatländer schicken, haben mittlerweile einen Umfang in Höhe der Entwicklungshilfe. Vor allem die Weltbank ist daran interessiert, dieses Geld zu kanalisieren und für die Entwicklung zu nutzen. Nicht unerwartet wird dieses Ansinnen abgelehnt, da in der jetzigen informellen Form das Geld 1:1 ankommt. Außerdem seien durch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus teilweise Konten gesperrt worden, was das Vertrauen in formelle Wege belastet.

Die **Ökologie** ist in vielen Beiträgen wichtiger Teil, und die Diskussion über Entwicklungsmodelle bezieht die Begrenztheit der Belastbarkeit der Erde ein. Ökologische Landwirtschaft ist von daher ein wichtiges Thema und Energie.

Der neue Global Player **China** hat für die Länder des Südens zwei Auswirkungen: auf der einen Seite kann China durch seine Investitionen dabei helfen die Entwicklung der Länder zu unterstützen, zum Beispiel in Cuba. Auf der anderen Seite tritt China mit seinen Billigproduktionen und –produkten aber auch als **Konkurrent** auf, der schon Textilmärkte in Afrika zerstört hat und mit dazu beiträgt, dass Maquilas Lateinamerikas nach China verlagert wurden.

Die Entwicklung **innerhalb Chinas** wurde aus linker Sicht eher positiv bewertet. Trotz der wachsenden sozialen Ungleichheit sei die Bekämpfung der Armut vorangeschritten. Auch wurde darauf verwiesen, dass China jetzt die Politik der Harmonie ausgerufen hätte, was sowohl in ökologischer wie auch sozialer Hinsicht zu interpretieren sei.

Für die anwesenden Cubaner besonders emotionalisierend war der Beitrag von **Sergei Batchikov** über die Auswirkungen des Neoliberalismus in Russland, die er in einem Wortspiel aus Katastrophe und Perestroika als "Katastroika" zusammenfasste.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass ein Teil der Teilnehmer zuvor in **Caracas** am **Weltsozialforum** teilgenommen hatten. So standen die Sozialen Bewegungen in Lateinamerika immer wieder Pate in zahlreichen Beiträgen, und nicht wenige vertraten die Meinung, dass die Alternativen zu der neoliberalen Politik nur durch **Soziale Bewegungen** und nicht durch **Parteien** herbeigeführt werden können. Nicht zuletzt unterstrichen durch die hervorragende Rede **Rigoberta Menchus**, Friedensnobelpreisträgerin aus Guatemala, wiesen mehre Redner auf die Problematik hin, dass Politiker von sozialen Bewegungen getragen in die Regierung kommen, danach aber nicht mehr deren Interessen vertreten. In emotionaler Form brachte der Argentinier **Julio Gambina** den Stand der Diskussion vielleicht auf den Punkt: nicht nur der Neoliberalismus hat die sozialen Subjekte zerstört, sondern auch der sogenannte Sozialismus der Sowjetunion. Kreativität muss für eine ständige Weiterentwicklung mit dem Staat und gegen den Staat genutzt werden. Rigoberta Menchu bekräftigte, dass **Diversität und Pluralität** die Grundlage für

eine sozial und kulturell gerechte Gesellschaft sein muss.

Der Ökonomenkongress in Havanna kann als wichtiger Think Tank für ökonomische Analysen jenseits der Neoklassik und für die Entwicklung von Alternativen angesehen werden, die dann natürlich von Sozialen Bewegungen und Politikern in ihre Aktivitäten einbezogen werden müssten. Von europäischer Seite verdiente dieser Kongress mehr Aufmerksamkeit, ganz abgesehen davon, dass jeder sich in die Diskussion mit einem eigen Beitrag einbringen kann. Das wäre insbesondere in Hinsicht auf die Bewertung der **EU** sehr wichtig, da es über die EU teilweise **verklärende Vorstellungen** gibt.

Im 2007 findet der nächste Kongress in Havanna statt.

Weitere Infos auch über die vergangenen sieben Kongresse:

[www.eleconomista.cubaweb.cu](http://www.eleconomista.cubaweb.cu)

*Kerstin Sack, Attac Deutschland, Koordinationskreis und AG Internationales*

## Emir Sader Präsident Lula in die Enge getrieben

*Die Glaubwürdigkeit von Präsident Lulas politischem Kurs ist nicht erst durch die an ihn gerichteten Vorwürfe wegen Korruption angezweifelt worden, sie war bereits wegen seiner - außer dem IWF gegenüber - nicht eingehaltenen Wahlversprechen angekratzt. Das soll nicht heißen, die sozialen Bewegungen hätten ihren eigentlichen Gegner verkannt, denn sie prangern die Mächtigkeiten der brasilianischen Rechten an.*

Für die brasilianischen Sozialbewegungen schuf der Wahlsieg von Luiz Inácio da Silva, genannt „Lula“, des historischen Präsidentschaftsanwärters der Partei der Arbeiter (PT) im Januar 2003 eine noch nie da gewesene Situation, die den Bruch mit der Lage unter den Militärregierungen (1965-1985) und den Neoliberalen (Fernando Collor de Mello, 1990 -1992; Fernando Henrique Cardoso, 1994 -2002) bedeutete. Der Sieg eines Kandidaten, der die soziale Frage in den Mittelpunkt seines Projekts zur Umgestaltung des Landes stellte, hatte innerhalb der Bevölkerung sehr hohe Erwartungen geweckt. Und bringt zum ersten Mal die sozialen Bewegungen dazu, in mehreren Bereichen einen direkten Dialog mit der Regierung aufzunehmen.

Diese originelle Beziehung hat jedoch schnell zu Spannungen geführt, als die Bewegungen merkten, dass die Regierung Lula sich entschlossen hatte, die neoliberale Wirtschaftspolitik ihres Vorgängers fortzusetzen. Als Antwort auf die Verabschiedung einer "Rentenreform", in Erfüllung der Vorschriften der Weltbank, machten als Erste die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste mobil. Angesichts der Kritiken aus dem eigenen Lager hat sich der Präsident sogar zur Erklärung verleiten lassen, seine Regierung besäße genügend Mut, eine Reform durchzuführen, die zu unternehmen die Regierung Cardoso nicht gewagt habe, während es seinerzeit die PT selber war, die mit Unterstützung der sozialen Bewegungen alles daran gesetzt hatte, um sie zu verhindern.

Die Fortsetzung der Sparpolitik der Regierung Cardoso und der Wille, bei der Außenhandelsbilanz einen höheren Primärüberschuss [*Haushaltsüberschuss vor Schuldendienst, Anm.d.Ü.*] zu erzielen, als vom IWF gefordert (1), haben im Übrigen zu drastischen Kürzungen der Sozialausgaben geführt, darunter diejenigen für die Bodenreform. Nun bilden aber gerade diese Bereiche das Hauptinteresse der sozialen Bewegungen und darüber hinaus der Gesamtheit

der Arbeiter. Dies erklärt, warum die Regierung trotz ihrer früheren Wahlversprechen nur Programme auf die Tagesordnung gebracht hat, die die Fürsorge betreffen – wie das Programm „Null Hunger“, das später durch das Programm „Familienzuschüsse“ (bolsa familia) ersetzt wurde. Dieser Sparkurs bedeutet auch eine gemäßigte Lohnpolitik, der sich die der PT nahestehende Zentralgewerkschaft der Arbeiter CUT stark widersetzt.

Von allen Sozialbewegungen ist aber sicherlich die Landlosenbewegung MST diejenige, die am systematischsten Druck auf die Regierung ausübt, damit sie die Ziele verwirklicht, die sie sich hinsichtlich der Ansiedlung von Familien gesetzt hat. (2). Die ausgebliebenen finanziellen Mittel zur Bodenreform hat die MST dazu veranlasst, auf nationaler Ebene mehrere Mobilisierungsaufäufe zu starten und Ländereien und Amtsgebäude zu besetzen, um die Regierung zum Einhalten ihrer Versprechen zu bringen. Diesen Aktionen war unterschiedlicher Erfolg beschieden, je nach der Möglichkeit der betroffenen Gemeinden, Druck auszuüben. Aber obwohl die jeweils eingesetzten öffentlichen Gelder ganz offensichtlich

lich ungenügend sind, ist die Bewegung gewillt, den Dialog aufrechtzuerhalten, da es ihr bewusst ist, dass, obwohl die Bodenreform unter der Regierung Lula wenig vorankommt, keine andere heute in Brasilien in Frage kommende Regierung in dieser Hinsicht so viel tun würde.

Wenn die Programme der Sozialpolitik ganz allgemein Haushaltskürzungen ausgesetzt sind, so stoßen sich diejenigen für die Bodenreform und des Umweltschutzes außerdem ganz direkt an der entscheidenden Stelle, die die Regierung der Export orientierten Agrarindustrie einräumt. Die Interessen dieser Branche sind nämlich in keiner Weise mit der Förderung landwirtschaftlicher Familienbetriebe und einer Politik der Nahrungssicherung in Einklang zu bringen. Die MST nimmt also zugleich auf dem wesentlich politischeren Gebiet den Kampf um den Typ des in Brasilien zu entwickelnden Landwirtschaftsmodells auf. Mit den Umweltschützerorganisationen hat sie sich hartnäckig der Liberalisierung vom Anbau genetisch veränderter Organismen (GVO) widersetzt, die von der Regierung schließlich genehmigt wurden.

Die Beziehung zwischen den sozialen Bewegungen und der Regierung Lula pendelt also zwischen Konflikt und Dialog. Die in einer ersten Phase erfolgte Ernennung von Politikern, die in den Volksbewegungen engagiert waren, an die Spitze mehrerer Ministerien - Bodenreform, aber auch Bildung, Gesundheit, Stadtentwicklung, Kultur und Umwelt - hat sicherlich hier mitgespielt. Die Sozialbewegungen haben diese Minister öffentlich unterstützt, als diese höhere Kredite beantragten oder einen Kurswechsel bei der Wirtschaftspolitik forderten. Doch verzichten sie deswegen nicht auf ihre Selbstbestimmung und ihr Recht auf Kritik, und mobilisieren sich gegen politische Entscheidungen, die die Armut und die sozialen Ungleichheiten verewigen.

Einige besonders enttäuschte Gewerkschaften sind aus der CUT ausgetreten, und folgen dabei derselben Logik wie die Aktivisten, die mit der PT gebrochen haben, um eine alternative politische Kraft aufzubauen. Aber es handelt sich hier um Minderheiten. Die Mehrheit der Aktivisten identifiziert sich nach wie vor mit dieser Partei und dieser Gewerkschaft, wobei sie gleichzeitig von der Regierung einen politischen Kurs einfordert, der mit den Bestrebungen der Bevölkerung besser abgestimmt wird. Die durch den Korruptionsverdacht gegenüber der PT-Führung ausgelöste Krise hat die sozialen Bewegungen vor neue Herausforderungen gestellt. Die Offensive der Rechten - von den traditionellen Parteien bis hin zur Gesamtheit der führenden Medien und zu Gruppen, die sich als Linke ausgeben -

ermisst sich an ihrer Palette von Anschuldigungen. Diese, im Grunde zweifellos berechtigt, sind absichtlich überzogen und bis zum Überdruß wiederholt, was mit einem regelrechten Manöver zur Vernichtung der PT und der Linken insgesamt gleichkommt.

Dieser neue Umstand hat die Sozialbewegungen dazu gezwungen, auf die Straße zu gehen, um der Regierung den Rücken zu stärken, obwohl sie von ihr seit deren Regierungsantritt sehr enttäuscht worden sind. Auch wenn sie sich nicht mit deren wirtschaftspolitischer Orientierung identifizieren, wissen sie, dass deren Niederlage die Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte durch eine rücksichtslose Rechte bedeuten würde. Der gegenwärtig vorhandene Ansatz einer Bodenreform würde erneut einer die Bauernbewegungen unterdrückenden Politik weichen. Das hieße Wiederankurbeln reihenweiser Privatisierungen im Bereich der Bildung, die Rückkehr zu einer gegenüber den Vereinigten Staaten unterwürfigen Außenpolitik, das Ende der staatlichen Fördermittel für kulturelle Tätigkeiten. Daher können sie sich nicht den Luxus erlauben - im Gegensatz zu den Intellektuellen, die in den Chor der Anschuldigungen der Rechten eingestimmt haben - untätig zuzusehen, wie sich ihre Regierung in die Nesseln setzt.

Diese Unterstützung ist jedoch nicht bedingungslos. Die Sozialbewegungen haben die Anschuldigungen gegen die Regierung zur Kenntnis genommen und fordern eine kompromisslose Rückkehr zur Moral im öffentlichen Leben. Sie wissen, dass die Führung der Arbeiterpartei sich von einer marktbestimmten Auffassung von Politik hat verleiten lassen und dass die Lula -Regierung hiermit die Verantwortung für die zweifelhaften Bündnisse trägt. Sie wissen auch, dass diese Krise nicht dieselbe Wendung genommen hätte, hätte Präsident Lula eine andere Wirtschaftspolitik betrieben und die soziale Frage an die Spitze seiner Prioritäten gestellt. Dann wäre ihm die teuer erkaufte parlamentarische Unterstützung nicht zu teil geworden, dafür aber die von der Bevölkerung. Darin liegt die ganze Bedeutung des von den Sozialbewegungen der Regierung im Juni 2005 übergebenen „Brief an das brasilianische Volk“ (3): „Gegen die Korruption und die politische Destabilisierung der Regierung. Für einen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik, für den Vorrang der sozialen Rechte und für demokratische politische Reformen.“ Sollte er im Stande sein, seinem politischen Kurs eine entscheidende Wendung zu geben, könnte Lula mit der Unterstützung der Bevölkerung rechnen, die er heute bräuchte, um seine Regierung aus der Patsche zu ziehen.

(1) Um das Sonderdarlehen von 72 Milliarden Dollars zurückzuzahlen, das ihm 2002 vom IWF mitten in der Finanzkrise zugestanden worden war, muss Brasilien einen Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss vor Schuldendienst) in Höhe von 4,25 % seines Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften (BIP).

(2) Der von der Regierung im November 2003 verabschiedete nationale Bodenreformplan sieht die Ansiedlung von 400 000 Familien „Landloser“ zwischen 2003 und 2006 vor. Diese Zahl ist bereits bedeutend geringer als die, die die Landlosenbewegung MST ursprünglich forderte.

(3) Von allen verstandene Anspielung auf den vom Präsidentschaftskandidaten Lula im Juni 2002 während seiner Wahlkampagne vorgestellte „Brief an das brasilianische Volk“, in dem er ankündigte, er würde, sollte er gewählt werden, eine orthodoxe Wirtschaftspolitik weiterführen.

Aus "Manière de voir" Nr 84 übersetzt.

#### 4. Europäisches Sozialforum vom 4. bis 7. Mai 2006 in Athen



Das ESF ist ein offener Treffpunkt zivilgesellschaftlicher Gruppen und sozialer Bewegungen und richtet sich als Plattform von GlobalisierungskritikerInnen aus ganz Europa gegen die herrschenden Zustände in Form von Krieg, Rassismus und Machtmissbrauch durch Regierungen und transnationale Konzerne. Hier werden Konzepte für mehr globale Gerechtigkeit, eine Stärkung der Rechte von Lohnabhängigen und nachhaltigen Wirtschaften diskutiert und gemeinsam nachgedacht. Das ESF soll den sehr vielfältigen AkteurInnen Raum bieten für einen freien Erfahrungsaustausch und ihnen die Möglichkeit geben, mit Aktiven aus anderen Ländern in Kontakt zu treten, Vorschläge zu diskutieren und Proteste zu vernetzen. Nach den Foren in Florenz, Paris und London wird das vierte ESF in Athen stattfinden.

Weitere Informationen zum ESF unter <http://www.fse-esf.org>

# Stefan Schmalz/Alexis J. Passadakis

## Hinterhof mit zwei Hausmeistern?

### Die EU versucht in Lateinamerika stärker Fuß zu fassen

(...)Lateinamerika wird zwar vielfach als ein US-amerikanischer Hinterhof bezeichnet. Doch weit gefehlt:

Ein erster flüchtiger Blick scheint zwar das Vorurteil zu bestätigen, werden doch 46,5% des lateinamerikanischen Handelsaustauschs mit den USA und nur lediglich 14,7% mit der EU abgewickelt. Bei einer Untersuchung des Direktinvestitionsbestands relativiert sich jedoch das Bild. Hier stammen aus den USA nur noch 40,0%, alleine Spanien hält 10,7%, die Niederlande 7,9% und Großbritannien 5,1% der Investitionen.

Ein zweiter intensiver Blick offenbart schließlich eine interessante Aufgliederung. Der US-Wirtschaftseinfluss in Lateinamerika scheint in der Form von konzentrischen Kreisen angeordnet zu sein. Je weiter nördlich, desto höher der Einfluss des US-Kapitals. Waren 2004 73,9% des mexikanischen Handels auf Austauschbeziehungen mit den USA zurückzuführen, machte das Handelsvolumen mit der EU lediglich 7,7% aus. In Brasilien sah das Bild 2004 vollkommen anders aus: 25,2% des Handels wurde mit Europa abgewickelt; nur 19,7% ließen sich auf den Gütertausch mit den Vereinigten Staaten zurückführen.

Es lassen sich demnach zwei vorübergehende Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens: EU-Unternehmen waren in den 1990er Jahren gerade im Cono Sur, dem südlichen Südamerika, besonders aktiv, wenn es um die Privatisierungen von ehemaligen Staatsbetrieben ging. Telefónica, Repsol und andere Multis kauften in Südamerika massiv ein.

Zweitens: Es herrscht insbesondere in Südamerika eine offene Wettbewerbssituation zwischen US-amerikanischem und europäischem Kapital vor. Hier versuchen die europäischen Unternehmen ihre günstige Stellung im Konkurrenzkampf mit den US-amerikanischen Widersachern auszubauen.

Kein Wunder, dass beide Blöcke begannen, politische Strategien zu entwerfen, um ihre wirtschaftliche Stellung zu verbessern. Die Vereinigten Staaten initiierten im Dezember 1994 mit der ALCA ein kontinentales Projekt, das als Ziel eine panamerikanische Freihandelszone unter Ausschluss Kubas hatte. Es handelte sich hierbei um die De-facto-Erweiterung der

nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, die zum 1.1.1994 in Kraft trat. Die NAFTA, die durch massive Liberalisierung und vor allem durch den Art. 11, der ein Klagerecht für Unternehmen gegen staatliche wettbewerbsverzerrende Maßnahmen beinhaltet, eine traurige Berühmtheit erlangen sollte, war die Blaupause für weitere Abkommen.

Denn ab dem November 2003 geriet das ALCA-Projekt in eine tiefe Krise. Die durch die HSA (Hemispheric Social Alliance) vernetzten (latein)amerikanischen sozialen Bewegungen und die damals teilweise frisch ins Amt gehieveten Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Venezuela brachten den Verhandlungsprozess zum Stillstand. Die USA antworteten mit einer Gegenstrategie. Sie begannen nunmehr verstärkt den Fokus auf bilaterale Abkommen zu setzen und unterzeichneten mittlerweile mit Chile (2004), den mittelamerikanischen Staaten (2005), Kolumbien (2006) und Peru (2006) Freihandelsverträge.

Die Europäische Kommission hatte als Antwort eine Rahmenstrategie mit flexiblen Teilprojekten für ganz Lateinamerika parat. Bilaterale Handelsabkommen wurden bereits mit Mexiko (2000) und Chile (2003) abgeschlossen. Die Karibik-Staaten werden bis Ende 2007 durch die EPAs (Economic Partnership Agreements) im Rahmen des Cotonou-Prozesses mit den AKP-Staaten an den Europäischen Wirtschaftsraum angebunden werden. Verhandlungen mit der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela) und Mittelamerika sind in Vorbereitung, und zumindest im zentralamerikanischen Fall erscheint es wahrscheinlich, dass es noch in diesem Jahr zur Aufnahme von Gesprächen kommt. Mit dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und seit kurzem auch Venezuela) gibt es bereits seit 1999 Verhandlungen, die infolge des Widerstands der südamerikanischen Länder 2004 vorerst gestoppt wurden und seit 2005 wieder anliefen.

Der Inhalt dieser diversen Verträge geht jeweils weit über das hinaus, was zur Zeit auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt wird. Die so genannten neue Themen wie die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, Investitionsliberalisierung und Wettbewerbsrecht, die in der WTO von

einigen Ländern des Südens blockiert werden konnten, stehen in den Verhandlungen zu bi- und interregionalen Abkommen zur Debatte oder sind bereits verankert. Für multilaterale Verhandlungen wird so die Freihandels-Latte Stück für Stück nach oben gelegt. Und auch in den anderen Verhandlungsbereichen geht es der EU um ein "WTO-plus"-Ergebnis.

Nach dem jetzigen Stand der Dinge würde ein EUMercosur-Abkommen dazu führen, dass z.B. im Bereich der Agrarprodukte der Zoll auf EU-Milch von 27% auf Null sinken würde.

Interessant für europäische Unternehmen sind allerdings vor allem der Dienstleistungssektor und Zollsenkung im Bereich verarbeiteter Industriegüter. Binnen zehn Jahren könnten 90% der Industriegüter aus der europäischen Union zollfrei exportiert werden. Damit verlöre der Mercosur weitere Möglichkeiten, sich der subalternen Einbindung in die internationale Arbeitsteilung zu widersetzen. In höhere Wertschöpfungsstufen der Industrieproduktion vorzudringen würde damit immer schwieriger. Im Gegenteil: in einigen Sektoren wäre eine De-Industrialisierung das Resultat. Und bei den Dienstleistungen (insbesondere Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Stromversorgung etc.) geht es darum, bereits getätigte Investitionen und Privatisierungen ehemals öffentlicher Dienstleistungen abzusichern, neue Felder wie die Versicherungswirtschaft zu erschließen und Kapitalrückführungsmöglichkeiten zu verbessern.

Seit 2004 artikuliert sich in Lateinamerika zunehmend Protest gegen die Freihandelspläne der EU. Gerade in Mexiko war nicht zuletzt durch die negativen Auswirkungen des NAFTA-Vertrags das Bewusstsein für die negativen Folgen des Äquivalentabkommens mit der EU geschärft worden. Das dritte Gipfeltreffen der Regierungschefs der EU und der Staatspräsidenten Lateinamerikas und der Karibik (EULAC) wurde deswegen von massiven Gegenprotesten von rund 10.000 Menschen begleitet. Zeitgleich hielten die Protestierenden einen Alternativengipfel unter dem Motto Enlazando Alternativas (Alternativen verknüpfen) ab. Nachdem der ALCA-Prozess 2003 eingefroren war, kam es schließlich auch zu einer kritischen Begleitung der EU-Handelsagenda im südlichen Lateinamerika. Diverse Publikationen, Seminare und erste Protestaktivitäten waren nun

unübersehbar. Die Grundaussage des Protests: ALCA und EUMercosur sind zwei Seiten derselben Medaille. Anders als in der klassischen Solidaritätsarbeit, die oftmals länder- oder projektgebunden ist, scheint sich hier ein interkontinentales Protestnetzwerk herauszubilden, das soziale Bewegungen Lateinamerikas und Europas miteinander verbindet. Dieser Brückenschlag ermöglicht einen intensiven Austausch zwischen politischen AktivistInnen.

Als ein vorläufiger Höhepunkt dieses Prozesses ist ein zweiter **Alternativen-**

**gipfel in Wien** geplant. Dieser wird parallel zu dem vierten EU-LAC-Treffen vom 10.-13. Mai stattfinden. Auf dem Programm steht unter anderem ein Tribunal, durch das anhand ausgewählter Beispiele die Verbrechen europäischer Konzerne in Lateinamerika verurteilt werden sollen. Auch die Staatspräsidenten von Venezuela, Hugo Chávez, und von Bolivien, Evo Morales, haben die Teilnahme zugesagt. Außerdem werden eine Fülle von Seminaren, kulturellen Aktivitäten und eine Demonstration dazu beitragen, den Gipfel in eine Großveranstaltung zu ver-

wandeln. Ein guter Ort also, transnationale Vernetzung von links voranzutreiben.

Mehr Informationen zum Gipfel:

[www.alternativ.as.at](http://www.alternativ.as.at)

Anmerkung:

1) EED/WEED (2005): Freie Fahrt für freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus, Bonn u. Berlin.

## Denise Mendez

# Die Strategie der europäischen Union in Lateinamerika

*Seminar im Rahmen des Weltsozialforums (WSF) in Caracas,*

*organisiert am 27. Januar von Denise Mendez unter Beteiligung von*

*Hugo Ruiz (wissenschaftlicher Beirat Attac Frankreich) und Gabriela Rodriguez (Attac Venezuela)*

### EINLEITUNG

Dieser Beitrag beabsichtigt die Zerstörung zweier Mythen, die sich immer noch hartnäckig in Lateinamerika halten: Jener vom europäischen Sozialmodell als der Grundlage der europäischen Integration sowie jener vom guten Kapitalismus der europäischen transnationalen Konzerne - im Gegensatz zum bösen nordamerikanischen Kapitalismus.

Alle strategischen Dokumente, die von der Brüsseler Kommission, der OECD oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) stammen, trafen vor Edelmütigkeit der Europäer. Handelsabsichten verschwinden hinter Zusammenarbeit und Partnerschaft unter Gleichen (man kann sich z.B. gut das Gewicht Santa Lucias oder Haitis in dieser Partnerschaft zwischen Gleichen vorstellen). In diesem Stil ist auch das letzte Grundsatzdokument der regionalen Zusammenarbeit EU/Lateinamerika für 2007/ 2013 gehalten. Es schreibt die auf dem dritten Gipfel von Guadalajara im Mai 2004 beschlossene Strategie fort, deren zentrale Ziele der soziale Zusammenhalt (Armutsbekämpfung), die regionale Integration Lateinamerikas nach dem Vorbild der europäischen Integration sowie ein biregionaler europäisch-lateinamerikanischer Zusammenschluss waren. Deutlicher wurde damals Chris Patten, europäischer Kommissar für Außenbeziehungen: „Unser Ziel ist die Integration des Regionalblocks Lateinamerika in die westliche Welt“. Er versicherte auch, dass diese europäisch-lateinamerikanische Integration nicht unvereinbar mit der Einrichtung des ALCA (Area de Libre Comercio de las Américas), einer von den USA vorangetriebenen Freihandelszone für ganz Amerika,

sei.

Schließlich erklärte Chris Patten, dass die Europäische Union Mechanismen der Zusammenarbeit entwickeln werde, welche die Umsetzung des Handelsliberalisierungsprogramms der Welthandelsorganisation (WTO) begünstigen.

Kurz vor dem jetzigen vierten. Gipfel der europäischen und lateinamerikanischen Staatschefs funktioniert der Mythos vom sozialen Europa nicht mehr ganz so reibungslos.

Im letzten Monat Mai haben Franzosen und Holländerinnen (und das ist auch die Meinung der Mehrheit der Völker) die Europäische Verfassung deswegen abgelehnt, weil das europäische Sozialmodell durch das neoliberale, „sozialliberal“ genannte Modell ersetzt wurde. Die von der Kommission beschlossenen Richtlinien, darunter die berühmte-berüchtigte Bolkestein-Richtlinie, tragen gemeinsam dazu bei, das Arbeitsrecht und das Netz sozialer Sicherungen zu beerdigen.

Die Außenpolitik der europäischen Union entspricht ihrer Innenpolitik, dem Konsens von Washington und den Grundsätzen der Internationalen Finanzinstitutionen.

Die Länder des Südens, die über die größten Reserven an Energie und Bodenschätzen auf unserem Planeten verfügen, und auf deren Gebiet sich der Großteil der Wasserreserven und der Ressourcen für Biodiversität befindet, sollen diese Reichtümer den transnationalen Konzernen des Nordens zur Verfügung stellen, die über die Technologien und das Kapital zu ihrer Ausbeutung verfügen.

Wie die Vereinigten Staaten schließt die

Europäische Union einen bi- und multilateralen Vertrag nach dem anderen ab, darunter insbesondere "Verträge zur Förderung und zum Schutz von Investitionen" (Traités de Promotion et Protection de l'Investissement - TPPI). Diese garantieren den transnationalen Konzernen durch den obligatorischen Anruf des Tribunals der Weltbank CIRDI (Centre international de règlement des différends liés aux investissements) zur Konfliktklärung gigantische Entschädigungen im Fall von Streitigkeiten mit den Staaten.

Die Mythen geraten ins Wanken, doch die europäischen Strategen verfügen über ausgefeilte und wirksame Mittel, um sie am Leben zu erhalten.

### DIE VERFEINERUNG DER STRATEGIE EUROPAS

Als die Europäische Union ihre Lateinamerikastrategie nach dem Gipfel in Rio de Janeiro 1999 vorstellte, benutzte sie dafür den Ausdruck "Dialog". Prinzipien der Partnerschaft und der Zusammenarbeit wurden mit Hilfe eines komplizierten institutionellen Aufbaus in den Vordergrund gerückt, während die Handelsverträge als reine Anhängsel erschienen.

Die Akteure sind zahlreich und vielfältig: Institutionen, Unternehmen, Universitäten, Denkfabriken, Banken und auch Vertreter der Zivilgesellschaft:

Die Kommission und die 15.000 in Brüssel ansässigen Lobbyisten, die mit ihren Anwaltsbüros die Mitarbeit ihrer Experten bereitstellen.

Die OECD erarbeitet "Entwicklungs"-programme für Lateinamerika und lenkt so

die Investitionen der europäischen Unternehmen.

Die Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) arbeitet direkt mit der Kommission und den europäischen und lateinamerikanischen Sozialverbänden zusammen, die die „Zivilgesellschaft“ repräsentieren.

Das MEBF (Mercosur-European Union Business Forum) vereinigt die Vertreter der in Lateinamerika präsenten transnationalen Konzerne: Telefonica, Lyonnaise Suez, Repsol, Fiat, Renault, Volkswagen, Carrefour, Vivendi, BASF etc. Dieses ständige Forum der Arbeitgeber ist an der Erarbeitung der Unternehmensstrategien für Lateinamerika beteiligt.

Im kommenden Mai, kurz vor dem Gipfel der Staatschefs, wird in Wien der erste europäisch-lateinamerikanische Handelsgipfel stattfinden, der von der Wiener Handelskammer organisiert wird. Als Ehrengäste sind der WTO-Direktor Pascal Lamy, BID-Präsident Luis Alberto Moreno, der mexikanische Handelsminister Sergio Garcia de Alba und der Präsident des Industriellenverbandes von Sao Paulo, Paolo Skaf, eingeladen. Die Teilnehmer werden dabei über Biotechnologie, Telekommunikation, Umweltdienstleistungen etc. sprechen.

Die ALOP (Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción) erfasst unter ihrem Dach Hunderte von Vereinigungen und NGOs (lateinamerikanische wie europäische), die in Brüssel Büros haben und Fördermittel der Kommission erhalten.

Die Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) unterhält direkte Kontakte zur ALOP und organisiert und finanziert seine internationalen Treffen. Das nächste dieser Treffen wird einen Monat vor dem Gipfel der Staatschefs in Wien stattfinden.

Den Strategen der EU zu Folge geht es darum, die lateinamerikanische und europäische Zivilgesellschaft in die Kooperations- und Entwicklungsprogramme einzubeziehen. Diese Organisationen sollen durch ihre bessere Kenntnis der Situation und Bedürfnisse vor Ort eine Annäherung zwischen der Bevölkerung und den institutionellen Akteuren ermöglichen.

Der Gipfel der Staatschefs steht an der Spitze der Handelsforen und gibt zugleich der Serie von Kooperationsprogrammen seinen Segen:

AL-INVEST (Zusammenarbeit und Investitionsförderung zwischen der EU und Lateinamerika); @LIS Informatik; ALFA-Bildungswesen; Hilfe zur Vorbeugung von und Reaktion auf Naturkatastrophen; Finanzielle Unterstützung für die Armenküchen in Buenos Aires; Finanzielle Unterstützung für Kinder in Bogota; Unterstützung des „Umweltschutzes“ in Chiapas.

Man sieht, dass die Zusammenarbeit eine Mischung aus technischer Unterstützung und karitativen Programmen ist.

## ANTWORT AUF DIE UNGLEICHHEITEN DURCH KARITATIVE PROGRAMME

Das Dokument der europäischen Kommission von Juni 2002 „Strategie der Europäischen Union in Lateinamerika“ enthielt ein Kapitel über „Sozialen Zusammenhalt“, in dem es hieß, dass die EU ihre Anstrengungen auf die am meisten marginalisierten Bevölkerungsteile, insbesondere auf die Afroamerikaner und die indigenen Völker ausrichten werde. In diesem Zusammenhang ist die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) im Juli/August 2005 damit beauftragt worden, eine elektronische Umfrage unter den indigenen Völkern durchzuführen. Die Fragen bezogen sich insbesondere auf die Einstellung der Bevölkerung zur Ausbeutung der Erdölvorkommen und anderer Bodenschätze auf ihrem Gebiet. Die Antworten der indigenen Völker brachten die Angestellten der Bank einigermaßen aus der Fassung: Nahezu einstimmig lehnten die indigenen Völker die aktuellen Bedingungen der Erdölförderung und Ausbeutung anderer Bodenschätze ab, ebenso wie die derzeit laufenden Programme zur Nutzung der Biodiversität.

Allerdings teilen die Verantwortlichen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) mit, dass die Bank sich an die Ergebnisse dieser Befragung „nicht gebunden sieht“, insbesondere, wo doch die Bevölkerung eine Ablehnung der Programme zum Ausdruck bringt. Die Programme werden verwirklicht werden – „zum Wohl dieser Bevölkerung“, wie es heißt. So hat diese „Befragung“, die den demokratischen Geist der europäischen Institutionen zeigen sollte, bewiesen, dass man auf den Willen der Bevölkerung pfeift; man behauptet einfach, sie hätten die offiziellen Beschlüsse nur zu bestätigen.

## DIE GESCHÄFTE ... UND DIE ZUSAMMENARBEIT

Nach den Richtlinien der Weltbank und den aus der Konferenz von Monterrey hervorgegangenen Vorgaben (einer UNCTAD-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, auf der die Länder des Nordens sich von jeder Verantwortung für die Unterentwicklung des Südens freigesprochen haben) lautet die Richtlinie nun: Traid not Aid (Handel statt Hilfe). Die Länder des Südens müssen sich dem Handel öffnen und bezüglich ihrer Entwicklung nur noch auf den internationalen Austausch setzen.

Die Europäische Union wendet diese Richtlinie an und erklärt zugleich weiterhin ihre Solidarität mit den Opfern der sozialen Spaltung.

Die Verschärfung der Armut in Lateinamerika seit der Umsetzung der neoliberalen

Strukturanpassungsmaßnahmen zeigt das Versagen des auf Exportorientierung setzenden Wirtschaftsmodells. In den letzten 15 Jahren haben die verschiedenen Akteure der sozialen Bewegung Lateinamerikas gemeinsam mit akademischen Kreisen eine klarsichtige Kritik dieses Modells erarbeitet und Alternativen vorgeschlagen. Die starke Zunahme von Volksaufständen hat Politiker an die Macht gebracht, die das herrschende Modell verbessern oder beseitigen wollen.

## DER GEGENGIFFEL IN WIEN: ENLANZANDO ALTERNATIVAS

Während die Strategen der EU und des Handelsforums die Feierlichkeiten des IV. Gipfels der Europäischen und Lateinamerikanischen Staatschefs für ihre Zwecke ausnutzen werden, wird in Wien ein anderes Ereignis stattfinden:

Der Gegengipfel „ENLANZANDO ALTERNATIVAS“ der sozialen Organisationen Europas und Lateinamerikas. (...)

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Zivilgesellschaft die Strategie der Europäischen Union für Lateinamerika bereits scharf kritisiert hat.

Die um die ALOP, offizielle Ansprechpartnerin der Interamerikanischen Entwicklungsbank, versammelten Organisationen und NGOs waren einen Monat vor dem Gipfel von Guadalajara 2004 in Patzcuaro zusammengerufen worden, um zu zeigen, wie sehr sich die EU um die Zivilgesellschaft bemüht. Doch überraschenderweise hat eine Mehrzahl dieser Vereinigungen und NGOs sich geweigert, als demokratisches Feigenblatt für die Entscheidungen der „Experten“ zu fungieren. Sie haben eine Erklärung verabschiedet, die das Vorgehen der EU aufs Schärfste kritisiert.

1. Diese Organisationen weigern sich, bei den europäisch-lateinamerikanischen Verhandlungen als Alibi-Gäste zu dienen.
2. Sie fordern das Recht, über die Verhandlungen informiert zu werden und in die Entscheidungsprozesse einzugreifen.
3. Sie fordern Neuverhandlungen über die Auslandsschulden und die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Sie fordern, dass jeder Staat autonom über seine Wirtschaftspolitik entscheiden kann.
5. Sie fordern eine Bodenreform.
6. Sie fordern die Umsetzung des Vertrags der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

(...)

Grain de sable 544

<http://www.france.attac.org/IMG/zip/attacinfo544.zip>

*Aus dem Französischen übersetzt von Felix PITHAN und Jürgen JANZ*

Übersetzt von:

<http://www.alternativas.at/indexdeutsch.htm>

# „Eine andere Welt ist möglich!“

## Alternativengipfel Europa –Lateinamerika –Karibik 10. bis 13. Mai 2006

### Treffen der Zivilgesellschaft anlässlich des EU- Lateinamerika/Karibik-Präsidentengipfels in Wien



#### Weniger Freihandel – mehr Kooperation!

„Deregulierung, Privatisierung und Freier Handel sind das Credo des Neoliberalismus, der ein „Entwicklungsmodell“ propagiert, das die Souveränität der Nationalstaaten in Bezug auf die Gestaltung der Entwicklungs- und Sozialpolitik beschneidet und das auf Widerstand seitens der Bevölkerung mit Repression reagiert.“ ( aus dem Aufruf nach Wien  
[http://www.alternativas.at/Deutsch/aufruf\\_nach\\_wien.pdf](http://www.alternativas.at/Deutsch/aufruf_nach_wien.pdf))

Dieser Alternativengipfel möchte die Auswirkungen neoliberaler Politik sowohl in Lateinamerika und der Karibik als auch in Europa aufzeigen und ein neues Netzwerk zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Nord und Süd schaffen. Weil weitere Liberalisierungsschritte Gewinne für wenige Unternehmen, aber Bedrohung für die meisten Menschen bringen, fordern wir beim EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel in Wien:

- unabhängige Evaluierung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen!
- Erlass der Auslandsverschuldung lateinamerikanischer und karibischer Staaten!
- Schutz für kleinbäuerliche Produktionsstrukturen auf beiden Kontinenten!
- Ernährungssouveränität statt Exportorientierung!
- mehr Kooperation im Bereich Politik und Entwicklung!
- keine De-Industrialisierung durch schrankenlosen Zollabbau!
- Anerkennung der Rechte der Völker und insbesondere der indigenen Völker, die um ihre Autonomie kämpfen!
- mehr Transparenz, Partizipation und demokratische Kontrolle in den bilateralen Beziehungen!
- Wahrung der Menschenrechte vor Durchsetzung wirtschaftlicher Machtinteressen!

#### Hintergrund

Im Mai 2006 wird im Rahmen der EU-Präsidentschaft das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik in Wien stattfinden. Der Gipfel steht vor allem unter dem Zeichen möglicher Freihandelsabkommen (EU-Mercosur, EU-Andengemeinschaft, EU-Zentralamerika,...).

Soziale Bewegungen, kirchliche Gruppen, Nicht-Regierungsorganisationen, ArbeitnehmerInnenvertreterInnen

und andere zivilgesellschaftliche AkteurInnen in Lateinamerika, der Karibik und Europa haben sich in den letzten Jahren vehement gegen die Ausbreitung dieses neoliberalen Modells gewendet. Seit Mai 2004, als in Guadalajara/Mexiko der erste Alternativengipfel „Enlazando Alternativas“ abgehalten wurde, haben sich soziale Bewegungen und Organisationen zusammengetan, um biregionale Aktivitäten gegen die neoliberale Politik der Regierungen voranzutreiben.

#### Programm des Alternativengipfels vom 10. bis 13. Mai 2006

Der Gipfel wird eine Mischform aus Aktivitäten, die von den Netzwerken organisiert werden, und von freigestalteten Aktivitäten sein. Es sind zwei Plenarveranstaltungen, ein Tribunal, Seminare und Workshops zu fünf verschiedenen Schwerpunkten sowie eine Abschlusskundgebung geplant. In diesem Rahmen werden VertreterInnen lateinamerikanischer und europäischer sozialer Netzwerke sowie namhafte Kulturschaffende, KirchenvertreterInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen eingeladen, zum Beispiel: João Pedro Stedile, Brasilien; Adolfo Pérez Esquivel, Argentinien, Blanca Chancoso, Ecuador; Bischof Alvaro Ramazzini, Gatemala und John Galtung, Norwegen.

#### Seminare und Workshops

##### Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der neoliberalen Globalisierung

Auswirkungen in Europa, Lateinamerika und der Karibik

**Politischer Dialog** zwischen den Kontinenten

**Kooperationsformen für Entwicklung** in Europa, Lateinamerika und der Karibik

**Regionale Integration** alternative Strategien für eine regionale Entwicklung

##### Militarisierung und Menschenrechte

**Tribunal** Das Tribunal (10./11. Mai) beleuchtet das Verhalten ausgewählter europäischer transnationaler Unternehmen in Lateinamerika. Dadurch soll anhand von konkreten Beispielen aufgezeigt werden, welche Auswirkungen für die Bevölkerung damit verbunden sind. Das Tribunal beginnt mit einer Vorstellung der politischen Ziele, der Methodologie und der zu behandelnden Fälle.

**Kultur** Während des gesamten Alternativengipfels wird es zahlreiche kulturelle Events in der Arena und an anderen Veranstaltungsorten geben (Musik, Theater, Tanz, Film, Ausstellungen).

**Als Abschluss des Alternativengipfels (13. Mai)** ist eine Kundgebung unter dem Motto „Einheit in der Vielfalt“ geplant

## Kommuniqué von Attac Frankreich

### Der Verzicht der Regierung auf den Ersteinstillungsvertrag bedeutet einen ersten Sieg, aber das Übel ist noch nicht ausgeremert

Die generationenübergreifende Mobilisierung der Jugend, der Gymnasiasten, der Studenten, der Arbeitnehmer, der breiten Gesamtheit der Gewerkschaften und der Arbeitslosen hat gewonnen: sie haben die arrogante, autoritäre, repressive Regierung zum Rückzug gezwungen. Sie musste den Ersteinstillungsvertrag (CPE) zurücknehmen( Artikel 8 des Gesetzes zur Chancengleichheit.)

Die 3 Millionen Demonstranten, die Gymnasiasten und Studenten die ohne Unterbrechung wochenlang Aktionen durchführten, die militanten Attac-Mitglieder, die an diesen Aktionen mitwirkten, können sich über dieses Ergebnis freuen.

Trotzdem soll dieser Rückzug der Regierung nicht der Baum sein, der die Sicht auf den Wald verstellt! Die Regierung und der MEDEF(Arbeitgebervertretung) geben damit noch lange nicht ihr Ziel auf, den Arbeitsplatz zu prekarisieren (=Verunsicherung herbeizuführen d.Ü.), und das Arbeitsgesetz zu zerstören. Aber der Sieg des Volkes über den CPE und das Kräfteverhältnis, das ihn erzwungen hat, erschweren ihr Vorhaben.

Übrigens ist das Gesetz zur Chancengleichheit damit nicht außer Kraft gesetzt, obgleich es gefährliche Maßnahmen beinhaltet: den Beginn einer Lehre ab 14 Jahren, die Genehmigung der Nacharbeit ab 15

Jahren, die Erpressung der Streichung der Familienbeihilfen usw.

Der (CNE ) Neueinstellungsvertrag, wurde im August 2005 verabschiedet, obwohl er die gleichen Mängel wie der Ersteinstillungsvertrag (CPE) aufweist. Er institutionalisiert nämlich die unsicheren, jederzeit beendbaren Beschäftigungsverhältnisse und die Einstellung billiger, beliebig belastbarer Arbeitskräfte.

Eine Neugestaltung der ZEP (Zonen prioritärer Erziehung ), welche nach Aussage der Regierung Chirac - De Villepin - Sarkozy dazu dienen soll, soziale Ungerechtigkeiten zu beheben, ist in Wirklichkeit ein Betrug. In der Tat sind es die ZEP/EP3, welche ihre Mittel reduzieren werden, indem sie Unterrichtsstunden an die ZEP/EP , welche sich in noch schwierigeren Vierteln befinden, abtreten werden. Unter dem Deckmantel der Solidarität will die Regierung also die am meisten Ausgeschlossenen den Ausgeschlossenen gegenüberstellen, die Ärmsten den Armen.....

Machen wir uns keine Illusion. Die Politik der Regierung wird weiterhin mit allen Mitteln versuchen, die Prekarität (= geringe Arbeitsplatzsicherheit d.Ü.) durchzusetzen und die Arbeitsrechte sowie die sozialen Errungenschaften in Frage zu stellen. Ganz

einfach weil sie sich der gleichen neoliberalen Logik bedient wie es die EU im Rahmen der Lisabonner Strategien getan hat.

Gemeinsam mit den Organisationen der Studenten, Gymnasiasten und den Gewerkschaften fordert ATTAC den Stop der Strafverfolgungen der inhaftierten oder angeklagten Demonstranten.

Wir haben NEIN zum TCE , NEIN zur Direktive Bolkestein, NEIN zum CPE gesagt.

Wir werden weiterhin NEIN sagen zur Prekarität und zum Neoliberalismus.

Die Unterstützung, die die Anti-CPE Bewegung von den Sozialbewegungen der europäischen Staaten und den Attac-Vereinigungen Europas erfahren hat, bestärkt uns, den Widerstand und die Mobilisierung fortzusetzen.

Um den Druck aufrecht zu erhalten, ruft ATTAC zur Mobilisierung aller auf.

Montreuil, le 11 avril 2006

<http://www.france.attac.org/a6106>

Übersetzung : Josefina Duport et Barbara KRATKY



**Vernetzung**

**braucht Kohle**

**300 x 100 €** werden gebraucht!

Erstmals in ihrer Geschichte ist die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) komplett eigenfinanziert. Anders ausgedrückt: Die BUKO erhält keinerlei institutionelle Unterstützung mehr. Damit ist sie dringend auf Eure Spenden angewiesen. Eine spontan ins Leben gerufene und äußerst erfolgreiche Spendenkampagne (300x100 Euro für die BUKO) konnte das Jahr 2005 finanziell absichern. So war es eines der schwierigen Jahre in der BUKO-Geschichte, aber dennoch ein buntes. Viele Menschen kamen zu den Veranstaltungen, zum Kongress nach Hamburg und wurden in der BUKO aktiv. Für die Weiterführung dieser politischen Arbeit braucht es jährlich mindestens 30 - 35.000 Euro. Das Ziel ist es, die Summe mittels BUKO - Förderschafften aufzubringen. Wir suchen also 300 FörderInnen, die jährlich 100 Euro, oder auch 3000, die 10 Euro spenden. Einmalige Beträge sind ebenso herzlich willkommen.

: respond : reject : regain    [www.buko.info](http://www.buko.info)    antworten : abweisen : aneignen :

**BUKO<sup>29</sup> 25. - 28.5.'06**    kongress: **re:control**

**Weltweite Aktionswoche gegen Atomenergie 22. - 29.4**  
**<http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/tschernobyl.php>**

# Normale 06 @ Wien

das gesellschafts- und wirtschaftspolitische Dokumentarfilm-Fest erstmals in Wien



"... Diese neuen Techniken der Reglementierung des Geistes sollten von intelligenten Minderheiten genutzt werden, um dafür zu sorgen, dass der Pöbel nicht auf falsche Gedanken kommt. Mittels der neuen Techniken der Gedankenkontrolle ist dies jetzt ohne weiteres möglich." aus "Propaganda" von Edward Bernays (1925), auch heute noch Standardwerk der Public Relation-Industrie.

**"Normal" ist, was uns verschwiegen wird.  
"Normal" ist, dass wir für blöd verkauft werden.  
"Normal" ist Konzerndiktatur - unser Europa -  
unsichere Arbeitsverhältnisse - Gen-Chaos - Menschenrechtsverletzung - unfaire Entwicklung - Propaganda**

Die Normale 06 räumt damit auf:

**8.-12. Mai 2006 Junge Normale @ cinemagic  
10.-13. Mai 2006 Normale @ Enlazando Alternativas 2  
13.-14. Mai 2006 Normale @ Strandbar Herrmann**

**"Verstehen um zu handeln."**

Die Bewusstseinsbildung über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklungen ist Voraussetzung für unser Verständnis für globale Zusammenhänge, grenzübergreifend stattfindende Prozesse und lokale Probleme.

Bereits zum vierten Mal organisiert Barbara Waschmann das Festival: "Wir fokussieren jene Themen, die in der Berichterstattung ausgeblendet werden. Nicht zuletzt aufgrund der "camcor der revolution" halten Filmschaffende und Medien-AktivistInnen weltweit 'die Kamera drauf': auf das 'Normale'."

**"Junge Normale @ cinemagic", 8.-12. Mai 2006**

(...) Im Anschluss an die abendlichen Filmvorführungen sind wir im Gespräch mit ExpertInnen aus dem entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Bildungsbereich - darunter MedienaktivistInnen, Arbeiterkammer Wien "Arbeitswelt & Schule", Attac, FIAN, Global 2000, Onda Latina, Südwind Agentur, VÖGB und Weltladen/EZA. (...)

**Ein anderer Blick ist möglich!**

Rückfragehinweis: [normale.at](http://normale.at) Verein XV-6880, ZVR 670699419 1030 Wien, Kegelgasse 24/17 [www.normale.at](http://www.normale.at)



Aufbruch – auch in Nepal – Feudalismus wird nicht mehr geduldet